

# Recht auf Innehalten

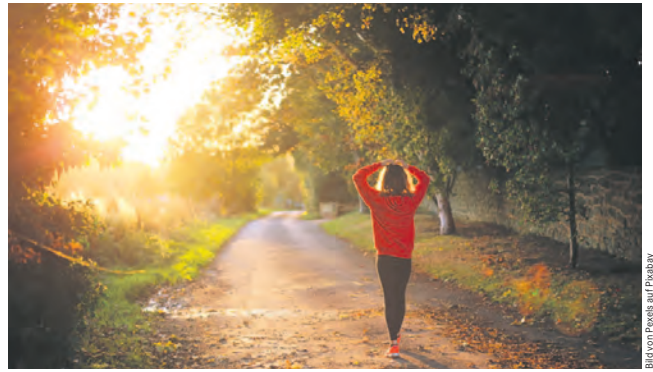


Bild von Pixabay auf Pixabay

**Links!**  
im Digitalabo. Jede  
Ausgabe schon drei Tage  
früher im Mailpostfach!

Jetzt kostenlos bestellen:  
[www.links-sachsen.de/abonnieren](http://www.links-sachsen.de/abonnieren),  
[aboservice@links-sachsen.de](mailto:aboservice@links-sachsen.de)  
oder 0351/84 38 9773.

# Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt  
April 2019

Für viele klingt es wie ein Traum. Oder wie etwas geradezu Unanständiges: Einfach mal eine Auszeit von all dem Stress, all der beruflichen Routine nehmen! Und das ohne sich Sorgen machen zu müssen, wie man finanziell über die Runden kommt. Gesetzlich garantierte Sabbaticals könnten genau dies ermöglichen. In einer Zeit, wo der Stress zunimmt, wo stressbedingte Erkrankungen zunehmen, ist dies umso wichtiger. Ein Sabbatical ermöglicht es Menschen, auch mal aus dem Hamsterrad auszusteigen, einer stressbedingten Krankheit vorzubeugen.

Im Zuge des technischen Fortschritts verändert sich die Erwerbsarbeitswelt in wachsender Geschwindigkeit. Das stellt an die Beschäftigten Anforderungen, sich beständig weiter zu bilden oder auch mal neu zu orientieren. Eine Gesellschaft, in der Sabbaticals zur Kultur gehören, erleichtert dies.

Aus verschiedenen Studien wissen wir, dass die Wünsche der Menschen der Wirklichkeit in dieser Frage voraus eilen. „Eine temporäre Auszeit aus dem Beruf, für einige Monate oder sogar ein ganzes Jahr, ist für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland interessant. Verschiedene Studien belegen, dass sich rund die Hälfte der Beschäftigten in Deutschland eine solche Auszeit wünscht.“ Dies ist nachzulesen in der Sabbatical-Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Die Gründe sind unterschiedlich: Die Weltreise ist nur einer von vielen. Im Vordergrund stehen Kinderbetreuung, Pflege, Weiterbildung, berufliche Umorientierung oder einfach nur eine längere Erholung.

Verschiedene Gründe verhindern ein Sabbatical, oft ist es das fehlende Geld. Weitere sind der Einspruch ihres Arbeitgebers, die familiäre

Situation oder die Angst vor einem Karriereknick. Derzeit sind Sabbaticals nur möglich, wenn individuelle Anspar- und Finanzierungsmodelle mit dem Arbeitgeber geregelt werden. Sie kommen einem viel zu kleinen Personenkreis zugute. Dabei leiden große Teile der Beschäftigten darunter, dass Arbeitszeiten länger, intensiver und belastender werden und in vielen Berufen die Grenze zur Freizeit verblasst. Folglich drohen gesundheitliche Gefahren und Erwerbsunfähigkeit. Und dann soll auch noch das Renteneintrittsalter steigen ...

Gesetzlich garantierte Sabbaticals sollen ein Instrument der Arbeitszeitverkürzung und der besseren individuellen Vereinbarung von Erwerbsarbeit und unterschiedlichen Wünschen nach Erholung, Umorientierung und Bildung sein. Im Wahlprogramm der LINKEN steht: „Beschäftigte sollen zweimal in ihrem Berufsleben die Möglichkeit haben, für ein Jahr auszusteigen (Sabbatjahr). Damit verbunden ist ein Rückkehrrecht auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz. Die Sabbatzeiten können auch als kleinere Auszeiten von drei bis sechs Monaten genommen werden.“ Während des Sabbaticals sollte es eine steuerfinanzierte Absicherung geben. Die Nettomindesthöhe ist analog der Höhe der Mindestsicherung anzusetzen, die Nettomaximalhöhe soll 1.800 Euro betragen – dazwischen 65 % vom letzten Netto (ähnlich wie beim Elterngeld).

Selbstverständlich ist eine Sabbatical-Politik eingebettet in arbeits-, tarif-, familien- und sozialpolitische Strategien wie z. B. die Erhöhung der unteren und mittleren Löhne, gleicher Lohn für Frauen, Zurückdrängung der Arbeitsverdichtung und Arbeit unter Stress, Ausbau der sozialen Infrastruktur und Dienstleistungen usw. Lasst uns darüber diskutieren!

• Katja Kipping

ISSN 2193 682X



9 772193 682004

Beim Thema Wohnen schlagen die Welten hoch. Der Sündenfall liegt Jahre zurück: Damals verscherbelten Städte und Gemeinden bundesweit – auch in Sachsen – kommunalen Wohnraum an private Investoren. Unverständlich bleibt, wie die Parteien (seinerzeit in Dresden auch ein Teil der PDS) einer Privatisierung zustimmen konnten. Mieterverbände hatten sofort darauf hingewiesen, dass „Sozialchartas“ nichts wert seien. Per E-Mail befragte Ralf Richter das Vorstandsmitglied des Verbandes Sächsischer Wohnungsgenossenschaften e. V., Dr. Axel Viehweger.

**Der Verband Sächsischer Wohnungsgenossenschaften hat mit einer Studie zur Bezahlbarkeit des Wohnens für Aufmerksamkeit gesorgt. Was war das Ziel?**

Wer kann sich welche Miete leisten? Die Frage wird häufig gestellt. Die Antwort ist schwierig. Sie hängt von Faktoren wie dem Einkommen, der Zahl der im Haushalt lebenden Personen, der Wohnungsgröße oder den Neben- und Betriebskosten ab. Vor diesem Hintergrund hat sich der Verband bereits 2016 damit beschäftigt, wie man die Bezahlbarkeit des Wohnens in Sachsen messen kann. Für zahlreiche Personengruppen wurde die maximal finanzierbare Miete berechnet. Diese Untersuchung wurde jetzt um zwölf Fallgruppen erweitert. Der Fokus der Neuauflage liegt auf Familien und Alleinstehenden mit Kindern. Eine zentrale Frage war, ob sich die Leistungsfähigkeit der Familien hinsichtlich der Wohnkosten mit zunehmender Kinderzahl verschlechtert. Dazu wurde die gleiche Einkommenssituation der Eltern mit verschiedenen Kinderzahlen verglichen, beispielsweise Haushalte mit einem niedrigen Vollzeiteinkommen und einem niedrigen Teilzeiteinkommen. Die Befunde zeigen, dass die maximal finanzierbaren Mieten pro Kind um 0,30 bis 0,60 EUR/m<sup>2</sup> sinken. Vielen Dank den Familienverbänden, die uns darauf aufmerksam gemacht haben. Wir haben übrigens bei alledem ausschließlich offizielle Zahlen verwendet.

**Im Diskurs spielt seit 2015 – aber auch schon vorher, als Russlanddeutsche aufgenommen wurden – eine Rolle, dass Neuankömmlinge teils in „Blocksiedlungen“ untergebracht werden. War Integration ein Thema?**

Auf Empfänger von Transferleistungen sowie staatlicher Unterstützung wurde in den Fallgruppenberechnungen nicht näher eingegangen, da hier die Regelungen der Kosten der Unterkunft greifen. Die Kosten für angemessenen Wohnraum werden übernommen. Unsere Erfahrungen mit den von Ihnen erwähnten „Russlanddeutschen“, aber auch den vietnamesischen Werksarbeitern oder den neu ankommenden Syrern etc. sind: keine Blocksiedlungen! Dezentrale Unterbringung fördert das Ankommen, das Sich-heimisch-fühlen. Viele früher angekommene Ausländer fühlen sich deshalb auch heute wohl in unseren Genossenschaften. Von den neu angekommenen Ausländern ist kaum noch jemand da. Sie sind weitergewandert zu ihren Großfamilien in die alten Bundesländer.

**In Ihrer Studie liest man durchweg über Mieter, nicht über Ge-**

# Genossenschaften für bezahlbaren Wohnraum

Genossenschaftsverbands-Vorstand Dr. Axel Viehweger über eine zentrale soziale Frage



Foto: VSWG

**nossenschaftler. Genossenschaftler sind Miteigentümer, und während in Mietwohnungen viele „Investoren“ reines Gewinninteresse haben, sollten Genossenschaften den Interessen der Genossenschaftler verpflichtet sein. Wieso blieb das außen vor?**

Politik macht beim Thema Wohnen meist keinen Unterschied zu den Rechtsformen. Ein Beispiel: Die Mieten müssen sinken. Wohnungsunternehmen größer als 3.000 Wohnungen sollen vergesellschaftet werden. Deshalb sind wir generell an diese Fragen herangegangen. Wir sind sehr dafür, dass die Mieten im Neubau sinken müssen. Dafür muss man nur die Bauvorschriften ändern. Wo ist das Problem? Mit Enteignung dagegen entsteht kein neuer Wohnraum und die Mieten sinken auch nicht. Dafür bräuchte man nochmals eine Förderung, subjekt-/objektbezogen. Diese kann man uns ja gleich geben, ohne den Umweg über eine kommunale Wohnungsverwaltung. Neubaumieten bei 8 Euro wären unser Ziel. Aber wenn Sie sich nur 4,50 Euro leisten können, nützt Ihnen das auch nichts. Also lassen Sie uns über höheres Kindergeld, höheres Wohngeld, höhere Renten reden. Die Forderung „Mieten runter“ genügt nicht. Unsere Untersuchung bezieht sich auch nicht nur auf die Mitglieder von Wohnungsgenossenschaften, sondern allgemein auf die Bezahlbarkeit der Miete in Sachsen. Der Freistaat hat kein Mietenproblem, sondern ein Einkommensproblem. Langfristig angelegte Wirtschaftspolitik kann dazu beitragen, Regionen außerhalb der Ballungszentren zu stärken. Somit könnten Abrissförderungen auf der einen und Neubauförderung auf der anderen Seite zum Teil reduziert werden. Es gibt bei den Wohnungsgenossenschaften auch in Leipzig, Dresden oder Chemnitz noch leerstehende Wohnungen, die bezugsfertig und bezahlbar sind. Allerdings wird von der jeweiligen Stadt nichts für besagte Stadtteile getan. Es ist Sache der Kommune, alle Stadtteile im Quar-

tiersmanagement aufzuwerten. Zur Stärkung des ländlichen Raums bedarf es vor allem einer Stärkung der Ankerstädte, die für ihre Region wichtige Funktionen erfüllen. Ein Kernelement ist ein besserer öffentlicher Nahverkehr.

**Stichwort altersgerechter Wohnungsbau: Haben die Genossenschaften den Bedarf erhoben?**

In Sachsen ist heute jeder vierte Einwohner 65 Jahre alt und älter, 2020 wird es jeder dritte sein. Dadurch ergeben sich neue Herausforderungen an die Wohnqualität, an Dienstleistungen und Unterstützungsformen. Die Wohnungsbranche übernimmt hier die Funktion eines „Sozialbarometers“, da sie als eine der ersten Branchen die Folgen des demografischen Wandels bewältigen muss. Es steigt nicht nur der Anteil der Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung, sondern auch die Anzahl aller Menschen, die jemals in ihrem Leben gepflegt werden mussten. Es wird immer mehr ältere Mitglieder und immer mehr ältere allein lebende Mitglieder geben. Die Genossenschaft wird zur Ersatzfamilie. Die Mitglieder wollen in ihrer Wohnung alt werden, dort leben, so lange es irgendwie geht. Service- und Mitgliederorientierung heißt also: passender Wohnraum für Jung und Alt, generationenübergreifendes Wohnen, bei Bedarf ambulante Pflege, Beteiligung und Mitwirkung der Mitglieder, Ersatzfamilie sein durch Vertrauen und Sicherheit sowie eine unentgeltliche Nachbarschaftshilfe oder die Unterstützung durch die Kümmerer. Eine Vielzahl an positiven Beispielen finden Sie unter [www.zuhause-in-sachsen.de](http://www.zuhause-in-sachsen.de).

**Sie setzen derzeit den Bedarf für barrierearme Modernisierung auf 25.000 bis 50.000 Euro pro Wohnung an und kommen auf eine Mieterhöhung von drei Euro pro Quadratmeter. Genossenschaftlich gedacht würden Genossenschaftler gemeinsam in Ei-**

**genleistung die Arbeitsstunden aufbringen und auch die Baustoffe organisieren.**

Die Eigenleistung der Mitglieder hat früher, auch lange vor DDR-Zeiten, gut funktioniert. Heute können und dürfen Mehrfamilienhäuser nur von Profis gebaut oder saniert werden. Setzt man den Wert für eine komplexe Modernisierung eher im unteren Bereich bei 25.000 Euro an und überträgt die Kosten auf eine 60-m<sup>2</sup>-Wohnung, ergibt sich eine Mieterhöhung von etwa 2,78 EUR/m<sup>2</sup>. Ausgehend vom durchschnittlichen Mietniveau von 4,82 EUR/m<sup>2</sup> kalt ergäbe sich eine Miete von 8,62 EUR, die deutlich oberhalb der Grenze von 6,50 Euro liegt, die wir als absolute Obergrenze der Nettokaltmiete für den Großteil der Bevölkerung sehen. Folglich bedarf es vor allem staatlicher Fördermöglichkeiten oder Einkommenserhöhungen, um die Differenz abzufedern.

**Anstelle des Umbaus bestehender Wohnungen entwickeln sich insbesondere in Großstädten mehr Senioren-WGs. Wie richten sich die Genossenschaften darauf ein?**

Der VSWG beschäftigt sich seit 2009 mit diesem Thema im Rahmen des Konzeptes „Alter leben“. Kernstück ist die „Mitalternde Wohnung“. Sie kombiniert wirtschaftlich vertretbare bautechnische Maßnahmen zur Reduktion von Barrieren, technische Unterstützungssysteme zur Assistenz im Wohnalltag sowie Dienstleistungen. Einen Fokus auf Senioren-WGs gibt es nicht. Denn in der Genossenschaft trifft man sich sowieso in der Gemeinschaft. Anders sieht es aus, wenn Senioren stärker pflegebedürftig sind. Dann arbeiten wir, z. B. bei Demenz-WGs, mit den Profis der Pflege zusammen.

**Stets wird geklagt, weil die Energiepreise steigen. Wer Luftbilder sieht, ist überrascht, wie wenige Plattenbauten oder Eigenheime mit Solarenergie Warmwasser herstellen. Hinken Sachsens Gebäudeeigentümer mit der Energieselbstversorgung hinterher?**

Wir würden liebend gern mehr machen. Uns stehen aber Steuergesetze, Energiegesetze, insbesondere zu Mieterstrom, entgegen. Leider sieht der Bund bei der Gesetzgebung nur das kleine Einfamilienhaus und nicht unsere Mehrfamilienhäuser. Aber wir stellen uns auch dieser Thematik. Hinter unserem Projekt WINNER („Wohnungswirtschaftlich Integrierte Netzneutrale Elektromobilität in Quartier und Region“) verbirgt sich ein kombinierter Ansatz: Auf einem Gebäude der Chemnitzer Siedlungsgemeinschaft eG wird mit einer Photovoltaikanlage Strom erzeugt. Der wird zum einen an die Mieter abgegeben und zum anderen genutzt, um Elektrofahrzeuge anzutreiben, die in erster Linie von wohnungswirtschaftlichen Dienstleistern genutzt werden. Langfristig sollen auch die Mitglieder profitieren, weil es möglich wird, Fahrzeuge im Quartier zu laden oder auszuleihen. Auch Mieterstrommodelle, die im Projekt entstanden sind, werden die Umwelt entlasten. Mieterstrom ist zudem günstiger als der Strom aus dem öffentlichen Netz. Davon profitieren das Mitglied und die Genossenschaft. Mehr Infos finden Sie unter [www.winner-projekt.de](http://www.winner-projekt.de).



# Endspurt zum Volksantrag

Erstmals seit 15 Jahren gibt es in Sachsen wieder einen Volksantrag: Das breite parteiübergreifende Bündnis „Gemeinschaftsschule in Sachsen – Länger gemeinsam Lernen“ sammelt Unterschriften für eine Änderung des Schulgesetzes sowie des Gesetzes über die Schulen in freier Trägerschaft. Die Gemeinschaftsschule, die in zahlreichen Bundesländern bereits etabliert ist, soll als zusätzliche Schulart auch in Sachsen möglich werden. Die Mehrheit der Bevölkerung wünscht sich die Option längeres gemeinsames Lernen. Damit der Gesetzentwurf in den Landtag kommt, sind 40.000 Unterschriften nötig – reichlich 32.000 waren Anfang April zusammengekommen. Hunderte weitere liegen bei den Kommunen zur Bestätigung. Der Endspurt ist eingeläutet – allen Sammlerinnen und Sammlern gebührt schon jetzt großer Dank!

In der Staatsregierung hofft man offenbar immer noch auf ein Scheitern des Projekts. Sachsens Kultusminister Christian Piwarz (CDU) ätzte bei der Diskussionsveranstaltung „Tacheles“ im Dresdner Hygienemuseum am 1. April 2019: „Mit Mann und Maus ist gesammelt worden, in den Medien gab es fast ausschließlich positive Resonanz. Viele haben behauptet, bis Weihnachten haben wir die 40000 Unterschriften.“ Burkhard Naumann, Koordinator des Bündnisses, reagierte

umgehend: „Wir können es nicht nachvollziehen, dass der Kultusminister einer aus der Bevölkerung kommenden Initiative so abschätzig gegenübertritt. Offenbar ist ihm Parteipolitik wichtiger als eine Sachdebatte über gute Schulen. Das finden wir sehr schade, denn bildungspolitische Diskussionen in Sachsen sollten sich nicht nur um den hausgemachten Lehrkräftemangel drehen, sondern vor allem darum, wie an unseren Schulen gelernt und gelehrt wird.“

Man habe den Großteil des Weges geschafft – dass es doch länger

dauere, liege auch an den veralteten Regeln sowie den hohen Hürden der sächsischen Volksgesetzgebung. „Die Ehrenamtlichen haben es hier wesentlich schwerer als in Bayern, wo ein Volksbegehren zur Artenvielfalt schnell viele Unterstützerinnen und Unterstützer gefunden hat.“ So könne in Sachsen für die Sammlung nicht auf staatliche Stellen wie Rathäuser zurückgegriffen werden. Außerdem muss das Bündnis jede Unterschrift durch die Kommunen aufwändig bestätigen lassen. Leider sind immer noch nicht allen Gemeindeverwaltungen die rechtlichen

Rahmenbedingungen bekannt. Nach wie vor werden eigentlich gültige Unterschriften als ungültig gestrichen, weil die Unterzeichnerin oder der Unterzeichner in einer anderen Kommune wohnt. Dabei ist es eigentlich vorgesehen, dass Listen, auf denen Bürgerinnen und Bürgern aus unterschiedlichen Kommunen unterschrieben haben, von einer Kommune zur nächsten weitergegeben werden. „Doch auch das müssen in Sachsen die Sammlerinnen und Sammler erledigen“, so Naumann. Von der Möglichkeit, Unterschriften online zu sammeln, wagen wir nicht einmal zu träumen.“

Das Bündnis ist sich sicher, die 40.000 Unterschriften in den kommenden Wochen zusammen zu bekommen. Der Rest soll vor allem bei einer weiteren sachsenweiten Aktionswoche vom 29. April bis 5. Mai zusammenkommen. Geben wir also nochmal Gas – dann ist es bald geschafft! Und nicht vergessen: Nur die offiziellen Bögen werden anerkannt, diese dürfen nicht verändert werden – es ist beispielsweise schon vorgekommen, dass das erste Blatt mit den Unterschriften abgetrennt wurde, was allerdings den kompletten Bogen ungültig macht. Material und weitere Informationen gibt es unter [www.gemeinschaftsschule-in-sachsen.de](http://www.gemeinschaftsschule-in-sachsen.de).

• Kevin Reißig



## Von der Genauigkeit in der Sprache

Männer (und natürlich auch viele Frauen) doktern immer wieder an der Sprache herum. Sie verkaufen und kaufen „Sande“, sie haben „Bedarfe“. Welch merkwürdige Pluralbildungen. Die Wörter sind eigentlich sogenannte „singularetantum“, also Wörter, die nur im Singular vorkommen, so wie auch „Durst“ oder „Jugend“. Wer es aber braucht, verändert sie. Am Anfang klingt es komisch. Man gewöhnt sich freilich daran. Mit Grammatik und Orthografie gehen Menschen oft ziemlich eigensinnig um. Warum auch nicht? Man ist cool und nicht so starr festgelegt. Konsequente Kleinschreibung ist doch so simpel. Was gehen mich Leser und Leserinnen an und die Kommasetzung und Groß- und Kleinschreibung als den Satz strukturierende Lesehilfe?

Kürzlich bekam ich eine Mitteilung zu Änderungen bei „Windows“ (natürlich nicht bei meinen Fenstern, sondern in meinem Computer, wo das Wort als metaphorischer Eigenname für ein Programm gilt). Ich versuchte alles – in der digitalen Welt schon etwas hergekommen – zu verstehen. Es ging

aber nur holprig voran. Folgende Wörter im Text behinderten mich: snipping tool, Disk Cleanup-Tool, Storage Sense, Screenshots, Features, Front smoothing, Clear Type, Schriftenglättung. Bis auf eines waren es Anglizismen. Das störte mich nicht, und viele andere wohl auch nicht. Für das Verstehen gibt es Lexika. Die Sache verhält sich im Grunde wie mit dem Wein. Wein und Weinbau brachten die Römer zu den Germanen und sie brachten, wie das schon immer und überall so üblich war, ihre Wörter mit. Die Germanen glichen diese ihren Sprachen an, gaben sie aber nicht vollends auf. Deshalb haben wir heute noch den Winzer (eben von „vinum“) oder die Torkel. Letztere ist die Weinpresse. Lateinisch hieß sie eben „torculum“, was auf das Drehen beim Pressen verweist und sich auch in „torkeln“ wiederfindet. Alles also normal! Es entstanden übrigens auch einheimische Wörter in germanischen Dialekten. Das brauchte freilich Zeit. Diese Zeit hat die Digitalisierung noch nicht, also bespricht man sie meist englisch, denn aus diesem Sprachraum kommt das meiste her. Es gilt für die Digitalisierung ganz

aktuell, was Marx uns in seinem Werk „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“ verallgemeinernd aufdeckt: nämlich, dass sich im Akt der Reproduktion so ziemlich alles ändert; die objektiven Bedingungen der Produktion, die Produzenten selbst, Vorstellungen und Verkehrsweisen, Bedürfnisse. Und es entsteht eine neue



Sprache für all das Neue. Eine solche neue Sprache braucht es, um sich exakt und möglichst ohne Missverständnisse unter den neuen Bedingungen austauschen zu können. Es geht um Genauigkeit und es entsteht auch manchmal Ungewöhnliches:

Andere erfinden deshalb „Schraubendreher“ und „Gliedermaßstab“ (der Genauigkeit halber). Schließlich kennen sie sich aus und beherrschen diese komplizierten Werkzeuge. Es hat sich ihre Welt geändert, weshalb es

zum Beispiel den „Anlagenbauer für Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik“ gibt (der Genauigkeit halber für den unpräzisen „Klempner“; man ist doch wer). Nur wenn es um Frauen geht, die ihre angestrebte beziehungsweise auch schon erreichte Stellung in der Gesellschaft in der Sprache verankert sehen wollen, die wollen, dass sie auch explizit genannt werden, wenn sie gemeint oder mitgemeint sind (der Genauigkeit halber), die das generische (angeblich geschlechtsneutrale) Maskulinum durch echte geschlechtsneutrale Wörter ersetzt wissen wollen (der Genauigkeit halber), da werden Männer (und auch manche Frau im Gefolge) hellhörig. Jetzt entdecken sie das Beständige in der Sprache als hohes Gut. Jetzt wissen sie, dass das alles nicht so geht, wie diese radikalen Frauen (und auch manche Männer) denken. (Und dass der generische Gebrauch von Maskulina in der Vorstellung meist männliche Exemplare der besprochenen Personen hervorruft – wer sagt denn sowas? Zu viel Genauigkeit und Ungewohntes zerstören doch den Sprech- und Redefluss. Bindestriche, Klammern, Rufzeichen, Fragezeichen? Ja! Sternchen? Nein! Männer! Bewahrt Euch aus der Ritterzeit „staete“ („Beständigkeit“), „ere“ und „muot“. Nicht so wichtig ist die „maze“ („Bescheidenheit“). Ihr seid Männer und verdient alle ein schœnez wîp, stæt und dêmüete - unveränderlich und demütig.

# „Neustadt – das ist der radikale Teil“

Holger Czitrich-Stahl rezensiert den aktuellen Rosa-Luxemburg-Forschungsbericht

Rosa Luxemburgs gewaltsamer Tod vor 100 Jahren am 15. Januar 1919 führte in den letzten Monaten zu einem spürbar gewachsenen Interesse an Leben und Werk der großen Denkerin und Revolutionärin, deren faszinierende Persönlichkeit immer stärker auch das Bürgertum zu ergreifen scheint. Das ist an der opulenten, aber diskussionsbedürftigen Biographie von Ernst Piper zu ersehen. Umso richtiger ist es, biographische bzw. regionalgeschichtliche Lücken zu füllen, die uns die Wissenschaft bislang hinterlassen hat.

Diesem Anspruch stellt sich das nunmehr 16. Heft der verdienstvollen Schriftenreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen. Wie es im Vorwort heißt, lag „eine zusammengefasste Darstellung alter und neuer Kenntnisse zu Rosa Luxemburgs Wirken in Dresden [...] nicht vor“ (S. 7). Sechs Aufsätze, zwei bislang unbeachtete zeitgenössische Berichte über Reden Rosa Luxemburgs, ein lange vergessenes Gedicht und zahlreiche Abbildungen, sogar ein Foto dokumentieren das Bemühen der Autoren und Herausgeber, diese kurze, aber eben doch wichtige Schaffensphase Rosas in der sächsischen Metropole zu rekonstruieren und zu bewerten. Dabei sind nur vier kurze Aufenthalte (polizeilich) gesichert, die von Eckhard Müller und Wilfried Trompelt zusammengestellt wurden. Neben den 39 Tagen ihrer Tätigkeit als Chefredakteurin der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ (25. September bis 2. November 1898) handelt es sich um zwei Reden am 10. November 1898 und am 11. Dezember 1911 sowie um ihre Teilnahme am Dresdner Parteitag der SPD (13. Bis

20. September 1903). Seit November 1896 befand sie sich überdies im Visier der sächsischen Polizei und Justiz (S. 116-118).

Über ihre 39 Tage als Chefredakteurin der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ schrieb auch Annelies Laschitzka in ihrer bedeutenden Biographie „Im Lebensrausch, trotz alledem“. Rolf Zie-



genbein (Dresden) erinnert an diese kurze Phase, die dennoch in die Anfangszeit des Wirkens Rosa Luxemburgs in der deutschen Arbeiterbewegung gehörte, war sie doch erst vier Monate zuvor aus der Schweiz nach Deutschland gekommen. Als der seinerzeitige Chefredakteur des Blattes, Ismail L. Helpand („Parvus“) und Julian Marchlewski („Karski“) als „unerwünschte Personen“ aus Sachsen

ausgewiesen wurden, sprang Rosa nach kurzem Überlegen ein, bestärkt auch von Bruno Schoenlank, dem Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“. Ziegenbeins Beitrag lässt uns hineinschauen in die Umbruch- und Aufbruchphase Dresdens um die Jahrhundertwende, als sich das Stadtbild und die Infrastruktur rasant wandelten. Das Parteiblatt wiederum galt als umstritten, weil Parvus zur Vermengung politischer Kritik mit persönlichen Angriffen neigte. Nach einer kurzen Periode der Beruhigung im Blatt entwickelte sich jedoch ein Konflikt zwischen Rosa Luxemburg und anderen Redakteuren wie Georg Gradnauer oder Emil Eichhorn über die Verteilung der Befugnisse der Redakteure bzw. der Kompetenzen der Chefredakteurin sowie über die politische Linie der Zeitung im Konflikt über die Ausrichtung der Partei und ihrer Presse. In dieser Auseinandersetzung sah sich Rosa Luxemburg isoliert und trat – nicht ganz freiwillig – am 2. November 1898 von ihrer Funktion zurück. Aber es waren auch jene 39 Dresdner Tage, die den Grund für eine erstaunliche und wirkungsvolle politisch-publizistische Karriere legten.

Dazu zählte nicht zuletzt ihr Auftreten als Wahlkampfrednerin 1898-1912, das Eckhard Müller in seinem umfangreichen Aufsatz (S. 37-63) nachzeichnet. Dabei gehörte die Wahlagitation keineswegs zu ihren bevorzugten Tätigkeiten, wie sie selbst bekannte. Dieser biographisch strukturierte Beitrag bettet ihr Wirken in Dresden und in Sachsen in den Gesamtkontext ihres Lebens ein und gibt beredten Aufschluss über die Wirkung Rosas als Rednerin. Ihre unmissverständliche

Klarheit trug ihr nach einer Rede am 7. Juni 1903 in Mülsen St. Micheln (Kreis Glauchau-Meerane) die bekannte Anklage wegen „Majestätsbeleidigung“ und eine Verurteilung zu drei Monaten Gefängnis ein. Ein unbekanntes Foto vom Dresdner Parteitag zeigt sie übrigens mit Parvus gemeinsam (S. 45). Dass sich Rosa Luxemburg, Parvus und Georg Gradnauer immer wieder antisemitischen Hetztiraden ausgesetzt sahen, rekonstruiert Sven Brajer (S. 65-82). Eindeutige Vorläuferbezüge zum Rassenwahn des NS-Regimes sind unverkennbar.

Auf den Titel dieses Heftes rekurriert der politische „Stadtrundgang“ von Wilfried Trompelt (S. 95-108): „Neustadt – das ist der radikale Teil Dresdens“, so hatte es Rosa 1911 an Kostja Zetkin geschrieben. Trompelt führt uns durch die Stadtgeschichte der Arbeiterbewegung in einer großen Zeit und schlägt den Bogen bis in die Epoche der DDR. Dieses Heft fasziniert einmal mehr, einerseits durch seine Bandbreite, andererseits durch Tiefgang und Anschaulichkeit.

„Neustadt – das ist der radikale Teil“. Rosa Luxemburg in Dresden. Rosa-Luxemburg-Forschungsberichte, Heft 16. Im Auftrag der RLS Sachsen herausgegeben von Klaus Kinner und Manfred Neuhaus in Verbindung mit Sven Brajer und Wilfried Trompelt. 132 Seiten, 4,50 Euro. ISBN 978-3-947176-09-0. Bestellungen: info@rosalux-sachsen.de, Tel: 0341-9608531

Online unter: [www.sachsen.rosalux.de/publikation/id/39871/neustadt-das-ist-der-radikale-teil-rosa-luxemburg-in-dresden](http://www.sachsen.rosalux.de/publikation/id/39871/neustadt-das-ist-der-radikale-teil-rosa-luxemburg-in-dresden)

## Besonders mies dran – trotz guter Arbeit

### Sozial-Skandal des Monats

Susanne Schaper ist immer wieder schockiert über die mickrige Bezahlung der Altenpflege-Fachkräfte

Eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung zeigt es erneut: Arbeit in der Altenpflege wird besonders schlecht bezahlt. Die Entgelte variieren stark nach Beruf, Region und Art der Pflegeeinrichtung. So beträgt das Medianeinkommen der Altenpflegefachkräfte im Median 2.744 Euro. Das heißt: Die Hälfte verdient – oft deutlich – weniger, die andere Hälfte etwas mehr. Dieser mittlere Lohn liegt bei allen Berufsgruppen in Deutschland hingegen bei rund 3.200 Euro brutto im Monat für eine Vollzeitstelle. In Sachsen sind die Beschäftigten noch schlechter dran: Hier lag das Median-Einkommen der Fachkräfte in der Altenpflege 2017 nur bei 2.203 Euro, während es in Bayern 2.989 Euro betrug. Altenpflegehelfer erzielen in Sachsen im Median sogar nur 1.691 Euro und somit fast nur die

Hälfte des in Deutschland erzielten Medianeinkommens. Teilzeitkräfte erhalten logischerweise noch weniger. Damit belegt Sachsen beim Verdienst der Pflegefachkräfte vor Sachsen-Anhalt den vorletzten Platz. Da muss man sich über den Fachkräftemangel in diesem Bereich im Freistaat nicht wundern.

Das schlimme daran: Die Regierungskoalition will dagegen nichts unternehmen, wie sie bei der Abstimmung über den Entschließungsantrag der LINKEN (Drucksache 6/16506) zum Bericht der Enquete-Kommission „Sicherstellung der Versorgung und Weiterentwicklung der Qualität in der Pflege älterer Menschen“ gezeigt hat. Stattdessen spielt sie auf Zeit, indem sie aus der Enquete-Kommission abgeleitete Handlungskonzepte frühestens zum Ende der Le-

gisaturperiode vorlegen will. Das ist unverantwortlich angesichts der aktuellen Personalsituation.

Was den Fachkräftemangel sicher weiter verschärfen wird, ist die beschlossene generalisierte Pflegeausbildung – angesichts der Gehaltsunterschiede auch zwischen Alten- und Krankenpflege dürfte klar sein, für welchen Weg sich die meisten jungen Auszubildenden entscheiden werden. So verdiente man 2017 in der Krankenpflege im Median 2.969 Euro brutto im Monat – über 700 Euro mehr als in der Altenpflege. Die wenigen verbleibenden ausgebildeten Altenpflegefachkräfte werden sich dann wohl eher für einen Arbeitsplatz in Bayern, wo das Medianeinkommen für Pflegefachkräfte 700 Euro über dem in Sachsen liegt, oder einem an-

deren West-Bundesland entscheiden, wie es heute zum Teil schon der Fall ist.

Es ist also höchst Zeit zu handeln. Die Staatsregierung muss auf der Bundesebene für faire flächendeckende Tarifverträge streiten. Die Einkommen in der sächsischen Altenpflege müssen mindestens auf das Niveau der Krankenpflege im Westen (3.000 Euro brutto für Pflegefachkräfte) angehoben werden. Sonst wird sich der Personalmangel weiter verschärfen. Damit die Mehrkosten nicht auf die Pflegebedürftigen abgewälzt werden, muss die Pflegeversicherung zur solidarischen Pflege-Vollversicherung ausgebaut werden. Denn schon jetzt müssen Pflegebedürftige oder deren Angehörige für Kostenerhöhungen von mehreren hundert Euro aufkommen.



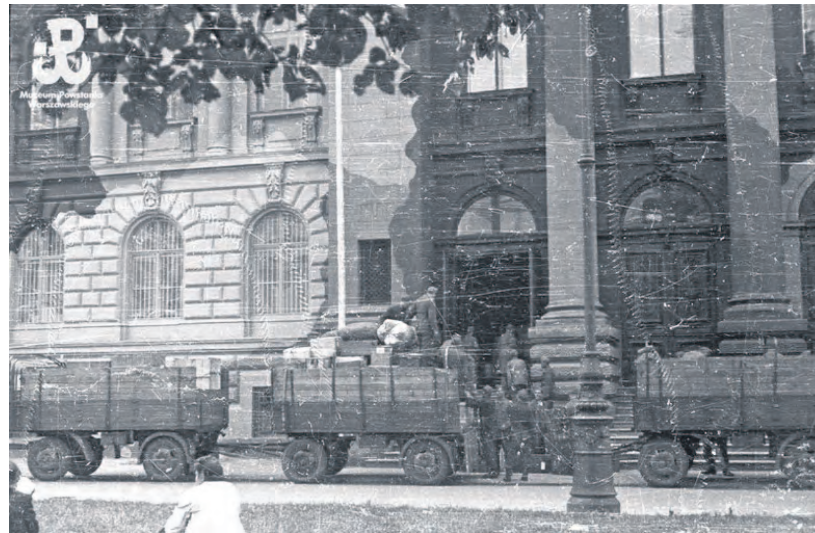
# Affäre Deutsch

Leipziger Jour fixe blickt mit Burkhard List (Wien) hinter die Kulissen des NS-Raubkunstskandals. Von *Wulf Skaun*

Jour fixe international: Die Leipziger Buchmesse und ein Arrangement mit dem Eulenspiegel-Verlag machen die Novität möglich. Im Café Kleine Träumerei begrüßt der 43. unkonventionelle Gesprächskreis der RLS Sachsen den österreichischen Journalisten und Autor Burkhard List (Jahrgang 1949). Ein Wiener im Kaffeehaus, eigentlich maßgeschneidert, befindet Moderator Michael Zock. Nicht ohne Hintersinn entlockt er dem Gast dann ein knappes Selbstporträt, ehe es in medias res geht. So lernt die Jour-fixe-Gemeinde rasch einen investigativen Journalisten kennen, der sich fernab jeglicher Kaffeehausromantik als linker Überzeugungstäter couragiert und ausdauernd um ein brisantes Thema verdient gemacht hat, das in der bundesdeutschen Öffentlichkeit immer noch ein Randdasein fristet: die verschwundene Beutekunst des Zweiten Weltkriegs und wie braune Netzwerke noch heute funktionieren, um den größten Raubkunstskandal der modernen Geschichte im Dunkeln zu halten.

Die Dimensionen des größten Kunstraubs aller Zeiten hatte Stefan Koldehoff bereits 2009 in seinem Band „Die Bilder sind unter uns. Das Geschäft mit der NS-Raubkunst“ aufgezeigt: Mehr als 600.000 Kunstschätze wurden zwischen 1933 und 1945 jüdischen Familien, Galeristen und Sammlern gestohlen oder weit unter Wert versteigert. Über 70 Jahre später ist der Handel mit NS-Raubkunst mehr denn je ein lukratives Geschäft. Staatliche Museen, private Sammler, Auktionshäuser und Kuratoren mischen kräftig mit. Sie müssen nicht befürchten, die Artefakte ihren Eigentümern oder rechtmäßigen Erben zurückgeben zu müssen. Die Richtlinien der Bundesregierung zum Umgang mit solchen Kunstwerken haben keinen rechtsverbindlichen Charakter.

In diesem Kontext stellt Burkhard List nun sein im Herbst 2018 in der Eulenspiegel-Verlagsgruppe Buchverlage Berlin erschienenen Buch „Die Affäre



**Juli 1944, Warschau: Deutsche Soldaten beladen Lastwagen mit polnischen Kunstwerken.**

Deutsch“ vor. Darin hat er 20 Jahre intensiver Auseinandersetzung mit dem düsteren Kapitel deutscher Kultur- und Politikgeschichte dokumentiert. Moderator Zock, der dem Publikum die Lektüre des 500-Seiten-Wälzers voraus hat („Aufregend wie ein Politthriller!“), ist sich mit Blick auf die „Leipzig liest“-Standorte an diesem 21. März völlig sicher: „Hier bei Jour fixe wird der spannendste Stoff verhandelt.“ Aber der hat es in sich. „Ja, der ist sehr komplex“, stellt der Autor das interessierte Publikum auf die vieldimensionale Geschichte um Hans Deutsch ein, jenen israelischen Anwalt, der sich im Auftrag seiner Mandanten um Entschädigung für ihre geraubten und verschwundenen Artefakte stark gemacht hatte

und wegen seiner Erfolge vom „Spiegel“ einst zum Mister Wiedergutmachung ernannt worden war. Zocks Frage-Antwort-Modus mit dem Autor hilft, den facettenreichen Vorgang über alle Details hinweg in die grundsätzlichen Strukturen und Methoden des Raubkunstgeschäfts einzuordnen. Schlüsselszenen aus dem 2005 gedrehten Film „Deutschland gegen Deutsch“ veranschaulichen darüber hinaus manches Ereignis, das auch im Buch reflektiert wird. Nicht zuletzt trägt auch Verleger Matthias Oehme dazu bei, die Botschaft des Druckwerks zu pointieren. In bewegenden Worten schildert er, was ihn erwo, das von den Mainstream-Häusern abgelehnte Manuskript in sein Verlagsprogramm aufzunehmen.

Die Geschichte des Hans Deutsch, so viel sei potenziellen Buchkäufern verraten, geht nicht gut aus. Von der bundesdeutschen Justiz und den Netzwerken aus alten Nazis und neuen Rechten diskreditiert und letztlich mundtot gemacht, bleibt sein Anliegen unabgeholten. Wie schwer es ist, das Werk des 2002 verstorbenen Anwalts fortzusetzen und die Wahrheit über das kriminelle Kartell, das die widerrechtlich an sich gebrachten Kunstschätze nicht zurückgeben will, ans Tageslicht zu bringen, hat Burkhard List am eigenen Leib erfahren. Immer wieder wurden ihm bei seinen Recherchen Steine in den Weg gelegt, existenzielle Drohungen inklusive. Dass es ihm dennoch gelungen ist, zahlreiche Gespräche mit verschiedenen Beteiligten zu führen und Tausende einschlägige Dokumente aus neun Ländern und 20 Archiven auszuwerten, verleiht seinem Buch hohe Authentizität. Es spricht für den Mut des Autors, dass er bei seinen Recherchen nicht vor ministeriellen Amtsstuben kapitulierte. Die Verstrickungen bis in höchste Führungsetagen bewegt den Moderator zu der abschließenden Frage, ob die Affäre Deutsch nicht auch eine Affäre Deutschland sei. Nein, eine Affäre BRD, präzisiert der Autor. Die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland, aber auch in seinem Heimatland Österreich, lasse jedoch keinen Zweifel daran, welche Gefahr von den alten und neuen Netzwerken rechtspopulistischer Gesinnungsnossen ausgehe.

Die nachdenkliche Diskussion ist von der einhelligen Meinung bestimmt, dass der Raubkunstskandal mit seinen vielfältigen Implikationen noch längst nicht vollständig offengelegt sei und weiterer Aufklärung bedürfe. Burkhard List erntet warmherzig-respektvolle Worte des Dankes und der Anerkennung. Erfreut über die problembewusste Resonanz auf seine Buchvorstellung, revanchiert sich der Gast nach Wiener Art: „Ich komme gern wieder nach Leipzig.“

## Gedanken zum Welt-Down-Syndrom-Tag

Am 21. März wird der Welt-Down-Syndrom-Tag begangen. Warum an diesem Tag? Es ist der 21.03. – beim Down-Syndrom, das auch Trisomie 21 genannt wird, ist das 21. Chromosom 3-fach vorhanden. Vielerorts finden an diesem Tag Veranstaltungen statt, die aufmerksam machen sollen. Das Down-Syndrom ist eines der verbreitetsten angeborenen Syndrome. Man findet es überall auf der Welt sowie in allen ethnischen Gruppen und Bevölkerungsschichten. Insgesamt leben etwa fünf Millionen Menschen damit, und alle drei Minuten kommt ein Baby mit Down-Syndrom zur Welt.

Damit Menschen mit Down-Syndrom teilhaben können, brauchen sie andere Menschen, die ihnen etwas zutrauen, die sich trauen, sie kennenzulernen oder sie überhaupt zu bekommen. Schwangere, bei denen im Rahmen der vorgeburtlichen Diagnostik festgestellt wird, dass ihr Baby das Down-Syndrom hat,

werden häufig zu wenig darüber aufgeklärt und wenn überhaupt, dann nur an den Defiziten orientiert. Das und möglicherweise sozialer Druck bringen Frauen häufig dazu, sich gegen ihr Baby mit Down-Syndrom zu entscheiden und die Schwangerschaft abzubrechen.

Im Jahr 1866 beschrieb der englische Arzt John Langdon Down erstmals Menschen mit den typischen Merkmalen und erkannte diese als Syndrom. Somit unterschied er diese Menschen von anderen Menschen mit geistigen Behinderungen. Auch die Lernfähigkeit von Kindern mit Down-Syndrom fiel ihm damals schon auf. Kinder mit dem Down-Syndrom wurden früher allerdings kaum gefördert und meist zu Hau-

se „versteckt“. Man beschäftigte sie zum Beispiel mit Essen. Da sie aber einen langsameren Stoffwechsel haben, brauchen sie weniger Kalorien. Gleichzeitig haben sie kein Sättigungsgefühl, was sie schnell ein paar Kilos zu viel haben lässt. Ihre Muskeln sind schwächer ausgeprägt. Somit müssen sie sich mehr anstrengen, um körperliche Leistungen zu erbringen als ihre Mitmenschen mit 46 Chromosomen, was sie schneller erschöpft sein lässt.

Menschen mit Down-Syndrom können sehr empathisch sein. Im Unterschied zu ihrer kognitiven Intelligenz ist ihre emotionale Intelligenz häufig sogar höher als bei anderen Menschen. Je-

der von uns hat bestimmt schon einmal miterleben dürfen, wie sich ein Mensch mit Down-Syndrom freuen kann. Diese Freude kommt aus tiefstem Herzen und ist absolut ehrlich. Menschen mit Down-Syndrom spüren es aber auch, wenn sie abgelehnt oder abgewertet werden, was sie tiefst traurig macht. Egal ob es um positive oder negative Gefühle geht: Menschen mit Down-Syndrom können ihre Gefühle zeigen und fragen sich nicht, was andere davon halten und darüber denken. Wir können viel von ihnen lernen.

Egal wie Du bist: „Leave no one behind“, also „Lasst niemanden zurück“, lautete das diesjährige Motto zum Welt-Down-Syndrom-Tag. Ein Motto, das wir jeden Tag leben sollten. Jeder Mensch, mit welcher Behinderung auch immer, gehört dazu. Jeden Tag. Immer.

• *Kathleen Noack*





Der Landesparteitag der LINKEN hat uns beauftragt, ein Konzept zu öffentlicher Sicherheit aus linker Perspektive zu erarbeiten. Hier veröffentlichen wir in Auszügen wesentliche Passagen dieses Konzepts, das wir der Landesvorsitzenden Antje Feiks übergeben haben und das somit zur Diskussion steht.

Öffentliche Sicherheit gibt es nur in einer Gesellschaft, die jede Form von Kriminalität zurückdrängt, aber gleichzeitig jedem Menschen seine Freiheitsrechte garantiert. Alles staatliche Handeln muss diese Freiheitsrechte achten. Unsere Sicherheitspolitik legt Wert darauf, dass alle hier lebenden Menschen ein aktiver Teil der Gesellschaft sein und am sozialen Leben teilhaben können. Soziale und persönliche Sicherheit sind untrennbar verbunden.

Öffentliche Sicherheit lässt sich nur schaffen, wenn die Ursachen von Straftaten ebenso konsequent erforscht werden wie die Bedingungen, die sie begünstigen. Wir wollen Sicherheit für alle Menschen, in Anerkennung ihrer Einzigartigkeit und unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer ethnischen oder sozialen Herkunft, ihrem Einkommen, Alter, ihrer Gesundheit, ihrem kulturellen Hintergrund, religiösem Bekenntnis oder ihrer sexuellen Orientierung.

### Freiheit garantieren – Menschen- und Bürgerrechte gelten für alle!

Der Rechtsstaat muss zuallererst die Grund- und Freiheitsrechte garantieren. Sie müssen vor Eingriffen Dritter, insbesondere auch vor Eingriffen des Staates geschützt werden. Für uns ist es keine Alternative, Grundfreiheiten und Grundrechte preiszugeben, um „absolute“ Sicherheit zu gewährleisten. Die gibt es ohnehin nicht.

DIE LINKE Sachsen wendet sich gegen alle Erscheinungsformen eines gruppenbezogenen Generalverdachts: Racial Profiling, also ein auf Stereotypen und äußerlichen Merkmalen basierendes Agieren von Polizei-, Sicherheits-, Einwanderungs-, Zoll- oder gar Justizbehörden lehnen wir ab. Sachsen braucht ein Landes-Antidiskriminierungsgesetz sowie ein Partizipations- und ein Integrationsgesetz.

### Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht

Mit ihrem Polizeivollzugsdienstgesetz und dem Polizeibehördengesetz verlagern CDU und SPD Befugnisse ins Vorfeld konkreter Gefahren sowie vermeintlicher Vorbereitungshandlungen zu Straftaten. So geraten alle Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht. Wir leisten Widerstand gegen diesen Eingriff in die Grund- und Freiheitsrechte und streben ein Normenkontrollverfahren vor dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof an. Staatliche Sicherheitspolitik muss durch eine aktive Zivilgesellschaft flankiert werden, die ermutigt und nicht diffamiert wird.

### Zur sicherheitspolitischen Situation

Entgegen der landläufigen Auffassung nimmt die Kriminalität in Sachsen ten-

# Sicher leben in Freiheit

## Klaus Bartl und Enrico Stange legen ein Konzept zur öffentlichen Sicherheit vor

denziell ab. Über einen Vergleichszeitraum von mehr als 20 Jahren ist anhand der festgestellten und angezeigten Delikte ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Das subjektive Sicherheitsempfinden deckt sich nicht zwangsläufig mit der durch Fakten unteretzten objektiven Sicherheitslage. Es wäre jedoch falsch, wenn wir die Angst unser Leben bestimmen ließen. Deshalb dringen wir auf eine nüchterne Bewertung der Lage.

Wir werden es nicht zulassen, dass Personen- und Religionsgruppen unter Generalverdacht gestellt werden. Wir wenden uns dagegen, dass die Regierenden eine durch bundesdeutsche Politik mitverursachte abstrakte Terrorgefahr zum Anlass nehmen, um Freiheitsrechte kollektiv zu beschneiden.

### Wie wir öffentliche Sicherheit schaffen wollen

Weshalb Menschen sich strafbar machen, ist mit Blick auf den Einzelfall erklärbar. Erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung muss deshalb an den Ursachen ansetzen. Dazu können soziale Umstände, Perspektivlosigkeit, Vorprägungen durch Sozialisation, psychische Erkrankungen, Suchtprobleme und weitere Faktoren gehören. Nicht alle lassen sich durch staatliches Handeln beeinflussen. Dennoch muss Sicherheitspolitik vor allem darauf bedacht sein, die Ursachen und begünstigenden Bedingungen für strafbares Handeln zu beseitigen, um Kriminalität zu verhindern, bevor sie entsteht.

Kommunale Präventionsräte als Träger dieser Arbeit sollten mit Landesmitteln bezuschusst werden. Ein Präventionspreis könnte gute Beispiele würdigen. Die Zusammenarbeit von Polizei, Jugendhilfe, Zivilgesellschaft und Quartiersmanagement kann integrative Konzepte der Gewaltprävention befördern. Eine landesweite Präventionsstrategie

sollte flexibel auf unterschiedliche Erwartungen eingehen. Zur Prävention gehört es auch, sich mit Opferperspektiven zu beschäftigen. Insbesondere der Schutz von Mädchen und Frauen vor (auch häuslicher) Gewalt ist ein wesentliches Anliegen. Frauen(schutz)häuser und Anlaufstellen für Opfer sexualisierter Gewalt müssen flächendeckend etabliert werden.

### Kriminalität zielgenau bekämpfen

Das Gewaltmonopol ist im demokratischen Rechtsstaat Polizei, Verwaltung und Justiz übertragen. Diese dürfen es nur unter strenger Bindung an das Gesetz und nur zu Zwecken ausüben, die vom Volk gewünscht und gebilligt sind. Straftaten müssen schneller und konsequenter geahndet werden, ohne dabei in justizielle Grundrechte oder Verfahrensgarantien einzugreifen.

Wir lehnen eine flächendeckende anlasslose Videoüberwachung ebenso ab wie die Einführung von automatisierter Gesichtserkennungs- und Trackingsoftware. Diese Instrumente greifen tief in Grundrechte ein, ohne Straftaten wirklich verhindern zu können – in der Regel wird Kriminalität nur verdrängt. Anstelle anonymer Überwachungstechnologien sollen mehr Polizistinnen und Polizisten für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort ansprechbar sein. Auto-, Fuß- und Fahrradstreifen in den urbanen Zentren, in Mittel- und Kleinstädten sowie mehr Bürgerpolizistinnen und -polizisten vor Ort brauchen mehr Personal für den Vollzugsdienst und Qualifizierung. Die Polizeiausbildung muss in hoher Qualität sichergestellt werden. Damit die Polizeidirektionen und die Reviere verstärkt werden können, sollte die Bereitschaftspolizei integriert werden und einen bürgernahen Habitus annehmen. An die Stelle öffentlichkeitswirksamer Massenkontrollen und Kleindealer-Razzien, die wenig

mehr bringen als schöne Fotos für den Innenminister, soll sich die Ermittlungsarbeit gezielt gegen schwere kriminelle Bedrohungen wie Organisierte Kriminalität oder Menschenhandel richten. Auch Wirtschafts-, Steuer- und Cyberkriminalität stellen erhebliche Gefahren dar.

### Für eine bürgernahe und demokratisch kontrollierte Polizei

Die Polizei ist ein Spiegelbild der Gesellschaft. Es gibt zweifellos „Einzelfälle“ von fremdenfeindlich geprägten Handlungen und Äußerungen durch Vollzugsbeamtinnen und -beamte. Damit die Polizei sicher auf den Schutz des Rechtsstaats und der Grundrechte orientiert bleibt, muss konzentriert und kontinuierlich gegen verfassungsfeindliche, rassistische und menschenverachtende Einstellungen vorgegangen werden. Deshalb sollte die Ausbildung umstrukturiert werden. In der Aus- und Fortbildung sowie durch eine bessere Führungsarbeit sollte der Abschottung und Verselbstständigung einzelner Abteilungen, etwa des Spezialeinsatzkommandos, entgegengewirkt werden. Um das Vertrauen in die Polizei und innerhalb der Polizei zu stärken, streiten wir für eine „Unabhängige Ombudsstelle der Polizei beim Sächsischen Landtag“.

Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Verfassungsgut. (Versammlungs-) Behörden und Polizei haben zuallererst das Recht auf Versammlungsfreiheit zu garantieren. Dem sind alle Verwaltungsmaßnahmen unterzuordnen.

### Öffentliche Sicherheit ist nicht nur Sache der Polizei

Im Bereich der allgemeinen Gefahrenabwehr sind neben der Polizei die kommunalen Verwaltungen (Bau-, Verkehrs-, Versammlungsbehörde u. a.), die klassischen Ordnungsbehörden sowie die Rettungsdienste, der Katastrophenschutz und die Berufs- und Freiwilligen Feuerwehren tätig. Gerade die „Blaulicht-Bereiche“ brauchen bestmögliche Bedingungen. Die Einsatzkräfte müssen leistungsfähig, motiviert und bestmöglich ausgerüstet sein.

Das Trennungsgebot zwischen nachrichtendienstlicher Tätigkeit und polizeilicher Arbeit ist für uns unumstößlich. Dies bedeutet auch, dass wir sowohl eine „Vergeheimdienstlichung“ der Polizei ablehnen als auch repressive Maßnahmen wie Berufsverbote bei Mitgliedschaft in als extremistisch eingestuften Organisationen. Es bleibt uns ein zentrales Anliegen, das Landesamt für Verfassungsschutz aufzulösen. Bis dahin treten wir für eine wirksame parlamentarische Kontrolle ein.

### Strafvollzug soll die Sicherheit erhöhen

Damit Kriminalität erfolgreich bekämpft und ihr vorgebeugt werden kann, müssen Straftäterinnen und Straftäter schnell und rechtssicher verfolgt und bestraft werden. Werden dabei Freiheitsstrafen verhängt, braucht es einen wirkungsvollen, strikt auf Resozialisierung orientierten Strafvollzug.



Bild von Photo Mix auf Pixabay



# Revolution in der Peripherie

Judith Daniel über die Revolution in Ägypten

Betrachtet man die ägyptische Revolution des Jahres 2011 mit dem methodischen Instrumentarium, das Karl Marx im „Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte“ entfaltet, um die Februarrevolution 1848 und den Staatsstreich von Napoleons Neffen 1851 zu analysieren, tun sich erstaunliche Parallelen auf. Ein zentraler Unterschied ist aber: Frankreich war schon damals ein Land des kapitalistischen Zentrums, Ägypten ist ein Land der abhängigen Peripherie. Aber wichtiger noch: Die internationale Sphäre spielte 2011 eine völlig andere Rolle als zu Marx' Zeiten. Oder, anders formuliert: Die Bedeutung von „Zentrum“ und „Peripherie“ hat sich strukturell gravierend verändert.

Ausgehend von Marx' Revolutionstheorie und den Theorien der antikolonialen Bewegung, die den Begriff der Peripherie neu besetzten, trägt linke Globalisierungskritik, die neue Imperialismusanalyse, entscheidend zum Verständnis heutiger Revolutionen bei. Sie erklärt die neoliberale Wende, die seit den 1970er Jahren eine spezifisch neue Art der internationalen Vernetzung geschaffen hat. Zentrale Merkmale dieser neoliberalen Wende sind die drei Wirtschaftsmaximen Liberalisierung des Weltmarkts durch Freihandelsabkommen, Deregulierung der Binnenmärkte, einschließlich des Arbeitsmarkts, und Privatisierung.

Privatisierung meint dabei nicht nur Eigentümerwechsel, sondern Kommerzialisierung von Branchen, die nicht dem Profitstreben unterlagen, wie beispielsweise Wasserversorgung und Pflegesektor. Oder aber, wie in Ägypten, dessen Agrarproduktion bis in die 1970er Jahre staatlich organisiert war, die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln. Für Konzerne, die auf einem deregulierten Weltmarkt agieren, ist es nicht mehr notwendig, Kredite in die Peripherie zu vergeben, um als Gläubiger indirekten Einfluss zu erhalten (Politik des Schuldenimperialismus). Mittels ausländischer Direktinvestitionen werden Unternehmen heute im Ausland selbst aktiv. So u. a. in Griechenland, wo im Rahmen der Bedingungen für die „Hilfszahlungen“ die profitabelsten Flughäfen privatisiert und an den deutschen Investor Fraport vergeben wurden.

In Ägypten hatte diese Marktöffnung unmittelbare Auswirkungen auf die Klassenstruktur. Antikoloniale Theorien sprechen von der Kompradorenklasse, die nur in peripheren Staaten existierte und deren Aufgabe hauptsächlich darin bestand, Zugang zum inländischen Markt und seinen Ressourcen zu verschaffen. Angetrieben von persönlichen Belohnungen, hatte sie keinerlei Anreize, die landeseigene Wirtschaft aufzubauen oder zu erhalten. Das Mubarak-Regime ist dieser Klasse zuzuordnen. 2011 war die Privatisierung und der damit einhergehenden Kontrollverlust staatlicher Institutionen so weit fortgeschritten, dass die transnationalen Unternehmen Mubarak, also die Kompradorenklasse, nicht mehr benötigten, sie waren ja längst selbst im Inland unternehmerisch aktiv.



Foto: Susann Schütz-Kerka

Auch ägyptische Unternehmen profitierten zunächst von neoliberalen Reformen und unterhielten zumeist selbst eine enge Beziehung zum Ausland, sahen sich aber durch ausländische Direktinvestitionen zunehmend gefährdet. 2011 wandten sich dann Teile dieser neuen Unternehmerklasse gegen Mubarak. Beispielsweise Naguib Sawiris, ein Medien- und Telekommunikationsunternehmer, der in acht arabischen Staaten die Internetinfrastruktur bereitstellt. Er engagierte sich für Rechtsstaatlichkeit und freie Marktwirtschaft und saß nach Mubaraks Rücktritt im Rat der Weisen, der die Übergangsregierung steuerte.

Ausgelöst wurde die Revolution jedoch nicht von Unternehmern, sondern von Arbeitern und Arbeiterinnen. Seit etwa 2000 stieg die Zahl der Streiks in Ägypten massiv an. Sie sind dort grundsätzlich wild und illegal, es gibt keine gewerkschaftliche Interessenvertretung. Streiks sind daher auch grundsätzlich politisch, da sie sich immer der Gewalt der Polizei und damit des Regimes ausgesetzt sehen. 2006 wurde landesweit für einen einheitlichen Mindestlohn gestreikt – ein Indiz für die politische Dimension und die Vernetzung des Proletariats, die

weit über lokale Arbeitskämpfe hinausging. Zum klassischen Proletariat gesellte sich das sogenannte Prekariat, die oft hochqualifizierten aber ökonomisch abgehängten Städter. Die weit verbreitete Annahme, diese Gruppe sei neu und dürfe nicht mit dem Proletariat zusammengefasst werden, ist eine sehr deutsche Idee. Das Prekariat zeichnet sich vor allem durch den Verlust von Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitslosenversicherung oder ähnlichem aus – das alles sind keine neuen, sondern eher sehr alte Phänomene. Was in den letzten Jahrzehnten in Deutschland als „typische“ Beschäftigung bezeichnet wurde – Vollzeit, unbefristet, tariflich bezahlt – ist historisch absolut atypisch.

Das klassische Proletariat zeichnet sich auch durch sein entscheidendes Machtpotential aus: Es kann streiken. Wie streikt nun eine prekäre Akademikerin im Dienstleistungssektor? Ägypten und Tunesien, aber auch Madrid und New York haben 2011 gezeigt: Sie besetzen Plätze. Logistik und Infrastruktur sind in knapp kalkulierten internationalen Just-in-Time-Prozessen zentrale Produktionsmittel. 2011 schlossen in Kairo die Banken, Steuerämter zogen Steuern nicht ein, öffentliche Verkehrsmittel und Taxis fuhren

tagelang nicht. Der Suezkanal war einige Zeit gesperrt. Im neoliberalen Zeitalter, in dem alles, was wir als öffentliche Sphäre betrachten, kommerzialisiert ist, wird die Stadt selbst zum Unternehmen. Streik bedeutet, sie stillzulegen.

Die Revolution in Ägypten trug sowohl Züge einer politischen als auch einer sozialen Revolution, formulierte sowohl politische Forderungen nach Absetzung des Machthabers und mehr Demokratie, als auch, von den Arbeiterinnen und Arbeitern getragen, soziale Forderungen nach Umverteilung und grundlegender Änderung des Wirtschaftens. Wichtigster Grund für ihr Scheitern war das Fehlen einer revolutionären Massenorganisation. Die Live-Kommunikation über soziale Medien ermöglichte zwar eine beeindruckende Mobilisierung, war aber nicht langfristig tragfähig. Industriearbeiter, kleinbürgerliche Islamisten, westlich orientierte Unternehmer und urbanes Prekariat kamen für einen kraftvollen Moment zusammen, erreichten ihr erstes Ziel: Mubarak muss weg! Und trennten sich wieder. Denn das neue Bürgertum hat andere materielle Interessen als die Arbeiterinnen der Textilfabriken. Es wurde so mit dem Moment des Rücktritts zur Konterrevolution – auch hier eine Parallele zu Louis Bonaparte.

Unterstützt wurde die Konterrevolution auch von internationalen Medien. Sie fokussierten auf liberale Forderungen nach Wahlen und Rechtsstaatlichkeit und blendeten nahezu vollständig die ökonomischen Grundlagen der Wut aus. Dieses Framing half der ägyptischen Bourgeoisie, die Revolution als Erfolg – und damit für beendet – zu erklären.

Marx' klassische Revolutionstheorie ist auch heute für das Verständnis von Klassen, Revolution und Konterrevolution grundlegend. Allerdings müssen einige Klassen in ihrer Funktion neu verstanden werden. Die nationalen und internationalen Beziehungsgeflechte zwischen ihnen haben sich strukturell geändert. Der globale Aufstieg der Rechten, eine sich immer bedrohlicher ankündigende Klimakatastrophe, offen sichtbare obszöne Vermögens- und Lebenschancenungleichheit, aber auch wilde Proteste und die Repolitisierung des Streikbegriffs zeigen: Die Revolution ist nicht nur Vergangenheit, sondern sehr wahrscheinlich auch Zukunft. Und als linke Sozialwissenschaftler sollten wir schleunigst versuchen, sie auf der Höhe unserer Zeit zu verstehen.

*Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen verlieh den wissenschaftlichen Förderpreis 2019 an Bettina Barthel für die Dissertation „Postkoloniale Perspektiven auf dezentrale und erneuerbare Energien. Ethnografische Analysen zweier deutsch-tansanischer Partnerschaften der Technikentwicklung“ und an Judith Daniel für die Masterarbeit „Revolution in der Peripherie. Eine Neubetrachtung der marxistischen Revolutionstheorie unter den Bedingungen des Neoliberalismus anhand der Ereignisse in Ägypten 2011 ff.“*



# Zwischen Normalfall und Fremdenangst

Es war der Startschuss einer Vorlesungsreihe der Cottbuser Universität, die unter dem Motto „Open BTU“ stehen soll. Als erste Referentin konnte die brandenburgische Sozialministerin Susanna Karawanskij (LINKE) begrüßt werden. Migration ist eine historische Konstante in der Geschichtsschreibung der Menschheit, wie auch durch die Archäologie und andere Wissenschaften belegt wird – so hieß es unter anderem im Einladungstext. Die Ministerin nahm den Ball auf und die Zuhörer mit zu einem Ausflug in die Ur- und Frühgeschichte der Migration. Die Lausitz hatte demnach sogar mit den Burgundern und dem Nibelungenlied zu tun. Will sagen, Migration ist kein neues Phänomen der momentanen Tagespolitik, sie war vielmehr immer Teil der Menschheitsgeschichte.

Das müssen Deutschtümler, rechte wie linke Nationalisten erst einmal verkräften. Und schon war die Ministerin mit ukrainischem Migrationshintergrund beim gegenwärtigen Migrationsthema, das nach ihren Worten nie problemfrei war und ist. Zur Sprache kamen bei Karawanskij auch die Fluchtursachen: Solange Europa seine Müllhalden nach Afrika exportiert, solange der Kontinent expansive Landwirtschaftspolitik betreibt und solange er Waffen in Krisenregionen exportiert, solange werden nur neue Fluchtursachen produziert.

Ferner analysierte die Politikwissenschaftlerin, dass wir über einen Kulturkampf und über sehr verschiedene gesellschaftspolitische Vorstellungen reden müssen. Viele heutige Probleme wären ihres Erachtens Folge einer in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts verfehlten Integrationspolitik.

Das muss besser werden. In ihrem Verantwortungsbereich und in der rot-roten Landespolitik ist der ministeriellen Meinung nach vergleichsweise frühzeitig auf die migrationspolitischen Problemlagen reagiert worden; mit Sprachkursen, Ausbildung, Wohnungen, dabei möglichst ohne Ghettosierung. Hohe Würdigung durch die Rednerin erfuh das Ehrenamt. Aber nicht alles könne von ehrenamtlich Tätigen geleistet werden. Hier ist Politik gefordert. Vom Bund forderte die frühere sächsische Bundestagsabgeordnete zum Beispiel ein Einwanderungs- und Integrationsgesetz. Es bedarf eines vernünftigen gesetzlichen Rahmens und einer soliden Finanzierung. Auf Unverständnis stieß das Ansinnen des Bundesfinanzministers Olaf Scholz (SPD), die finanzielle Unterstützung der Kommunen für die Flüchtlingsarbeit zu kürzen.

So bekommt man das Problem des europaweiten Rechtspopulismus nicht in den Griff. Karawanskij konstatierte: die „Flüchtlingskrise“ habe bestehende

Konflikte erst aufbrechen lassen. Vielfach war ein Mangel an interkultureller Begegnung die Ursache für diese Entwicklung. Wo es die wenigsten Ausländer oder eben gar keine Moschee gebe, dort seien die Angst vor dem Fremden beziehungsweise die Ablehnung des Islam am größten.

Abschließend äußerte die Politikerin, Deutschland müsse sich auf Dauer darauf einstellen, dass es weiterhin Zuwanderung erleben werde. Es gehe nun darum, ob man die Zuwanderung dem Selbstlauf überlässt oder ob man sie aktiv gestalten will. Sie als Gestalterin plädierte dafür, schon aus wirtschaftlichen und demografischen Gründen, die „neuen Menschen“, die in dieses Land kommen, als Bereicherung und als Chance zu begreifen. Das nicht, ohne die damit verbundenen Sorgen, Ängste, Unsicherheiten und Fragen ernst zu nehmen. Was wäre das sonst auch für eine Politik?

• René Lindenau



## Lyrisches

### Farbtupfer

*Blumenzauber  
Auf der Palette  
Des jungen Malers Frühling*

### Herz-akrobatisch

*Auf Frühlingssonnenstrahl  
Liebe wandelt*

### Vergebens

*Wenn du weißt  
Der Tag kommt  
An dem Du gehst  
Bleib!*

• Janina Niemann-Rich

### Hinsichtlich Demokratie

*Neoliberale genauso wie  
Neonazis Rechtsdenkende:  
Neolithiker des Heute*

### Weberknecht

*Spinne mit sehr langen Beinen  
EU-Weber: Knecht  
Des Wischiwaschi und der  
Selbstdarstellung  
Als Ausgleich-Politiker*

*Ihn kritisieren Bürger  
Die Sprechblasen und kurzbeinigen  
Lügen  
Spinnefeind sind*

### Bilanz

*Einziges Plus der EU:  
Größerenteils durch sie  
Westeuropa ein Biotop  
Für die Friedenstaube*

*Bilanz wird zur Lanze  
Bei Gründung einer EU-Armee*

• Jürgen Riedel

ße-Staatsgrenze hinaus vorzunehmen, wurden die meisten ost- und südosteuropäischen Länder in das westlich militärische Bündnissystem eingegliedert. Damit wurde die NATO bis an die Grenzen Russlands ausgedehnt, wodurch sich Russland einer ernsthaften Bedrohung gegenüber sieht. Die daraus resultierenden Spannungen – NATO-Verbände, darunter auch Bundeswehrkontingente, sind in den baltischen Ländern, in Polen und Rumänien stationiert – verursachen eine mit dem Kalten Krieg vergleichbare internationale Situation. Doch die Zeiten einer imperialen Führungsrolle der USA sind abgelaufen. Das 21. Jahrhundert wird gekennzeichnet durch eine multipolare Welt mit solchen strategischen Schwergewichten wie China, Japan, Indien, Brasilien neben den USA und Russland. Eine gemeinsam agierende Europäische Union könnte und müsste hier ein wichtiger Akteur sein.

• Winfried Steffen

# Seit siebzig Jahren besteht die NATO

Am 4. April 1949 unterzeichneten die Außenminister von Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, der Niederlande, Norwegen, Portugal und der USA in Washington den Nordatlantikpakt (North Atlantic Treaty Organisation). Das NATO-Militärbündnis, dem sich später weitere Staaten anschlossen, war ein Produkt und Instrument des Kalten Krieges, das sich insbesondere gegen die Sowjetunion richtete. Im März 1947 hatte US-Präsident Truman die nach ihm benannte Doktrin verkündet, die Strategie der „Eindämmung“ der im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges gewachsenen internationalen Autorität und Macht der Sowjetunion. „Wir müssen die Führung der Welt übernehmen“, propagierte Truman.

Damit wurde seitens der USA, Großbritanniens und Frankreichs endgültig die in der Antihitlerkoalition herausgebildete Gemeinsamkeit, der Geist des Potsdamer Abkommens, verlassen. Oberster Befehlshaber der NATO-Truppen in Europa wurde US-General Eisenhower. – Die westlichen Besatzungszonen wurden durch ein Besat-

zungsstatut von Beginn an in die NATO eingebunden, denn zu dieser Zeit befand sich die Bildung des westdeutschen Separatstaates, der Bundesrepublik Deutschland, noch in der Vorbereitungsphase.

Mit dem am 5. Mai 1955 erfolgten Eintritt der BRD in die NATO und der Einbeziehung der NATO-Mitgliedsstaaten in die atomare Aufrüstung der USA verschärften sich die internationalen Spannungen erheblich, trat der Kalte Krieg in eine neue Etappe. Erst in dieser Situation erfolgte am 14. Mai 1955 der Abschluss des Warschauer Vertrages durch die UdSSR und die verbündeten europäischen sozialistischen Staaten. In der Folgezeit unterbreiteten die Unterzeichnerstaaten dieses Vertrages wiederholt Vorschläge zur Minderung der internationalen Spannungen und zum Abschluss eines Nichtangriffspaktes zwischen der Warschauer-Vertrags-Organisation und der NATO – bekanntlich vergebens.

Der Jahrzehnte währende Kalte Krieg war durch das Nebeneinanderbestehen von NATO und Warschauer-Ver-

trags-Organisation gekennzeichnet. Auf diese Weise bestand ein annäherndes militärstrategisches Kräftegleichgewicht zwischen den beiden damaligen Gesellschaftssystemen, ein Gleichgewicht des Schreckens gegenüber einem die Menschheit existenzbedrohenden atomaren Inferno. Im Wettstreit zwischen kapitalistischem und sozialistischem Wirtschaftssystem verfügte Ersteres über die weitaus größeren ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Potenzen. So kam es zum Wegbrechen des sogenannten realen Sozialismus, zum Zerfall der Sowjetunion und dem grundlegenden Wandel in den einstigen europäischen sozialistischen Ländern.

Mit dem Ende des Kalten Krieges verlor eigentlich auch die NATO ihre Existenzberechtigung. Doch vorrangig auf Betreiben der USA wurde die NATO sogar noch weiter ausgebaut, um auch in der Folgezeit die Vorherrschaft der USA zu sichern. Entgegen den Zwei-plus-Vier-Vereinbarungen von 1990 mit der Zusage gegenüber der damals noch bestehenden Sowjetunion, keine Ausdehnung der NATO über die Oder-Nei-



Bereits im Februar 1915 kam Rosa Luxemburg für ein Jahr ins Gefängnis, verurteilt wegen einer Rede vor Kriegsbeginn, mit der sie zur Kriegsdienst- und Befehlsverweigerung aufgerufen hatte. Nur wenige Wochen wieder frei, wird im Juli 1916 „Schutzhaft“ über sie verhängt, die sie in Berlin, Wronke und Breslau verbringen muss, von wo aus sie einen vielfältigen Briefwechsel mit ihren Freunden und Vertrauten führt. Der vorliegende Band enthält ihre aus dieser Zeit zum Teil sehr privaten Briefe an ihre Freundin Sophia, die zweite Frau Karl Liebknechts. Erstmals 1920 veröffentlicht und danach jeweils geringfügig erweitert, hat nunmehr der Karl Dietz Verlag die durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte 19. Auflage, die eine leichte Ergänzung erfahren hat, herausgegeben.

Ihr einziger Kartengruß aus der Freiheit, verfasst in einer Leipziger Parkanlage, stammt vom 7. Juli 1916 und ist der Gefängnispost vorangestellt. Am 10. Juli 1916 erfolgt ihre Verhaftung in Berlin und Einlieferung in das dortige Frauengefängnis in der Barnimstraße. Als sie erfährt, dass Karl Liebknecht, der am 1. Mai 1916 auf dem Potsdamer Platz zur Beendigung des Krieges und zum Sturz der Regierung aufgerufen hatte, deshalb am 23. August 1916 zu vier Jahren und einem Monat Zuchthaus verurteilt worden ist, schreibt sie am Tag darauf: „Die Sache trifft mich schwer“ und bedauert zutiefst, jetzt nicht bei Sophia sein zu können. Ihre Sorge um Sophias gesundheitlichen und seelischen Zustand steigt ins Unermessliche, als am 4. November 1916 das Urteil des Oberkriegsgerichtes bestätigt und Karl Liebknecht am 8. Dezember 1916 ins Zuchthaus Lucka eingeliefert wird. Als sie kurz darauf erfährt, dass Sophias Bruder gefallen ist, schreibt sie, nunmehr in Wronke inhaftiert: „... bin ganz erschüttert von diesem Schlag, der sie wieder traf“.

Ihre Briefe strahlen in überwältigendem Maße Herzenswärme aus. Stets habe sie das Gefühl, Sophia sei einsam, und sie müsste um sie sein, um sie aufzuheitern. „Wie schade um die Monate und Jahre“, schreibt sie im November 1917, „die jetzt vergehen und in denen wir zusammen so viel schöne Stunden verleben könnten, trotz all dem Schrecklichen, was in der Welt

# „Kopf hoch, fest und ruhig bleiben!“

*Prof. Dr. Kurt Schneider* über bewegende private Briefe Rosa Luxemburgs an Sophia Liebknecht



vorgeht.“ All ihre Briefe zeugen davon, dass Rosa Luxemburg – bei allen Anfängen von Verzweiflung in selbst auswegloser Lage – anderen noch Trost

zuspricht. Ihre Weihnachtspost 1917 enthält die bewegenden abschließenden Worte: „Sonjuscha, Liebste, seien Sie trotz alledem ruhig und heiter.

So ist das Leben, und so muss man es nehmen, tapfer, unverzagt und lächelnd – trotz alledem.“

Sie ermuntert Sophia zum Lesen, berichtet über ihren Gefängnisalltag, über ihre Freude an der Natur, in der sie kein Ausruhen findet. „Im Gegenteil, ich finde auch in der Natur auf Schritt und Tritt soviel Grausames, daß ich sehr leide.“ Mitunter kommentiert sie trotz der Zensur aktuelle politische Ereignisse. Hinsichtlich der Pressemeldungen über den Verlauf der Oktoberrevolution 1917 in Russland mahnt sie, gelassen zu bleiben. „Es ist einfach ein erbitterter Parteikampf, der ja in der Beleuchtung bürgerlicher Zeitungskorrespondenten stets wie ein losgelassener Irrsinn und eine Hölle aussieht.“ Daher, so schreibt sie: „Kopf hoch, fest und ruhig bleiben, ... nur nicht gleich immer das Schlimmste erwarten.“

Ihre Zuversicht fasste sie am 12. Mai 1918 in die Worte: „Geduld und Mut! Wir werden noch leben und Großes erleben. Jetzt sehen wir vorerst, wie eine ganze alte Welt versinkt – jeden Tag ein Stück, ein neuer Abrutsch, ein Riesensturz... Und das Komischste ist, dass die meisten es gar nicht merken und glauben, noch auf festem Boden zu wandeln.“

Schließlich ist ihr, wie sie an Sophia am 18. Oktober 1918 schreibt, angesichts des Umschwungs der Lage ein Besuch ihrer Freunde unter Aufsicht, „zur Unmöglichkeit geworden“. Die Gesprächsaufsicht verhindere darüber zu reden, „was mich wirklich interessiert“, so dass sie daher „lieber auf jeden Besuch verzichte, bis wir uns als freie Menschen sehen. Lange kann es ja nicht mehr dauern.“

Mit Ausbruch der Revolution im November 1918 öffnen sich auch für Rosa Luxemburg in Breslau die Gefängnistore. Kurze Zeit später, am 15. Januar 1919, wurde sie mit Karl Liebknecht von Regierungstruppen festgenommen und brutal ermordet.

*Rosa Luxemburg: Briefe aus dem Gefängnis. 19. ergänzte Auflage 2019. Gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung, Karl Dietz Verlag Berlin. 136 Seiten, 12,00 Euro. ISBN 978-3-320-02359-1*

## Vor 55 Jahren verstorben: Karl Jakobi

Geboren am 31. August 1904 in Straßburg/Elsass und seit 1926 Mitglied der KPD, wird Karl Jakobi am 21. August 1941 vom faschistischen Volksgerichtshof zu lebenslanger Haft verurteilt. Zunächst im Zuchthaus

wird er im Frühjahr 1945 wie Tausende auf den Todesmarsch der KZ-Häftlinge getrieben. Unter dramatischen Umständen erfolgt seine Befreiung im letzten Augenblick.

Das Leben von Karl Jakobi als Kommunist ist bis zu seiner Verurteilung durch seine Tätigkeit als hauptamtlicher Parteifunktionär und als aktiver Antifaschist gekennzeichnet. Er ist längere Zeit in Karlsruhe Agitpropsekretär der KPD, unterbrochen durch den Besuch

der Leninschule der Kommunistischen Internationale in Moskau. Danach wird er von Februar 1932 bis März 1933 Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ in Mannheim. Am 2. April 1933 wird er verhaftet und in das KZ Kislau eingeliefert, mit anschließender Untersuchungshaft in Mannheim.

Nach seiner Freilassung ist Jakobi als Leiter der illegalen KPD-Bezirksleitung Hessen/Frankfurt im antifaschistischen Widerstand aktiv. Ende 1934 emigriert er über die Schweiz nach Frankreich und von dort aus nach Spanien, wo er im Bürgerkrieg dem „Hans-Beimler-Bataillon“ als Leutnant angehört. Später in Frankreich interniert, wird er von der Vichy-Regierung an die faschistische deutsche Justiz ausge-

liefert und von dieser verurteilt. Nach der Befreiung vom Faschismus hat Jakobi vor allem als Redakteur bzw. Chefredakteur verschiedener Zeitungen wesentlichen Anteil an dem antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau und an der revolutionär-demokratischen Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone. Nach der Gründung der DDR ist er von 1951 bis 1953 als Hochschullehrer am Institut für Publizistik der Universität Leipzig und anschließend als ADN-Korrespondent in Belgrad tätig. Ab 1961 arbeitet er als Redakteur der Zeitschrift „Dokumentation der Zeit“.

Am 3. April 1974 verstirbt Karl Jakobi.

• *Prof. Dr. Kurt Schneider*



Brandenburg und danach ab Dezember 1943 im KZ Sachsenhausen inhaftiert,

# Terminübersicht



**Leipzig, 8. April, 19 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**Leipzig: Exilsitz der türkischen Kommunistischen Partei 1957-1989**

Mit Nelli Tügel (Journalistin, neues deutschland). Eine Kooperation der AG Kurdistan und RLS Sachsen.  
*Universität Leipzig, Uni-Campus, Augustusplatz 10, Leipzig*  
*Hörsaal wird noch auf [www.sachsen.rosalux.de](http://www.sachsen.rosalux.de) bekannt gegeben*

Der Exil-Hauptsitz der Kommunistischen Partei der Türkei war von 1957 bis 1989 in Leipzig, von hier aus organisierte sie ihre Struktur in der Türkei und Westdeutschland. Der Streik von 1973 in den Kölner Fordwerken mit rund 8.000 Streikenden, organisiert von Arbeitnehmer\*innen aus der Türkei, gilt als einer der ersten wilden Streiks in Deutschland.

**Leipzig, 11. April, 18 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**„Die kulturelle Potenz war gewaltig“**

REIHE: Jour Fixe - Ein unkonventioneller Gesprächskreis. Mit Prof. Dr. Gerd Dietrich (Historiker), Moderation: Dr. Karsten Krampitz und Dr. Ursula Wohlfeld.  
*Horns Erben, Arndtstraße 33, Leipzig*

Prof. Dr. Gerd Dietrich präsentiert seine dreibändige Kulturgeschichte, die bisher größte zusammenhängende Darstellung der DDR.

**Plauen, 11. April, 18.00 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**Die Hüftbewegung - Was uns zu Menschen machte\***

Mit Daniel Kulla (Autor und Musiker)  
Eine Kooperation des Kulturraum Kanapee und RLS Sachsen.  
*Kulturraum Kanapee, Fiedlerstraße 11, Plauen*

Kulla möchte, unterstützt von Bewegtbild und Ton, die Evolution unserer Spezies als noch nicht restlos aufgeklärt in Erinnerung rufen, die Abhängigkeit unseres Welt- wie Selbstbilds von der herrschaftlichen Verfasstheit unserer Gesellschaften aufzeigen und dazu ermutigen, die Bewegung der Hüfte zu verfolgen, zu beobachten, wie das Gehirn diese Bewegung die ganze Zeit schrittweise vorausgeplant, zu steuern und auszunutzen versucht - und wie wenig selbstverständlich das alles ist.

**Plauen, 13. April, 18 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**1918-23 - REVOLUTION in Deutschland\***

Mit Daniel Kulla (Autor und Musiker).  
Eine Kooperation des Projekt Schuldenberg und RLS Sachsen.  
*Infoladen Plauen, Projekt Schuldenberg, Thiergartner Str. 4, Plauen*

**Dresden, 17. April, 19 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**Die Weltwirtschaft zwischen Freihandel und Protektionismus**

Mit Dr. Jürgen Leibiger (Volkswirt)  
*WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, 01099 Dresden*

**Chemnitz, 24. April, 18.30 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**Fakten und Fake-News zum globalen und regionalen Klimawandel\***

Mit Wilfried Kuchler (Diplom-Meteorologe).  
*All In - Inklusiv ausgerichtetes Bürgerhaus, Rosenhof 14, Chemnitz*

**Leipzig, 26.-27. April**

■ Tagung  
**Offenheit als Programm. Gründe und Abgründe**

Mit Christoph Türcke, Claus-Steffen Mahnkopf, Josef Haslinger, Micha Braun, Steven Black, Gesa Foken, Christina Natlacen, Monika Mühlfordt, Susan Winter, Marthe Krüger, Maria L. Felixmüller, Mario C. Schmidt, Martin Mettin, Sascha Macht, Dagmara Kraus-Cavaillès, Antje Mettin, Sebastian Tränkle, Panja Lange, Micha Böhme, Martin Dornis, Thomas Friedrich, Christian Driesen und Julika Achtzig  
Eine Tagung der Hochschule für Musik und Theater Leipzig „Felix Mendelssohn Bartholdy“, des Deutschen Literaturinstituts Leipzig, der Hochschule für Grafik und Buchkunst Leipzig, das Centre for Competence for Theatre, der RLS Sachsen und der Stadt Leipzig.  
*Vortragssaal der Universitätsbibliothek Leipzig, Beethovenstraße 6, Leipzig; Foyer des Deutschen Literaturinstituts Leipzig, Wächterstraße 34, Leipzig und Probesaal der Hochschule für Musik und Theater Leipzig »Felix Mendelssohn Bartholdy«, Grassistraße 8, Leipzig*

Zur Unterstützung der Tagungsorganisation bitten wir um formlose Anmeldung unter: [tagung@foken-gesa.de](mailto:tagung@foken-gesa.de)  
Das vollständige Programm finden Sie unter [www.sachsen.rosalux.de](http://www.sachsen.rosalux.de)

„Hauptsache offen!“ ist eines der maßgeblichen Schlagwörter der Gegenwartskunst. Gemeint ist eine besondere Öffnung zum Betrachter sowie Forderungen nach Prozesshaftigkeit, Form- und Absichtslosigkeit. Auffallend ist die Parallele zur ökonomischen und gesellschaftlichen Forderung nach Flexibilität, nach einem Offenhalten von Entscheidungen, Handlungen und Beziehungen. Die zeitgenössische Offenheitsästhetik in Kunst und Gesellschaft steht in Tradition avantgardistischer Öffnungen und läuft zugleich Gefahr, zur Offenheitsideologie zu werden. Dieses Phänomen kritisch und interdisziplinär zu beleuchten, ist Zielsetzung der Tagung.

**Dresden, 27. April, 10-17 Uhr**

■ Workshop  
**Strategische Öffentlichkeitsarbeit**

REIHE: Junge Rosa. Mit Heiko Hilker (Dresdner Institut für Medien, Bildung und Beratung), Peter Stawowy (Journalist, FLURFUNK) und Susann Scholz-Karas (RLS Sachsen).  
*WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, Dresden*

Bitte meldet euch bis zum 15. April unter [dresden@rosalux-sachsen.de](mailto:dresden@rosalux-sachsen.de) an.  
Teilnahmebeitrag: 10 €, ermäßigt 5 €

(inkl. Pausenversorgung). Generell gilt: Teilnahmebeiträge dürfen keine Barriere für die Teilnahme darstellen.

**Leipzig, 30. April, 18 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**Geschichte, Gefahren, Konflikte und Krisenszenarien in der EU**  
REIHE: Philosophische Diensttagsgesellschaft. Mit Dr. Monika Runge (Philosophin), Moderation: Dr. Konstanze Caysa.  
*RLS Sachsen, Demmeringstr. 32, Leipzig*

**Dresden, 3. Mai, 12.30 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**Sea-Watch - zivile Seenotrettung im Mittelmeer**  
REIHE: RedBagLunch. Mit Diego Weber (ehemaliges Crewmitglied).  
*WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, Dresden*

**Chemnitz, 6. Mai, 21 Uhr**

■ Film und Gespräch  
**Die Architekten\***  
REIHE: L///OST///TRACES - Verlorene Spuren - Filme der DEFA 1980-1990. Eine Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen in Kooperation mit dem AJZ Chemnitz.  
*Mediencafé m54, AJZ Chemnitz, Chemnitztalstraße 54, Chemnitz*

Urbane Konflikte um die Gestaltung der Großstadt, Debatten um Subversionsstrategien im Pop, die Verteidigung nichtheteronomativer Lebensentwürfe, die Blüte der Hackerkultur - allesamt Themengebiete, die das heutige politische Denken und die öffentlichen Debatten mitbestimmen. Nicht nur Spuren dieser Debatten finden sich interessanterweise in den späten Produktionen der DDR-Filmfirma DEFA. Ende der 80er Jahre spielten sich in der Kultur- und Filmszene vorrevolutionäre Prozesse ab - kein kulturpolitisch initiiertes Tauwetter wie Anfang der 60er oder 70er Jahre, sondern ganz offenbar Teil weltweiter kultureller und wirtschaftlicher Transformationsprozesse.

**Leipzig, 6. Mai, 19 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**Zum Zionismus und seiner realpolitischen Perspektive**  
Mit Einat Wilf (ehemalige Abgeordnete der Knesset). Eine Veranstaltung in Kooperation mit der RLS Sachsen.  
*Conne Island, Koburger Str. 3, Leipzig*

Einat Wilf war Knesset Abgeordnete für die Independence und Labour-Party und beschäftigt sich mit dem Konzept des Zionismus und möglichen realpolitischen Perspektiven. Während aus internationaler Sicht von „Nah-Ostexpert\*innen“ ein dauerhafter Frieden in der Region oft nicht mit israelischer Souveränität vereinbar ist, setzt Wilf dem eine Weiterentwicklung der politischen Idee des Zionismus entgegen. Im Vortrag wird sie Möglichkeiten aufzeigen, wie eine friedliche Übereinkunft erreicht werden kann.

**Dresden, 15. Mai, 19 Uhr**

■ Vortrag und Diskussion  
**Emanzipatorische Technologiepolitik. Was ist das?**  
Mit Dr. Georg Jochum.  
*WIR-AG, Martin-Luther-Straße 21, Dresden*

Eine emanzipatorische Technikpolitik zielt darauf ab, die gegenwärtige Unterordnung der Technik unter ökonomische Interessen zu überwinden und die Technikentwicklung der freien Entfaltung der Menschen zugutekommen zu lassen. Emanzipation wird dabei in einem weiten Sinne als Abbau von Herrschaftsverhältnissen verstanden. Im Zentrum des Vortrags stehen digitale Technologien, die als Steuerungstechnologien anzusehen sind. Aktuell deutet sich die Herausbildung eines digitalen Despotismus an - die neuen Steuerungstechnologien können aber auch gesellschaftlich angeeignet werden und so die Herausbildung von demokratischeren und nachhaltigeren Wirtschafts- und Gesellschaftsformen befördern.

## Impressum

### Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt

### Herausgeber:

Dr. Monika Runge, Verena Meiwald, Prof. Dr. Peter Porsch, Dr. Achim Grunke

### Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

**Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

**Die Papierausgabe** wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

### Der Redaktion gehören an:

Kevin Reißig (V.i.S.d.P.), Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Ralf Richter

**Bildnachweise**, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

### Kontakt:

[kontakt@dielinke-sachsen.de](mailto:kontakt@dielinke-sachsen.de)

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

**Redaktionsschluss:** 27.03.2019

**Die nächste Ausgabe** erscheint voraussichtlich am 02.05.2019.

Die Zeitung „Links!“ kann kostenfrei abonniert werden. **Wir freuen uns jedoch über eine Spende**, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen. Kostendeckend für ein Jahresabo ist eine Spende in Höhe von 12 Euro. Sollten Sie an uns spenden wollen, verwenden Sie bitte folgende Kontodaten:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V.

IBAN: DE83 8509 0000 3491 1010 07

BIC: GENODEF1DRS

Dresdner Volksbank Raiffeisenbank

### Aboservice:

[www.links-sachsen.de/abonnieren](http://www.links-sachsen.de/abonnieren),

[aboservice@links-sachsen.de](mailto:aboservice@links-sachsen.de) oder

Telefon 0351-84389773



# Von Brudervölkern und Brüdern

Ralf Richter war wieder auf der Leipziger Buchmesse

Alles sollte frisch sein beim Gastland Tschechien auf der Buchmesse. So wie heute die Geschichte „Deutschlands“ in Politikerreden meist 1949 beginnt – und fast nur westdeutsche Geschichte meint –, so beginnt die neue tschechische Geschichte 1990 und blendet aus, dass sie 1990 nicht als tschechische, sondern als tschechoslowakische Geschichte begann.

Erst am 1. Januar 1993 passiert etwas, was sich mit Blick auf die blutigen Kriege der 90er in Jugoslawien und die gewaltsamen Proteste in Katalonien immer noch wie ein Wunder ausnimmt: Aus einem Staat mitten in Europa wurden ohne großes Aufheben, ohne Gewalt und verbale Flammenwerferei zwei – obwohl die Bevölkerung dagegen war. Weder bei den Tschechen noch bei den Slowaken gab es eine Mehrheit für eine Staatstrennung. Auf der Buchmesse diskutierten die in der Schweiz lebende slowakische Schriftstellerin Irena Brezná, die tschechische Schriftstellerin Radka Denemarková und der frühere tschechoslowakische und spätere tschechische Diplomat Tomáš Kafka „Die Sezession – Tschechien und die Slowakei“. Über allem liegt der Schatten des Katalonien- und des Brexitkonfliktes und es herrscht Einigkeit: So friedlich, wie man sich seinerzeit trennte, würde das in der heutigen Europa-Atmosphäre nicht mehr vonstattegehen. Damals gab es zwei, die sich trennen und kleine Könige werden wollten in Prag und in Bratislava. Der eine hieß Vaclav Klaus und der andere Vladimir Meciar. Beide waren gemäßigte Nationalisten. Heute ist der neue starke Mann in Prag ein Slowake: Andrej Babiš, der nach Aussage seiner Landsfrau Irena Brezná ein furchtbares Kauderwelsch aus Slowakisch und Tschechisch spricht. In Bratislava aber – und darauf ist die slowakische Schriftstel-

lerin besonders stolz – wird es mit Zuzana Čaputová wohl bald nach den korrupten Männern eine europafreundliche progressive Staatschefin geben.

Es ist am Diplomaten Kafka, den Besuchern im bis auf den letzten Platz gefüllten Café Europa zu erläutern, wie es dazu kam, dass 1918 nach dem Zerfall Österreich-Ungarns ein gemeinsamer Staat entstand: „Wir brauchten uns gegenseitig! Sowohl Tschechen und Mähren als auch Slowaken hatten starke Minderheiten, gegen die sie sich erst einmal durchsetzen mussten: In Böhmen waren die Deutschen sehr stark und in der Slowakei spielten die Ungarn eine zentrale Rolle.“ Was er nicht sagt: In beiden Ländern waren die jeweiligen Minderheiten zugleich die dominierenden Volksgruppen: So wie die Slowakei magyarisch geprägt war, so fühlten sich die Deutschen in Böhmen als dominierende Schicht. Man darf nicht vergessen, dass Prag damals drei große Volksgruppen beherbergte: Deutsche, Tschechen und Juden – wobei letztere mehrheitlich Deutsch sprachen und nicht zuletzt das zum großen Teil das deutsche Kulturbürgertum in Österreich-Ungarn stellten. Man denke nur an Egon Erwin Kisch, den rasenden Reporter, der seine Karriere beim „Prager Tagblatt“ begann. In der Slowakei war die Magyarisierung so weit fortgeschritten, dass man kaum Lehrer hatte, die nach 1918 Slowakisch unterrichten konnten, so dass viele Lehrer, aber auch Fabrikdirektoren aus Böhmen geholt wurden, was zu einer gewissen tschechischen Dominanz im Staatsgebilde Tschechoslowakei beitrug. Von diesen Ressentiments wusste man, nebenbei bemerkt, auch in Moskau. So sorgte man nach dem „Prager Frühling“ dafür, dass der mächtigste Mann im Staate wieder ein Slowake wurde: Gustav Husak. Dieser Name fällt nicht

bei der Veranstaltung, aber wer die Slowakei in der DDR-Zeit bereiste, der erlebte, wie stolz man in der Slowakei auf den eigenen Mann auf dem Hradschin war. Immerhin insistierte der Diplomat auf der Buchmesse: „Wir brauchten uns einige Zeit gegenseitig sehr – Tschechen und Slowaken. Diese Zeit aber war in den 90er Jahren abgelaufen.“ Am Ende gibt es wohl bei den Besucherinnen und Besuchern eine große Lust, zwei Länder neu zu entdecken. Die Slowakin sagt: Wenn sie heute in Tschechien Slowakisch spricht, bekomme sie oft zu hören: „Wie schade, dass wir getrennt

die Mehrheit der Tschechen kein Slowakisch lernt. Wenn man dennoch bei der Veranstaltung erlebte, wie sich zwei Nationalitäten mit gegenseitiger Anerkennung und großem Respekt begegneten, dann tut das unglaublich gut. Wir Sachsen sollten uns glücklich schätzen, solche tollen Nachbarn zu haben!

Von den Brudervölkern zu Brüdern, die sich gegenseitig inspirierten und respektierten – dieses wiederum war in der Arena der Leipziger Volkszeitung zu erleben. Der große Bruder und Schlagersänger Gerd Christian erinnert gemeinsam mit dem Buchautor und einstigem Redakteur von Stimme der DDR bzw. DT 64 an den Bruder und Ausnahmekünstler Holger Biege. „Sag‘ ihr auch“, diesen von seinem Bruder Holger geschriebenen Titel für Gerd Christian hat wohl jeder noch im Ohr, der die DDR bewusst erlebt hat. Heute hört man im Internet beide Versionen – wobei er die „politisch-bedenkliche“ aus damaliger Sicht ausgerechnet in NVA-Uniform zu Gast bei Heinz Quermann 1984 vorträgt. Als beide im Musikfach Karriere zu machen gedachten, legte der große Bruder seinen Familiennamen ab, um seinem kleinen Bruder einen Gefallen zu tun, und strich aus seinem Vornamen den Bindestrich. So wurde aus Gerd-Christian Biege Gerd Christian. Als der kleine Bruder dann in den Westen verschwand und der große darunter im Osten zu leiden hatte, ertrug er das klaglos. Seine Balladen sind Kunstwerke, meint der große Bruder über die Meisterstücke des kleinen Bruders, und trug sie zuletzt selbst vor, als der kleine Bruder nach schwerer Krankheit nicht mehr singen konnte. Das Buch von Wolfgang Martin, an dem er ebenso wie Holgers Frau Cordelia mitgewirkt hat, heißt: „Holger Biege – Die Biographie“. Es erschien beim Verlag Bild und Heimat.



sind!“ Das Ansehen der Slowaken hat seit der Trennung bei den Tschechen offenbar zugenommen. Nicht geändert hat sich, dass die Mehrheit der Slowaken gut Tschechisch versteht, während

## „Kriminelles aus Sachsen“

Man findet das Buch mittlerweile in vielen Bibliotheken an prominenter Stelle: „Kriminelles aus Sachsen“. Regionalgeschichtliches ist en vogue, aus verschiedenen Gründen stärker als in anderen Bundesländern – und Krimis gehen immer. Insofern ist es kein Wunder, dass ein Buch mit diesem Titel zahlreiche Leser findet. Aber ist ein erfolgreiches Buch auch ein gutes Buch?

Der in Dresden geborene Autor Dietmar Sehn hat Geschichten aus 300 Jahren zusammengetragen und versucht, sie in acht Rubriken unterzubringen. Diese heißen u.a. „Von Scharfrichter und Hinrichtungsstellen“, „Betrüger und Hochstapler“, „Bekannte Haftanstalten – Bekannte Häftlinge“, „Sagenhaftes“, „Aufständische und Rebellen“ (das Buch hätte wirklich besser lektoriert werden können – es steht tatsächlich „Aufständische“ da und

nicht „Aufständische“), „Brandstifter und Totschläger“...

Wenn man weiß, dass das Werk keine 120 Seiten umfasst, aber nahezu 50 – ja was eigentlich: Geschichten, Anekdoten, Sagen, Geschichtssplitter enthält, dann bleiben für den einzelnen Fall durchschnittlich keine drei Seiten. Bevor man also begonnen hat, sich mit einem Fall zu beschäftigen, ist der Autor längst beim nächsten, wenn nicht beim übernächsten. So bleibt alles Oberfläche. Doch auch eine Oberfläche kann schön sein, schillern und glitzern, leuchten und funkeln. Doch leider hat man nicht wirklich den Eindruck, dass die sprachlichen Bilder den Leser zu fesseln vermögen.

Dietmar Sehn schreibt zwar im Vorwort, wie er auf das Sammelsurium gekommen ist (Recherche in Archiven,

Zeitungen, Museen). Letztlich aber vermisst man ein Quellenverzeichnis. Dabei sind zu vielen Fällen, die Sehn



aufzählt, Bücher, wenn nicht Opern geschrieben worden. Zum Beispiel zur unerhörten Geschichte des Serienmörders Karl Denke – eines schlesischen Kannibalen, der sein Unwesen in Münsterberg trieb. Fast alle Details findet man bei Wikipedia – dort gibt es einen Link zum Bericht „Der vergessene Kannibale – ‚Vater‘ Denke“ mit zahlreichen Abbildungen und Fotos des Kriminalbiologen Dr. Mark Benecke. Dietmar Sehn hat die Kannibalegeschichte in seine Sammlung aufgenommen, obwohl sie nicht in Sachsen spielt – allerdings sollen einige von Denkes Opfern aus Sachsen stammen.

Unbedingte Empfehlung: Wer „Kriminelles aus Sachsen“ aus dem Tauchauer Verlag liest, sollte dabei ins Internet schauen. Es kostet 14,95 Euro.

• Ralf Richter

Die Wiedergeburt des deutschen Volkslieds, beziehungsweise das deutsche Volksmusik-Revival, war von Anfang an mit linksorientierten Attributen verbunden und fand ein beachtliches Echo in der 68er Bewegung. Es waren überwiegend Jugendliche, die sich gegen Aufrüstung, Atomwaffen und drohende Notstandsgesetze öffentlich engagierten. Besonders die Liedersammlung „Deutsche Volkslieder demokratischen Charakters aus sechs Jahrhunderten“ von Wolfgang Steinitz bereitete den Nährboden für junge Sänger, Gruppen oder, wie sie selbst gern genannt wurden, Barden.

In den 80ern schwappte die „Folkwelle“ auch in die DDR, wobei in diesem Fall Lieder mit oft deftigeren Textinhalten bevorzugt wurden als es im Westen der Fall war. Die meist sozialkritischen Lieder aus längst vergangenen Zeiten wie jene der Handwerksgesellen mit ihrem tiefsitzenden Groll gegen die Obrigkeit und besonders oppositionelle Soldatenlieder stießen auf große Resonanz.

Dabei war es den Protagonisten jedoch sehr wichtig, sich vom Darstellenden althergebrachten Brauchtums, von kitschig verpönten Heimatgesäusel und der damit verbundenen „Sehnsucht nach gestern“ radikal zu distanzieren. Den Liedern wurde förmlich der Staub des „Es war einmal“ weggeblasen. Zwar wurde auf Gitarre, Mandoline, Zither, Drehleier, Schalmei, Dudelsack, Flöte oder Musiktrommel nicht verzichtet, ganz im Gegenteil, oft entdeckten die jungen „Folkies“, wie sie nun genannt wurden, die alten Instrumente wieder, meist verstaubt auf dem Dachboden oder in Opas oder Omas Zimmer als Erinnerungsstück an vergangene Tage. Auf Kostümierungen wurde generell verzichtet, man zeigte sich jugendlich-proletarisch mit Wollhemd, Jeans und Wollkragenpullover, wollte dem wohlgesonnenen Publikum schlicht gleich sein. Dass das funktionierte, bewiesen die sehr gut besuchten Folkveranstaltungen.

Zu den bekanntesten Gruppen und Solisten gehörten damals Scarlett Seeboldt, Almut Walther, Matthias Kießling, Jörg Kokott von „Wacholder“, Thomas Friz und Erich Schmeckenbecher von „Zupfgeigenhansel“ aus dem Schwäbischen, „Liederjan“, „Piatkowski und Rieck“ aus Norddeutschland, die „Folkländer“, „Brummpf“ und „Lied ehrlich“ DDR, Hannes Wader, Helmut Debus, „Schmelztiegel“ bzw. „Fiedel Michel“, alles gestandene „Haudeginen“ und Haudegen jener rebellischen Szene der 70er und 80er.

Doch womit in dieser Zeit niemand rechnete, war eine Produktion des „Zweitausendeins“ Verlags von 1982. „Grüß Gott, mein Bayernland“ heißt das Album von den „Biermösl Blosn“, die plötzlich wie Phönix aus der Asche auftauchten. Hier brachen sämtliche Vorurteile ab, die man bis dahin gegenüber bayerischer Volksmusik gehegt hatte. Sie schockierten positiv die Folkszene, indem sie authentisch traditionelle Alpenfolklore darboten und dabei bitterböse satirische Text-

# Politischer Kulturschock

Jens-Paul Wollenberg über die „Biermösl Blosn“, die Wiedergeburtshelfer der bayerischen Volksmusik



2010: Gerhart Polt und die Biermösl Blosn im Volkstheater München bei der Verleihung des Großen Karl Valentin Preises an Fredl Fesl.

te sangen. Mit virtuoser Akkuratessie kippten sie sekundenschnell Althergebrachtes um und schlugen blitzschnell unterwartete Pirouetten im Satzbau. Im Instrumentalstück „Wann der Dudelsack kraht“ kommt es zu einem verrückt erscheinenden Rendezvous zwischen schottischer Folklore und einer schräg gespielten oberbayerischen Basstuba.

Da taucht ein „Che-Guevara-Ländler“ auf, ferner ein „Versicherungslied“, in dem es heißt: „... gegen Diebstahl, ... Krankheit, Invalidität ... vor Hitze, Dürre, Altersnot, ... vor Unglück, Schicksalsschlag und Jammer bewahre uns die bayerische Versicherungskammer! ... Atomanschlag, Schäferhund, d' Lederhosen, mei Atombunker, mei Grill ... mei G'halt ... mei Prämienspar'n und Jungfernkranz bewahre uns, oh benefiziäre Versicherungssassekuranz! ... Sicherheit durch Atomraketen? Lasst uns beten! ... Bei so vui versicherter Sicherheit samma totsicher in alle Ewigkeit, Amen.“

Und auch die Bundeswehr kam nicht zu kurz: „Wer will unter die Soldaten / der muss haben viel Gefühl ... / Besonders in sein' Zeigefinger / denn er Mensch, das ist sein Ziel.“ Im „Erntedanklied“ heißt es: „Heit zücht ma uns're Hüana, beid' ohne Kopf und Schwanz. Der Oarsch steht auf zwoa Steck, zum Eialegn, da langts ...“

Bemerkenswert ist der Umstand, dass es in der Zeit der Protestbewegungen gewiss politisch bedingte Vorurteile

gab und diverse Schubladen bedient wurden. So wurde etwa die bayerische Volksmusik als Aushängeschild der CSU deklariert, als konservatives Kulturgut abgewertet, Irish Folk indes wie später Deutsch Folk mit den zum Teil bereits erwähnten Protagonisten als links eingestuft. So war es eben nicht verwunderlich, dass die „Blosn“ einen Kulturschock in der Szene auslösten.

Doch auch in der „heilen Welt“ der Brauchtumshüter war der Schock groß, denn im damaligen „Franz-Josef-Strauß-Reich“ standen der Katholizismus und die Riten ländlicher Volkskunst auf gleicher Ebene und galten als unantastbar – bis auf einmal drei bayerische Burschen in Sepplhose aufkreuzten und es virtuos auf ihren original alpinen Instrumenten (Bariton-Tuba, Banjo, Blockflöte, Drehleier, Trompete, Harfe, Mandoline, Dudelsack, Tuba, Hackbrett, Gitarre, diatonische Harmonika) mit jedem alteingesessenen Volksmusiker aufnahmen. Dazu trugen sie ketzerische Texte in original bayerischem Dialekt vor. Diesen beherrschten sie gut, denn ihre Wiege stand nun einmal im Alpenland.

Michael, Christoph und Hans Well, die etwa ab 1975 als „Biermösl Blosn“ nicht nur die bayerische Kulturlandschaft eroberten, stammen aus einer ländlichen Großfamilie, bestehend aus immerhin fünfzehn Geschwistern. Ihr Vater, von Beruf Lehrer, wie auch ihre Mutter waren von Anfang an be-

strebt, die Kinder musikalisch zu fördern. So erlernte jedes Kind ein Instrument. Gesungen wurden anfänglich noch Lieder, die der Vater verfasst hatte. Ihm war es auch zu verdanken, dass bei kleineren Festlichkeiten erste Auftritte erfolgten, mit denen sie in der Nähe ihres Heimatstädtchens Günzlhofen sehr erfolgreich waren. Das sprach sich herum, und bald konnte sich die Familie kaum noch vor Auftrittsangeboten retten. Doch nach und nach, die Kinder wuchsen heran, erwachten auch andere Interessen. Die aufkommende Beatmusik der sie begleitende, aufrüttelnde Zeitgeist erfassten auch die ländlichen Gegenden.

In der Mitte der 70er Jahre entstanden auch in der Provinz erste Kleinkunsth Bühnen, die den „jungen Wilden“ eine Plattform boten. So wurde etwa in der Gemeinde Hörbach in der gut besuchten Dorfkneipe „Zum Sandmeir“ alsbald die Veranstaltungsreihe „Hörbacher Montagsbrett!“ ins Leben gerufen. Hier traten bereits gestandene Künstler wie Fredl Fesl, einst Vorbild der Well-Brüder, zudem Helmut Eckl oder Reiner Panitz auf, übrigens ein Mitbegründer der damals angesehenen „Mehlprimeln“ – ein befreundetes Ensemble der späteren „Biermösl Blosn“. Da die Well-Brüder allmählich als Geheimtipp gehandelt wurden, blieb auch ein Angebot der Münchener „MUH“ und „Song Parnass“ nicht aus – zweier sehr angesagter Folkclubs, in denen auch Kabarettisten willkommen waren. Hier spürten unsere Protagonisten erstmals, dass der ländlich-bayerische Dialekt in Verbindung mit etwas sarkastischer Blödelei auf große Resonanz stieß. Mit der Zeit und erst recht nach ihrer Namensgebung „Biermösl Blosn“ (Das Biermösel, hochdeutsch: Beerenmoos, ist ein Teil des Haspelmoors im Landkreis Fürstfeldbruck; Blosn (Blase) ist ein bairischer Begriff für Clique, Gruppe) begannen sie, gezielt politischen Inhalt in ihr Liedgut einzubauen.

Durch diese clevere Kopplung von Traditionsbewusstsein, Comedy, Nonsense und Politclownerie erreichte das Ensemble einen Kultstatus, der über die Grenzen Bayerns hinaus auf die Bundesrepublik ausstrahlte. Selbst in der DDR wuchs das Interesse, und es kam zu einem Gastspiel in einem Leipziger Kabarett, zusammen mit dem bekannten Kabarettisten Gerhard Polt. Mit ihm entstand eine enge Freundschaft, gemeinsam bestritten sie unzählige Konzertveranstaltungen, auch folgten Auftritte im Fernsehen – wobei sich der Bayerische Rundfunk anfänglich enorm sträubte.

Nach erfolgreichen fünfunddreißig Jahren im In- und Ausland kam es zur Trennung des Trios, jedoch nicht so ganz. Sie machen weiter, nicht „Gott sei Dank“, nein, diese Riesenfamilie ist weiterhin aktiv, unter anderem in den Münchner Kammerspielen, wo mit den „Wellküren-Schwestern“ ein musikkabarettistisches Familientheaterstück entstand. Auch sind seit einiger Zeit die „Weltbürger aus'm Biermoos“ unterwegs, die Wiedergeburtshelfer der bayerischen Volksmusik. Weiter so!



April 2019

# Sachsens Linke

**Aktuelle Informationen**  
stets auch unter  
[www.dielinke-sachsen.de](http://www.dielinke-sachsen.de)



## Marktradikale in der Defensive

*Viel ist in den letzten Jahren vom Rechtsruck gesprochen und geschrieben worden. Vielleicht ist manch einem und manch einer dabei entgangen, dass es an ganz anderer Stelle eine Veränderung gab, die uns in die Hände spielt. Lange sind wir belächelt, wenn nicht gar angefeindet worden, wenn wir uns für öffentliches Eigentum und gegen den Kapitalismus ausgesprochen haben. Der allgemeine Trend war ein anderer: Verkaufen, Privatisieren und Investments hießen die Leitbilder. Bei uns im Osten war die Entwicklung besonders fatal: Der Treuhänder folgte auf dem Fuße der Marktradikalismus der neoliberal gewendeten Sozialdemokraten. Doch überall gibt es dagegen Gegenwehr: Denken wir an die Kampagne gegen die Privatisierung von Wasser, an die Proteste gegen TTIP und CETA, an die Mieterinnen- und Mieterbewegung, an #Unteilbar oder auch Fridays for future: Sie alle richten sich letztlich gegen Auswüchse des Kapitalismus. Erhobene Stimmen und Fäuste gegen die unsichtbare Hand des Marktes.*

*Wir werden also weiter darüber reden, wie unsere Gemeinwesen – egal, ob das Europa oder die eigene Kommune ist – sich die Handlungsmacht zurückholen. Denn zu entscheiden gibt es in einer Demokratie nur dann etwas, wenn es das Öffentliche gibt.*

*Im kommenden Landtagswahlkampf geht es darum, wer unter den Parteien sicher durch die Zukunft führt. Das geht nur, wenn man Paradigmenwechsel weg von der Markthörigkeit vollzieht und das Öffentliche in den Mittelpunkt stellt. Das sollte eine der zentralen Polarisierungssachsen der Landtagswahl werden: Gemeinwohl vs. Eigennutz, Zusammenhalt vs. Spaltung. Wo wir stehen, wissen wir. Zeigen wir es auch.*



## Entwicklungsland Sachsen

Anne Holowenko über den Bildungsnotstand

Bildungspolitik gehört seit Jahrzehnten zu den landespolitischen Themen, an denen sich die Gemüter erhitzen und bei denen dringend Handlungsbedarf besteht. Personalmangel an Kitas und Horten, marode Schulgebäude, Unterrichtsausfall durch fehlende Lehrkräfte, schlechte Lern- und Lehrbedingungen an den sächsischen Hochschulen und die zögerliche Umsetzung von Inklusion stehen auf der umfangreichen Mängelliste ganz oben.

Dies zeigte nicht zuletzt unsere Mitgliederbefragung „Basis ist Boss“ im Herbst letzten Jahres. Die These „Wir wollen eine inklusive Bildung ohne soziale, finanzielle, räumliche und bauliche Barrieren – wer sich bilden will, muss dies ermöglicht bekommen“ hat es auf Platz 7 der Endabstimmung geschafft. Im Begleittext heißt es: „Jeder Mensch hat ein Recht auf gute Bildung. Der Zugang zu Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängen. Deshalb darf Bildung in Sachsen nichts kosten. Konsequenterweise bedeutet das, dass wir Gebühren und Beiträge, wie z.B. Kita-Gebühren oder Schülerbeförderungsbeiträge, abschaffen, die Lernmittelfreiheit umfänglich durchsetzen und Angebote im außerschulischen Bereich mittelfristig kostenfrei stellen wollen. Die UN-Behindertenrechtskonvention muss auch im Bildungsbereich umgesetzt werden.“

Dem Wunsch unserer Mitglieder folgend, hat die Redaktionsgruppe diese These in den Entwurf des Landtagswahlprogrammes aufgenommen, welcher derzeit innerparteilich diskutiert wird. Aus den zahlreichen Reaktionen, Zuarbeiten und Ergänzungen geht deutlich hervor, dass über die Erstellung des Wahlprogrammes hinaus ein großes Interesse an der Weiterentwicklung gemeinsamer Vorstellungen für

ein zukunftsfestes Bildungssystem in Sachsen besteht. Doch dazu müssen wir mutig sein und endlich eine tiefgreifende Neustrukturierung der Bildungslandschaft in Angriff nehmen. Die flächendeckende Einführung von Gemeinschaftsschulen kann nur ein erster Schritt sein.

Um uns von unseren politischen Mitbewerbern zu unterscheiden, brauchen wir innerhalb unserer Partei eine breite Bereitschaft, im Bereich Bildung neue Wege zu gehen. Es ist dringend notwendig, das Bildungssystem den Lebensbedingungen der heutigen Zeit anzupassen. Informationen sind dank des Internets ständig abrufbar und im modernen Arbeitsleben werden Maschinen immer häufiger die Durchführung wiederholbarer Tätigkeiten übernehmen. Stattdessen sind Kompetenzen wie Zeit- und Problemmanagement, Kommunikations- und Teamfähigkeit, Kreativität und Selbständigkeit gefragt. Arbeit wird zukünftig vor allem in jenen Bereichen anfallen, die nicht berechenbar und deshalb in ihrer Einzigartigkeit nicht von Maschinen ausführbar sind. Der Mensch wird sich ständig fort- und weiterbilden müssen. Freude am lebenslangen Lernen ist dafür unverzichtbar und sollte von Anfang an gepflegt und gefördert werden. Leider ist an unseren Schulen viel zu oft das Gegenteil der Fall: Die Freude am Lernen nimmt mit zunehmendem Alter der Kinder ab.

Bildungsforscher haben die Gründe für diese bedauernde Entwicklung untersucht und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass sich moderne Bildungskonzepte viel stärker an den Bedürfnissen und Fähigkeiten der Kinder orientieren müssen. Nur durch individuelle Förderung und Anerkennung von persönlicher Vielfalt kann es

gelingen, nachhaltige Lernergebnisse zu erzielen, die letztlich der gesamten Gesellschaft zugutekommen. Dazu müssen sowohl Inhalte als auch Strukturen unseres Bildungssystems generalüberholt werden. Getreu dem Motto „Gute Bildung kostet richtig Geld, schlechte noch viel mehr“ darf die Frage nach der Finanzierung nicht mehr das Maß aller Dinge sein.

Wir sollten uns keine Denkverbote auferlegen, weil dieses oder jenes Thema nicht umsetzbar oder utopisch sei. Ich wünsche uns als Partei, dass wir zeitnah über Dinge diskutieren, die in anderen Ländern längst Alltag sind. Dazu gehört unter anderem der Ausbau des fächerübergreifenden Unterrichts, um den komplexen Problemen der Wirklichkeit gerecht zu werden. Auch Hausaufgaben werden inzwischen als sozial ungerecht beurteilt, weil nur leistungsstarke Schüler\*innen von ihnen profitieren. Sie sollten von kompetenten Ansprechpartner\*innen betreut werden, um allen Kindern die gleichen Chancen zu wahren. Schulnoten sind ein Versuch, den individuellen Lernfortschritt eines Kindes in eine Zahl zu pressen und können extrem demotivierend sein. Sie sollten auf den Prüfstand gestellt und in den Hauptfächern gegebenenfalls durch Worturteile ergänzt werden. Das Schulhaus als einzig staatlich anerkannter Lernort ist ein Eingriff in die individuelle Freiheit. Es gilt, sich mit einer allgemeinen Bildungspflicht auseinanderzusetzen, wie sie in unseren Nachbarländern längst Realität ist. Wir sollten uns endlich entscheiden, ob wir unsere Bildung fit für die Zukunft machen wollen, oder ob wir weiter mit kosmetischen Eingriffen an einem schwer kranken Patienten herumdoktern wollen. Wir haben nichts zu verlieren, aber eine Welt zu gewinnen!

# Leserbriefe

Zum Bonner Parteitag

## DIE LINKE im Höhenflug mit Triebwerksschaden

Der Bundesparteitag repräsentierte vor allem die Meinung einer Führungsriege mit Blick auf eine eingebildete mögliche Machtbeteiligung im kapitalistischen System. Neben einem vom Bundesvorstand weichgespülten Europawahlprogramm warb Gregor Gysi für eine wohlwollende Beurteilung einer EU, die vor zwanzig Jahren das Völkerrecht mit Füßen trat und die Bombardierung Jugoslawiens unterstützte. Die stark vorherrschende Skepsis und Kritik zur Politik der EU, insbesondere deren Rüstungseifer, wurde marginalisiert, und sonnige Zeiten durch eine Regierungsbeteiligung werden herbeigeredet. Mit diesen Aussichten wird der Wahlkampf für uns wohl schwierig, und nach dem eingebildeten Höhenflug mit Triebwerksschaden kommt der sichere Fall.

Einen Höhepunkt einer basisverachtenden Führungsarbeit stellte der Boykott der Anträge zu Russland und Venezuela dar. Hier wurden zwei Schwerpunkte in der Debatte an der Basis in Gutsherrenart beiseitegeschoben. Einer der Gutsherren, Rico Gebhardt, Vorsitzender der LINKEN-Fraktion im Landtag, am 25. Februar im „Tagesspiegel“: „Was ich verhindern konnte, war, dass der Antrag zu Venezuela behandelt wird.“ Gebhardt hatte zum Zeitpunkt der Behandlung der Anträge die Tagungsleitung inne. Dieser Satz beweist, dass die Nichtbehandlung der Anträge eben nicht aus Zeitmangel erfolgte. Einen solchen Fraktionsvorsitzenden brauchen wir nicht, aber wenn schon in Landesgremien der LINKEN über eine Koalition mit der CDU ernsthaft diskutiert wird, dann sagt das nicht nur über den Vorsitzenden viel aus.

Übrigens haben sich auch Vertreter der thüringischen Parteiführung nicht gerade durch konsequente linke Standpunkte hervorgetan. Und Brandenburg? Neueste Meldung: Die LINKEN stimmen der Aufstockung des Verfassungsschutzes zu. Es besteht die Gefahr, dass die Partei die Entwicklungstreppe nach unten poltert, um in den Niederungen der bürgerlichen Demokratie an den Machtspielchen und Pöstchen eine Teilhabe zu erbetteln. Man kommt ins Grübeln – wem kann ich vertrauen und wo werde ich mein Kreuz machen?

• Raimon Brete, Jonny Michel

## Habe nichts verhindert

Am Freitag zu Beginn des Bundesparteitages wurde bei der Behandlung des Zeitplanes beantragt, dass die sonstigen Anträge vorgezogen werden sollen, bevor das Europawahlprogramm beschlossen wird. Dazu gab es wie auf unseren Parteitag üblich eine Gegen- und eine Für-Rede. Dabei wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich insbesondere um einen Antrag zu Russland und einen Antrag zu Venezuela handelt, die behandelt werden sollten. Das hat der Bundesparteitag mit großer Mehrheit abgelehnt. Also

war es meine Aufgabe, als amtierender Versammlungsleiter den Willen der Mehrheit umzusetzen. Egal was ich persönlich von Entscheidungen halte, ist das nun mal die Aufgabe des Versammlungsleiters. Zudem hat es eine spontane Aktion auf der Bühne gegeben, die in keinem Ablauf vorgesehen war. Trotzdem habe ich diese zugelassen – mit einer kleinen Ansprache dazu.

Nach dem Ende der Debatte zum Wahlprogramm am Samstagabend wurde nochmals beantragt, wenigstens den Antrag zu Russland und zu Venezuela zu behandeln. Das wurde wiederum mit großer Mehrheit abgelehnt, so dass ich mich in meiner Entscheidung bestärkt sehe, dass ich am frühen Samstagnachmittag zwar die Aktion zugelassen, aber den Antrag zu Venezuela nicht aufgerufen habe, wie von der Rednerin gewünscht wurde. Also ich habe gar nichts verhindert, sondern die Mehrheitsmeinung des Parteitages respektiert und zusätzlich diese spontane Aktion zugelassen. Für einseitige Medienberichte kann ich nichts.

• Rico Gebhardt, MdL



## Das Frauenschutzhaus im Erzgebirge

Als ich zur Schule ging, hatten Verben noch die Bezeichnung Tätigkeitswort. Und man konnte aufzählen: telefonieren, nachfragen, schreiben usw. Leider geistert immer noch eine gewisse Unsicherheit umher, wie unsere Kreisrät\*innen sich zum Frauenschutzhaus im Erzgebirgskreis positioniert haben. Ganz einfach, es gab eine Vorlage im Kreis- und Finanzausschuss mit dem Beschlussvorschlag Ablehnung der Petition des Landesfrauenrates für ein Frauenschutzhaus (Frauenschutzrichtung). Diesem Beschlussantrag haben unsere beiden Kreisrät\*innen nicht zugestimmt – sie haben sich demzufolge für die Petition ausgesprochen und damit den von unserer Fraktion bereits seit Jahren beschrittenen Weg nicht verlassen. Heftig kursieren die unterschiedlichsten Standpunkte durch die verschiedenen Kanäle, und auch in der Links! Ausgabe März 2019 kann man auf der Seite des Kreisverbandes keine klarstellenden Worte hinsichtlich der Position der Kreistagsfraktion lesen; unsere Positionierung wird einfach offengelassen. Man könnte überspitzt auch formulieren, diese ist nicht von Bedeutung. Ansonsten hätte man ja eine gemeinsame Position veröffentlichen können, sollen; oder noch besser wäre so richtig angebracht gewesen. Um auf meinen ersten Satz zurückzukommen: Die Verfasser\*innen hätten ja mal die

Tätigkeit Telefonieren ausüben können und die betreffenden Kreisrät\*innen fragen. Geht aber nicht. Und auf die Frage: Warum nicht erst nachgefragt wurde bei den eigenen Leuten? Keine Antwort. Wie heißt es doch in einem alten Arbeiterlied: „... und nicht vergessen, die Solidarität ...“

• Dr. Barbara Drechsel

Zu „Marx nicht nur zur Dekoration in der Bibliothek“ / „Widersprüche in der LINKEN“, Sachsens Linke! 3/2019, S. 2, 9

## Inhaltlich diskutieren

Es freut mich, dass René Lindenau und Rita Kring sich über das Todesjahr von Marx und seine Kapitalismusanalyse einig sind. Ich kann verstehen, dass René Lindenau sich angegriffen fühlt und deshalb auf kein Argument von Rita Kring eingeht. Dass Rita Kring sich ausdrücklich gegen die „gegenseitigen Beleidigungen von Genoss\*innen“ ausspricht, verkehrt er so ins Gegenteil („abenteuerrich“, „böseartig“, „neue Sound in der Partei?“, „unverschämte“). Auch ich bin von den Mainstreammedien beeinflusst. Deshalb bin ich froh, wenn ich darauf aufmerksam gemacht werde, falls ich ihre Behauptungen ungeprüft übernehme. Und wenn ich etwas anders sehe, antworte ich mit Argumenten. Die vorgestellten Aussagen finde ich im Gegensatz zu den von Rita Kring erwähnten Fakten häufig in den Mainstreammedien. Führungspositionen in einer Partei beweist nicht die antikapitalistische Einstellung, wie die Geschichte der SPD zeigt. Es muss sich auch in den Texten und Handlungen zeigen. Darauf freue ich mich. Dies gilt analog für die Auseinandersetzung von Stefan Hartmann mit Ralf Becker in „Widersprüche in der LINKEN“. Bei Stefan Hartmann frage ich mich, wie er seine Befürwortung von Pluralität mit seinen Angriffen auf Ralf Becker vereinbaren kann. Ralf Becker hat sich, durchaus polemisch, mit Aussagen von Axel Troost inhaltlich auseinandergesetzt. Auf den Inhalt geht auch Stefan Hartmann nicht ein. Stattdessen wäre für ihn „diese wichtige politische Debatte beendet“. Warum werden in der LINKEN ausgerechnet diejenigen ohne jedes Argument angegriffen, die sich gegen Kapitalismus und Neoliberalismus aussprechen?

• Uwe Schnabel, Coswig

Zu „Aufstehen in Dresden kommt nicht auf die Beine“, Links! 03/2019, S. 6

## aufstehen Dresden arbeitet!

Mit Befremden habe ich den Artikel gelesen. Ich bin überrascht, mit welchen alten und dazu noch unvollständigen Informationen Ralf Richter einen Artikel über aufstehen Dresden und Umland veröffentlicht. Unsere Treffen im Piano-salon sind für Menschen gedacht, die gern aktiv bei uns mitmachen möchten. Sie sind weder Diskussionsräume, um die Politik der Partei DIE LINKE auszuwerten, noch findet hier die echte Aktiven-Arbeit statt. Sie sind also nur mit dem Besuch einer solchen Veranstaltung,

dazu noch mit einigen kritischen Nachfragen von Teilnehmern, ein Bild zu machen und dies als Fakt darzustellen – ist wohl eher auf dem Niveau von BILD. Auch der Vorwurf „Aufstehen wird kaum etwas unternehmen, um das linke Lager zu retten“ ist schon bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass aufstehen von einem einflussreichen Flügel der Partei DIE LINKE in Dresden/Sachsen ignoriert bzw. auch offen und versteckt abgelehnt wird. aufstehen Dresden und Umland hat auch nicht als Ziel, Parteien zu retten. Ich bin dafür angetreten, die Gesellschaft und die Politik im Sinne des Gründungsauftrages zu verändern. Klar sind wir alle ehrenamtlich tätig, und deshalb dauern viele Sachen vielleicht etwas länger. Aber dass wir nicht zu sehen seien, nur weil Medien uns oft gern totschweigen bzw. wenn sie berichten, dann auf diesem Niveau wie bei Ihnen, heißt ja nicht, dass dies der Wahrheit entspricht. Das müsste DIE LINKE doch eigentlich wissen? Ich empfinde es jedoch als traurig für unsere Gesellschaft, wenn ausgerechnet LINKE die Chance von aufstehen nicht verstehen will oder kann. Haben Sie sich schon einmal die Frage gestellt, wie politisch und links Interessierte motiviert werden sollen, DIE LINKE zu wählen, wenn sie das bisher nicht getan haben, sie parteilos sind und von der Partei DIE LINKE angefeindet werden? Und was ist mit denen, die Parteien zwar ablehnen, jedoch links sind und die Gesellschaft außerhalb von Parteien wieder sozialer und friedlicher machen möchten? Aber vielleicht kann sich Ihr Autor in Zukunft besser informieren, indem er ab Mitte März unsere Website [www.aufstehen-dresden-umland.de](http://www.aufstehen-dresden-umland.de) nutzt und auch dort direkt einmal nachfragt.

• Doris Schröder

## Impressum

### Sachsens Linke!

Die Zeitung der LINKEN in Sachsen

### Herausgeberin:

DIE LINKE. Sachsen

### Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

**Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwählende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

**Die Papierausgabe** wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

### Der Redaktion gehören an:

Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Antje Feiks (V.i.S.d.P.), Andreas Haupt, Ralf Richter, Stathis Soudias.

**Bildnachweise**, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

### Kontakt:

[kontakt@dielinke-sachsen.de](mailto:kontakt@dielinke-sachsen.de)

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

**Redaktionsschluss:** 27.03.2019

**Die nächste Ausgabe** erscheint voraussichtlich am 02.05.2019.



# Politisch und finanziell ein festes Fundament!

Tilo Hellmann im Namen des Finanzbeirats über nötige Diskussionen zu den Parteifinzen



Gesellschaft und Partei verändern sich. Dem müssen wir auch in finanzieller Hinsicht Rechnung tragen. Zumindest auf inhaltlicher Ebene haben wir als Partei neue Formate probiert und alte Zöpfe abgeschnitten. „Basis ist Boss“ und die Basis ist nicht nur bei den Themen sondern auch finanziell ein Schatz, den es zu hegen und zu pflegen gilt.

Die Diskussion um Veränderungen im Gefüge unserer Parteifinzen wird schon lange mehr oder weniger hart, zumeist unter unterschiedlichen Prämissen geführt. Worst-Case-Szenarien, wonach wir kurz vor der Handlungs-

unfähigkeit standen, sind (zum Glück) nicht eingetreten – ein Verdienst der Zahlungsmoral unserer Mitglieder, aber auch der klugen Steuerung unseres Landesschatzmeisters. Der Finanzbeirat Sachsen sieht es ungeachtet (oder gerade wegen) der aktuell (noch) guten Lage als seine Aufgabe, das Thema Finanzen trotz der Wahlkämpfe wieder in den Fokus zu rücken. Jetzt haben wir noch Handlungsspielräume, uns auf die unvermeidbare Situation des Verlustes einer ganzen Generation verdienter Genoss\*innen einzustellen. Wir sollten als Partei den Mut haben, die Wahlen in diesem Jahr zu nutzen, unsere Struktur

in den Kreisen der Zeit, den Erfordernissen aber auch unseren Ressourcen anzupassen. Lange ging die Strategie der kleinen Reförmchen in unserem Finanzgefüge gut – doch wie lange geht das noch? Wir sind es der Generation, die unsere Partei dorthin gebracht hat, wo sie jetzt steht, schuldig, das alles nicht leichtfertig auf Spiel zu setzen. Der Finanzbeirat steht daher bereit, erneut in die Diskussion einzutreten. Folgende Fragen sollten im Mittelpunkt stehen:

- Wie können wir Wahlkämpfe in der Zukunft noch flächendeckend realisieren und finanzieren?
- Welchen Anteil können/müssen Mandatsträger\*innen in finanzieller Hinsicht und infrastrukturell leisten?
- Wie können die Mittel unserer Partei aufgabengerecht zwischen Landes- und Kreisebene verteilt werden?
- Wie können wir uns personell besser

aufstellen, um den Wegfall ehrenamtlicher Strukturen zu kompensieren?

- Wie können wir unsere Bürostruktur erhalten oder anpassen, um flächendeckend vertreten zu sein, die Mittel aber für politische Arbeit und nicht für Mieten auszugeben?
- Welche neuen Instrumente können uns bei diesen Fragen und Aufgaben helfen?

Der Finanzbeirat und die AG Finanzen haben dies bereits diskutiert, konkrete Anpassungen folgten aber bisher nicht. Wir müssen und werden daher noch in diesem Jahr einen Vorschlag machen, wie bereits vorgestellte Konzepte aber neue Ideen gerade vor dem Hintergrund der Wahlergebnisse unsere Partei auf allen Ebenen finanziell und somit auch politisch handlungsfähig erhalten werden. Dazu werden wir rechtzeitig das Gespräch mit dem Landesvorstand und den Kreisvorsitzenden suchen.

## Buchenwald

74. Jahrestag der Selbstbefreiung

14. April 2019:

### Grund zum Hinfahren!

Schwerpunkt: Beginn des Zweiten Weltkriegs 1939

▼ DIE LINKE. Dresden und der VVN-BdA laden alle AntifaschistInnen ein, mit nach Buchenwald zu kommen.

Dort habt ihr die Möglichkeit, mehr über Wege und Widerstand der inhaftierten Menschen zu erfahren und durch eure Teilnahme Gesicht gegen Rechts zu zeigen. Lasst uns klarstellen, dass jede Verharmlosung von Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Rüstung nicht geduldet werden darf.

... mit dem Bus:

Sonntag, 14. April  
ab Dresden  
6.15 Uhr  
Pirnaischer Platz (vorn Lidl)  
zurück: 20.15 Uhr

Zustieg Chemnitz  
7.20 Uhr  
Eissportzentrum (Parkplatz / Wittgensdorfer Straße)  
zurück: 19.15 Uhr

Anmeldung bis 11. April  
0351 / 858 38 01  
kontakt@dielinke-dresden.de

eure Anmeldung ist **verbindlich**  
18 € Unkostenbeitrag  
10 € ermäßigt





# Unsere Direktkandidat\*innen stellen sich vor

## Susann Schöniger, WK 13/ERZ 1

Als Stadträtin mit einem LINKEN Bürgermeister wirke ich für eine menschliche und solidarische Stadt. Ich habe als Mitglied des Ortsvorstandes Stollberg und Umgebung den 1. Mai und den 1. September gestaltet und organisiert. Als Mitinitiatorin der LAG selbstbestimmte Behindertenpolitik habe ich mich im Kreisvorstand für behindertenpolitische Belange stark gemacht. Die Teilhabe aller ist mir wichtig. Es gibt zu wenig barrierefreien sozialen Wohnraum, Schulen und Kitas. Nötig sind mehr Ärzte, Pflegepersonal und wohnortnahe barrierefreie Arztpraxen. Die Kommunen brauchen mehr Gestaltungsspielraum. Ökologie ist wichtig. Was ist zu tun, damit etwas geht, muss der zentrale Maßstab des politischen Handelns sein. DIE LINKE steht für Teilhabe, Inklusion und Chancengleichheit aller. Wir zeigen die Wurzeln für Elend, Umweltvernichtung, Krieg und Ungerechtigkeit auf und benennen praktikable Lösungen. Meine Hobby sind Romane lesen, Schach spielen sowie Campingurlaub.

## Rico Gebhardt, WK 14/ERZ 2

Ich bin gebürtiger Erzgebirger, was außerhalb der Region auffällt, wenn ich den Mund aufmache. Hier lernte ich alles von der Pike auf. Meinen Beruf: Angefangen als Koch, schließlich Filialleiter im Fischgroßhandel. Die Politik: Als Kreis- und Stadtrat, Bürgermeisterkandidat, nun bin ich Vorsitzender der größten Oppositionsfraktion im Sächsischen Landtag. Ich weiß aus Erfahrung, dass es so nicht weitergehen kann, denn wir wollen nicht weitere 30 Jahre Lohnungleichheit und Rentenunrecht. Das Erzgebirge ist durch die Abwanderung junger Leute gebeutelt; auch mein ältester Sohn und meine Schwiegertochter sind gegangen. Wenn ich meine drei kleinen Kinder sehe, kommt mir automatisch die wichtigste Frage in den Sinn: Wie wollen wir morgen leben? Das Land braucht eine Investitions-Offensi-



v. l. n. r. Susann Schöniger, Holger Zimmer, Kathleen Noack, Antje Feiks, Rico Gebhardt

ve in Infrastruktur und eine Charmeoffensive, um Menschen zur Rückkehr oder zum Herkommen zu bewegen. Weniger Kapitalismus, mehr demokratischen Sozialismus heißt meine Devise!

## Holger Zimmer, WK 15 ERZ 3

Ich bin 52 Jahre alt, verheiratet und in der Perle des Erzgebirges Schwarzenberg zu Hause. Von Beruf bin ich Diplominformatiker und nach mehr als 20 Jahren in einem internationalen IT-Konzern nun als freiberuflicher IT-Berater und Projektmanager tätig. Im Erzgebirge haben mir 2017 die Genossinnen und Genossen das Vertrauen als Kreisvorsitzender ausgesprochen. Gleichzeitig bin ich Vorsitzender der Region Aue/Schwarzenberg innerhalb des Kreisverbandes und Mitglied verschiedener AGs im Kreis. Inhaltlich ist mir wichtig, dass wir uns die Themen Bildung, innere Sicherheit, Ehrenamt, Inklusion, Gesundheit und Pflege auf die Fahnen schreiben. Ganz

besonders liegt mir das Thema Ehrenamt am Herzen. Viele Dienste der öffentlichen Daseinsfürsorge hat der Freistaat in die Hände ehrenamtlicher Helfer gelegt. Diese erfüllen ihre Aufgaben mit Hingabe. Gleichzeitig hat sich der Freistaat aus der Finanzierung größtenteils zurückgezogen. Hier gibt es erheblichen Nachholbedarf bei der Unterstützung der Vereine. Außerdem ist mir das Thema ärztliche Versorgung in der Fläche wichtig.

## Antje Feiks, WK 16/ERZ 4

Ich kandidiere im WK 16 im Erzgebirge als Direktkandidatin. Das Erzgebirge betreffend finde ich es wichtig, dass wir Fragen des Strukturwandels stärker diskutieren. Es geht schlicht und ergreifend darum, wie man den Menschen in Zeiten von Globalisierung Sicherheit verschafft, um gut zu leben, sich zu entfalten. Was passiert, wenn sich die Beschäftigungsstruktur ändert, was passiert mit Einzelnen, wenn

sie keinen Job mehr haben? Wo liegen Perspektiven? Dass wir LINKEN Mittel der Umverteilung nutzen wollen, um jene zu stärken, die finanziell schwächer aufgestellt sind, ist klar. Wir wollen eine Umkehrung im Verhältnis Bürger\*innen und Staat. Menschen sind keine Bittsteller\*innen. Wir wollen das Gemeinwesen stärken. Das heißt für uns, dass Infrastruktur in die Hand von Kommunen oder Land gehören. Dann gibt es auch wieder gesellschaftliche Debatten und Entscheidungen, z.B. über die Möglichkeit des kostenfreien Zugangs für alle – im Ergebnis mehr Demokratie.

## Kathleen Noack, WK 17/ERZ 5

Ich bin 37 Jahre alt, lebe in Zschopau und arbeite in der Stadtverwaltung Chemnitz. Ich engagiere mich als Stadträtin, Mitglied des Kreisvorstandes und leite die AG Soziales. Im Landesverband bin ich ehrenamtlich Inklusionsbeauftragte. Im Landtag möchte ich mich für Inklusion und die Belange von Senior\*innen einsetzen. Inklusion ist in allen Altersgruppen und Lebensbereichen von Bedeutung. Es beginnt in Kindertagesstätten und Schulen mit inklusiver Bildung und reicht bis ins Seniorenzentrum. Jede\*r soll ein selbstbestimmtes Leben führen können. Wichtig ist Inklusion auch im Alter. Senior\*innen mit und ohne Behinderung brauchen Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen sowie eine gesicherte und solidarische Rente. Für alle Altersgruppen ist die Gesundheitsversorgung von immenser Bedeutung. Ebenso wichtig ist eine qualitativ gute und bezahlbare Altenpflege, die weder auf Ersparnisse der zu Pflegenden zurückgreift noch ihre Angehörigen zur Kasse bittet. Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs ist für alle bedeutsam, auch für Menschen mit Behinderungen und für Senior\*innen. Deshalb sollen Bahnen, Busse, Bahnsteige und Haltestellen barrierefrei werden. Jede\*r soll alle Wege im Alltag ohne Auto bewältigen können.

## Termine

### 9. April 2019

18 Uhr, Ratssaal, Zschopauer Altes Rathaus: Die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Zschopau lädt zum Bürgergespräch.

### Veranstaltungen zum 1. Mai

#### ■ Zschopau mit Kathleen Noack, Direktkandidatin Wahlkreis 17 / ERZ 5

10 bis 13 Uhr Familienfest der LINKEN auf dem Schlosshof vom „Schloss Wilddeck“ mit der Band „Harvest“, Spielen für Klein und Groß, Tombola und Bücherecke. Fürs leibliche Wohl ist gesorgt.

#### ■ Schwarzenberg mit Holger Zimmer, Direktkandidat Wahlkreis 15 / ERZ 3

10 bis 13 Uhr an der Ritter-Georg-Klausen, für Kinderbetreuung und das leibliche Wohl ist gesorgt.

#### ■ Annaberg-Buchholz, DGB-Familienfest u. a. mit Antje Feiks, Direktkandidatin Wahlkreis 16 / ERZ 4

10 bis 17 Uhr auf dem Markt, Infostand und Bastel- und Spielstraße der LINKEN

#### ■ Aue-Bad Schlema, Familienfest

10 bis 13 Uhr auf dem Markt mit Infostand der LINKEN im Stadtrat Aue-Bad Schlema und dem Oberbürgermeisterkandidaten Andreas Rössel

#### 1. Mai im Ortsverband Stollberg

DIE LINKE. Ortsverband Stollberg und Umgebung lädt anlässlich des 1. Mai in die Gaststätte „Zur Tenne“, Zum Vereinshaus 14, 09399 Niederwürschnitz ein. Die Veranstaltung steht unter der Überschrift „Der 1. Mai: Kampf- und/oder Feiertag“. Moderation: Landtagskandidatin Susann Schöniger.

• Dr. Barbara Drechsel

### 2. Mai 2019

18:30 Uhr Buchlesung mit der Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau im Ratssaal des Zschopauer Alten Rathauses

### 3. Mai 2019

18 Uhr, „Neues Konsulat“ in Annaberg-Buchholz, Buchholzer Straße 57: Diskussion mit Frank Tempel zu „Drogenpolitik – Verstand statt Handschellen“

### 4. Mai 2019

Global Marihuana March 2019 in Annaberg-Buchholz, ab 15 Uhr, Treffpunkt Kätplatz

### 5. Mai 2019

10 bis 13 Uhr öffentliche Vorstellung der Kandidat\*innen für die Stadtratswahl, Mehrgenerationenhaus Zwönitz, Gustav-Adolf-Zeidler-Straße 3

### 8. Mai 2019

10 bis 16 Uhr „Gedenk-Tour“ im Altkreis Aue-Schwarzenberg  
17 Uhr Gedenkveranstaltung am Ehrenmal Nennigsmühle zu Ehren des 75. Jahrestages der Befreiung

### 15. Mai 2019

Infostand zur Kommunalwahl, 10 bis 13 Uhr. Wochenmarkt Zwönitz

### 17. Mai 2019

Anlässlich seiner „Frühjahrstour“ besucht der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Sächsischen Landtag, Rico Gebhardt, von 10 bis 20 Uhr Aue-Bad Schlema

16 Uhr Bürgergespräche am Infostand, Johanngeorgenstadt, Ladenstraße der Mittelstadt



# Kurs auf die Wahl in Glauchau

## DIE LINKE schickt neun Kandidierende ins Rennen

Der Ortsverband der LINKEN in Glauchau hat sich in einer Gesamtmitgliederversammlung auf eine Kandidierendenliste zur diesjährigen Stadtratswahl festgelegt. Sie schickt neun Bewerberinnen und Bewerber ins Rennen um die Sitze im Glauchauer Stadtparlament. Neben bereits amtierenden und erfahrenen Stadträten setzt die Partei auch auf neue, in der Stadt aber durchaus bekannte Namen und Gesichter.

Zur Wahl stellen sich 2019: Andreas Salzwedel, Brigitte Moser, Eric Schramm, Anna-Gina Hahn, Roland Schröder, Thomas Berger, Michael Berger, Mike Hirsch und Heiko Vogel-sang. Interessant dürfte der Umstand sein, dass damit drei Generationen zur Wahl antreten.

Schwerpunkte werden für die LINKE eine soziale familien- und kinderfreundliche Stadt sein.

Das beinhaltet sowohl aktiven Umweltschutz als auch die Stärkung des Mittelstandes und des Wirtschaftsstandortes Glauchau, damit die Stadt lebens- und liebenswert bleibt.

DIE LINKE setzt dabei auf mehr Transparenz im Stadtrat und eine stärkere Bürgerbeteiligung.

Eckpunkte des unter dem Motto „Mit Euch, für Eure Kinder und Enkel – für Glauchau“ stehenden Wahlprogramms sind:

■ Nutzen-für-Alle-Prinzip und das Generationenübergreifend

■ Erhalt der Kultur- und Freizeitlandschaft

■ Unterstützung der Kinder- und Jugendeinrichtungen

■ Nachhaltigkeit für die kommenden Generationen – weitere Beförderung der Kampagne „Fairtrade Town“ und mittelfristiger Erwerb des Titels

■ Aktiver Umweltschutz

■ Demokratische Mitbestimmung aller Bevölkerungsschichten

■ Vereinsförderung und Förderung des Ehrenamtes

■ Wirtschaftsförderung und Digitalisierung.

## Kommt zu den Zwickauer Demokratietagen!

Vom 29. April bis zum 11. Mai 2019 finden die diesjährigen Zwickauer Demokratietage statt. Auf die folgenden Veranstaltungen möchten wir besonders hinweisen:

### Eröffnungsveranstaltung mit Christian Wolff, ehem. Pfarrer der Leipziger Thomaskirche

29. April 2019, 18 Uhr, Ort: Lutherkirche, Brunnen-/Ecke Spiegelstraße, Zwickau

### Facebook & CO. – Sargnägel der Demokratie? Zwickau und die digitale Revolution

2. Mai 2019, 19 Uhr, Martin-Luther-King-Zentrum, Stadtgutstraße 23, Werdau

### Zwickolör – Das Fest

4. Mai 2019, 14 – 18:30 Uhr, Hauptmarkt Zwickau

### „Lügenpresse“? – Welchen Medien können wir heute noch vertrauen?

7. Mai 2019, 18 Uhr, Alter Gasometer, BarTerre

Alle Veranstaltungen der Demokratietage finden sich auf der Homepage des Demokratiebündnisses: [www.zwickauer-demokratie-buendnis.de](http://www.zwickauer-demokratie-buendnis.de)



### Weitere Termine

17. April 2019, 18 Uhr:  
Mitgliederversammlung BO Wilkau-Haßlau. Kleingartenanlage Am Schmelzbach (B93/Griesheimer Str.). Gast: Stefan Liebich, MdB, zur Außenpolitik

6. Mai 2019, 18 Uhr:  
Lesung „Querbeet“ mit Franz Soddann. politiKKontor, Bahnhofstraße 5, Kirchberg



### Offene Fragen diskutiert

Bei unserer Zusammenkunft im März hatten wir Stefan Hartmann zu Gast. Er ist Mitglied des Bundesvorstandes unserer Partei und gehört zum Beraterteam von Dietmar Bartsch. Wann hast Du schon einmal dieses Glück!

Von ihm erfuhren wir aus erster Hand, wie unsere Partei gegenwärtig ihre Tätigkeit gestaltet. Für uns wohlthuend, dass er nicht konträre Probleme breit getreten hat. Er machte deutlich, dass in einer lebendigen Partei unterschiedliche Standpunkte ausdiskutiert werden müssen, um gemeinsames Handeln zu festigen. Das ist gegenwärtig vor allem auch mit Blick auf die Europawahl und die Vorbereitung der Wahlen auf Landesebene, im Kreis und in den Orten zu sehen. Er legte Argumente besonders zu drei Aspekten dar: Einheitliches Europa, Flüchtlinge, Migration – Gestaltung der Wirtschaft, Soziale Sicherheit – Entwicklung in den Territorien. Diese Themen bestimmten auch den Inhalt unserer Diskussion.

Natürlich befürworten wir ein einheitliches Europa. Unser Standpunkt: Europa beginnt vor Ort! Die Sicht auf dieses Thema wird gegenwärtig in hohem Maße durch die Eingliederung von Ausländern/Flüchtlingen bestimmt. Deshalb können wir stolz sein, dass einigen unserer Mitglieder anerkannte Beiträge bei der Eingliederung von Flüchtlingen in unseren Orten gelungen sind. Wir stehen aber immer wieder vor der Aufgabe, bei den Diskussionen in den Orten Verständnis für die „neuen Bürger“ durchzusetzen, von Emigranten aus Ländern, deren Verhältnisse wir nur oberflächlich kennen. Das, was uns bekannt ist, erfahren wir durch eine tendenziöse Presse. Der Einfluss auch durch den deutschen Beitrag bei den kriegerischen Auseinandersetzungen vor Ort, die anhaltende Ausbeutung der Menschen durch immer noch koloniale Bedingungen wird kaum in die offizielle Diskussion gebracht.

Das „einheitliche Europa“ erscheint uns immer noch als ein Wunschbild, zu wenig als einheitliches Fundament. Welchen Einfluss haben wir auf die wirtschaftliche Entwicklung, auf die soziale Absicherung? Offensichtlich sind auch die politischen Parteien und Strömungen zu unterschiedlich in ihren Ansichten, den Stellungen zueinander.

Die nächste Zusammenkunft unserer Basisgruppe wird sich mit dem Thema Außenpolitik beschäftigen. Zu Gast ist der Bundestagsabgeordnete Stefan Liebich (siehe Terminhinweis rechts).

• Heinz Fischer, Basisgruppe Wilkau-Haßlau



# Schleichender Ausverkauf

Tilo Hellmann über das Aus für „Meissen Keramik“

Meißner Porzellan genießt Weltruhm, nicht minder bekannt ist Meißen für seine Keramikindustrie. Früher galt es als Statussymbol, einen Ofen mit Meißner Kacheln zu haben. Und diese stehen immer noch und werden gepflegt, wie das „Meissner“ im Schrank.

Wie der Presse zu entnehmen war, verlässt nun nach der „Neue Porzellanmanufaktur Meissen - NPM“ GmbH mit „Meissen Keramik“ innerhalb kurzer Zeit ein weiterer wichtiger Produzent die Stadt. Was bleibt vom einstigen Glanz der Porzellan- und Keramikstadt Meißen? Der Schritt des polnischen Mutterkonzerns Cersanit ist nicht nur ein Schock für die Mitarbeiter\*innen, sondern für die ganze Region. Wir müssen eine Spätfolge des Ausverkaufs unserer sächsischen Wirtschaft nach der Wiedervereinigung erleben. Einst weltbekannte Standorte wurden häppchenweise verschertelt und landeten wie in diesem Fall irgendwann bei ausländischen Investoren. Die Werks-

schließung ist ein Resultat dessen, dass weder die Stadt noch der Freistaat es vermocht haben, steuernd einzugreifen. Sich mit Lorbeeren zu schmücken ist leicht, man muss aber auch etwas dafür tun. Meißen in Verbindung mit Porzellan und Keramik birgt ein riesiges Potenzial. Sachsen hätte damit werben und sich nicht als Land der Lohndrücker profilieren sollen. Die Belegschaft, aber vor allem auch der Wirtschaftsstandort stehen nun im wahrsten Sinne des Wortes

vor einem Scherbenhaufen – in Sachsens Politik wird aber wieder niemand dafür Verantwortung übernehmen. In der Wirtschaftspolitik muss es zu einer Kehrtwende kommen! Das Wohlergehen einer Region darf nicht kurzfristiger Gewinnmaximierung geopfert werden. Vor allem die CDU stellt sich als die Wirtschaftsversteherpartei dar, hat aber durch kurzfristige kapitalhörige Politik mehr Unternehmen auf dem Gewissen als es andere je vermocht hätten.



## Kommunalpolitik als Lebenselixier

Heinz Gleisberg beging seinen 85. Geburtstag. Herzliche Glückwünsche überbrachten am 31. März die Meißener Stadträte aus der Fraktion DIE LINKE/SPD/Grüne sowie Landrat Steinbach und Oberbürgermeister Raschke. Heinz Gleisberg ist Ehrenvorsitzender der Fraktion.

• Ulrich Baudis, Fraktionsvorsitzender (im Bild mit dem Jubilar)



## „Gehört Sachsen noch zu Deutschland?“

Frank Richter lud Ende März erneut zur Buchpremiere nach Meißen. Nach „Hört endlich zu!“ legt er eine brandneue Analyse vor: „Gehört Sachsen noch zu Deutschland?“ Ein Hauptbegriff ist „Orientierungsnotstand“. Richter hat ihn nicht er-, sondern nur gefunden – in einer Sonntagsrede des Sozialphilosophen Oskar Negt. Und dieser Orientierungsnotstand findet sich als Ursache für vieles, was hier im Argen liegt. Nicht, weil die Rechtspopulisten so gut wären, finden sie den Zuspruch, der uns Sorgen macht. Nein, die etablierten Parteien – unsere eingeschlossen – scheinen es nicht einmal zu versuchen, den Orientierung Suchenden eine Perspektive zu zeigen. Dem wohlfeilen Rückgriff auf den Nationalismus – ein Blick

zurück statt nach vorne – wird nichts Wesentliches entgegengesetzt. Unter der Überschrift: „Honeckers Asche oder: Warum tickt der Osten anders?“ finden sich Abschnitte wie „Betrogene Verlierer“, „Die Wölfe waren schon da“ oder „Die Opfer und der Widerstand“. Keine Rezepte liefert der Autor. Nur die Aufforderung, die Dinge zu sehen, wie sie sind. Und Widersprüche nicht in Konfrontation enden zu lassen, sondern den Widersprüchen das konstruktive Potenzial abzugewinnen. Triebkraft der Entwicklung zu sein ist des Widerspruchs Aufgabe. Und so gesehen steckt der Osten voller Triebkräfte. Sie konstruktiv zu leiten und zu bündeln wäre Aufgabe von Politik. Interessant auch der Umgang mit dem „Feindbild Islam“: Tillich's Aussage „Der

Islam gehört nicht zu Sachsen“, gerne in Gegensatz gesetzt zu Merkels „Der Islam gehört zu Deutschland“ täuscht über eine Tatsache hinweg, die Richter nicht verschweigt: Im Osten Deutschlands lebt die am meisten säkulare Gesellschaft Europas – wenn nicht der Welt. Für die Menschen hier gehört der Islam einfach deshalb nicht zu Sachsen, weil überhaupt keine Religion zum Staat zu gehören hat. Religion ist nicht zu leugnende Quelle und Träger von Kultur – aber kein Staatsziel. Das ist über Generationen verinnerlicht. Übrigens auch deshalb wirken die „patriotischen Europäer“ hier so lächerlich, wenn sie vom christlichen Abendland schwätzen, aber weder den Sinn der Passionszeit noch die Frist zwischen Ostern und Pfingsten kennen.

Die Lesung fand übrigens im „Akti“ in Meißen statt – uns wohlbekannt durch zahlreiche Kreisparteitage respektive Kreiswahlversammlungen. Und so war es nicht weiter verwunderlich, dass auch interessierte Mitglieder der LINKEN den Weg dorthin fanden. Und es war keine vertane Zeit. Musikalisch umrahmt wurde die Veranstaltung mittels Folk vom Feinsten durch Beate Voigt (Violine) und Götz Bergmann („alles mit Saiten“). Die beiden führten vor, wie Spielleute im Mittelalter vielleicht einen Bankettsaal zum Kochen brachten. Anspruchsvolles Publikum vorausgesetzt. Aber das hatte ja Frank Richter schon herbeigelockt.

• Reinhard Heinrich

## Frauen sollen fliegen und nimmer kriechen! Louise Otto-Peters wird 200

„Wir wollen auch unser Teil fordern und verdienen an der großen Welt-Erlösung, welche der ganzen Menschheit, deren eine Hälfte wir sind, endlich werden muß.“

Kluge und starke Frauen führten den Kampf für Freiheit und Frauenrechte – gegen alle Widerstände, gegen alle Konventionen und teils bezahlt mit dem eigenen Wohlergehen. Eine dieser mutigen Frauen war Louise Otto-Peters, die den obigen Satz sprach. Louise war eine Frau des 19. Jahrhunderts mit dem Freiheitsdrang und dem aufgeklärten Denken des 20. Jahrhunderts. Sie las, lernte, reiste und schrieb, alles Dinge, die in ihrer Zeit eher Männern vorbehalten waren. Ihr war es egal. „Wir wollen lieber fliegen als kriechen“ wurde zu

ihrem Motto. Unter dieser Überschrift begeht Meißen in diesem Jahr zu ihrem 200. Geburtstag das alljährliche Lite-

raturfest. DIE LINKE in Meißen nahm dieses Jubiläum zum Anlass, auch zum 8. März an diese großartige Frau zu

erinnern. Wir haben Louise leibhaftig begrüßen können: Die Stadtführerin und Geschichtskennerin Gabriele Kluge zeichnete auf beeindruckende Weise das Leben und den Mut dieser emanzipierten Frau nach, welche in ihrer Sehnsucht nach Wissen, Erleben und Freiheit den Männern ihrer Zeit die Stirn bot. Ein Vorbild für uns alle. Was haben wir gelernt? Der Mensch (Mann) ist nicht so schnell und einsichtig, wie es sich Louise in ihrer Zeit gewünscht hätte. Für sie war komplette Gleichberechtigung eine Aufgabe für 100 Jahre – leider zu optimistisch. Im Festjahr ihres 200. Geburtstages wird es Zeit, dass wir endlich einen Zahn zulegen! Das sage ich als Mann, als Feminist!

• Tilo Hellmann





# Generation Zukunft

Caren Lay freut sich über Europas politisierte Jugend

Wir erleben aktuell in Europa eine ganz bemerkenswerte Politisierung einer ganzen Generation. Seit Monaten protestieren europaweit jeden Freitag zehntausende junge Menschen in der Bewegung #FridaysforFuture, um von den deutlich Älteren an den Hebeln der Macht eindringlich zu verlangen, dass man ihnen noch einen lebensfähigen Planeten hinterlassen soll. Ich finde das großartig.

Mit den Diskussionen über die, leider so beschlossene, Urheberrechtsreform im Europaparlament wurde gleich noch eine zweite Jugendbewegung unter dem Slogan „Save the internet“ losgetreten. Auch wenn die Proteste hier zunächst in der Sache erfolglos blieben, wird es langfristig für das Wahlverhalten dieser jungen Menschen Auswirkungen haben – wer einmal enttäuscht, wird so schnell

die Stimmen dieser Generation nicht zurückgewinnen.

Was sich mit beiden Bewegungen zeigt: Das Klischee der politikverdrossenen, desinteressierten Jugend ist nicht zu halten. Mir hat das ein anderes, kleines, aber nicht minder beeindruckendes Projekt gezeigt. Schüler der Klasse 10d des Foucault-Gymnasiums Hoyerswerda haben im letzten Schuljahr 7.000 Euro Spenden eingesammelt, um sie für ein im Bau befindliches Kinderhospiz im Spree-wald zur Verfügung zu stellen. Nicht als Pflichtaufgabe der Schule im Rahmen des Unterrichts, sondern aus eigenem Antrieb, neben dem Stundenplan, aber mit Unterstützung von Klassenlehrerin und Schulleitung. Ich bin sehr froh, dass wir mit dem Fraktionsverein der Bundestagsfraktion, an den wir Abgeordneten der LINKEN unsere Diätenerhöhungen spenden, einen Beitrag zu dieser tollen Sache leisten konnten.

Als Partei sollten wir dringend Wege suchen, diese jungen, politischen Menschen auf ihren Wegen in die politische Debatte zu begleiten und sie für uns zu begeistern.



## Zu Besuch im Deutschen Bundestag – auf Einladung von Caren Lay!

Zum Abschluss unserer Besucherfahrt in den Deutschen Bundestag entstand das gemeinsame Foto mit unserer Bundestagsabgeordneten Caren Lay.

Mit dieser Fahrt wollte sich die Bundestagsabgeordnete Caren Lay insbesondere bei Kommunalpolitiker/innen aus dem Landkreis Bautzen für ihre ehrenamtliche Tätigkeit bedanken.

Nach Gesprächsterminen im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und der Bundesgeschäftsstelle der Partei DIE LINKE im Karl-Liebknecht-Haus waren wir für eine Stunde auch Gäste der Plenardebatte in Deutschen Bundestag.

Im Anschluss hatten wir die Möglichkeit, mit unserer Abgeordneten Caren Lay ins Gespräch zu kommen und uns über ihre aktuellen Schwerpunkte der parlamentarischen Arbeit zu informieren. Wir danken ihr und ihrem Mitarbeiter Silvio Lang für die interessanten politischen Gespräche und Begegnungen.

• Rüdiger Thürling



## Termine

„Europa von LINKS“: Politfrüh-schoppen mit Dr. Cornelia Ernst  
28. April 2019, 10–12 Uhr, Stadt-theater Kamenz, Pulsnitzer Str. 11



### Heraus zum 1. Mai 2019!

Zum 25. Mal feiert DIE LINKE. Hoyerswerda ihr Politisches Volksfest zum 1. Mai, diesmal im Zentralpark Kützstraße. Dazu laden wir alle Genossinnen und Genossen, Leserinnen und Leser recht herzlich ein. Ablauf:

10.00 Uhr Eröffnung durch den Ortsvorsitzenden André Koch  
10.05 Uhr Rede Caren Lay (MdB), stellv. Fraktionsvorsitzende im Bundestag

10.15 Uhr Rede Ralph Büchner, Fraktionsvorsitzender im Kreistag Bautzen und Direktkandidat zur Landtagswahl  
Ab 10.30 Uhr buntes Marktreiben mit Mal- und Bastelstand der IG „Kinderferien“, Hüpfburg und Zuckerratte, Politstand, Gesprächsrunden, Kuchenbasar, Stand der „Spätlese“, VVN/BDA und anderes mehr  
Ab 11.00 Uhr Unterhaltung mit der Express Partyband

## Brandenburger LINKE lehrt CDU den Schutz der Heimat

Die Debatte um den Bestand der beiden Lausitzer Orte Mühlrose / Miforaz (Sachsen) und Proschim / Prožym (Brandenburg) geht auch nach dem ausgehandelten Kompromiss der Kohlekommission weiter. Der Begriff „Heimat“ steht bei der sächsischen CDU hoch im Kurs, und auf Bundesebene haben CDU und CSU sogar ein Heimatministerium gegründet. Wenn es aber nicht um bloße Worte, sondern um konkrete Taten geht, ergibt sich ein erstaunliches Bild. Während die sächsische CDU eine Abaggerung von Mühlrose ausdrücklich befürwortet und Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) diese Abaggerung sogar als eine „wichtige Zukunftsentscheidung“ bezeichnet, hat DIE LINKE im Landtag Brandenburg, die dort zur Regierungskoalition gehört, eindeutig „eine schnelle und klare Entscheidung gegen die Abaggerung von Proschim“ gefordert.

An der Position der einzelnen Parteien und jedes einzelnen Politikers zu Mühlrose erweist sich, ob die vielen Worte über „Heimat“ ehrliches Bekenntnis oder Heuchelei sind! Auch zeigt sich, welchen Stellenwert der Schutz der Sorben und ihres angestammten Siedlungsgebietes bei der brandenburgischen LINKEN und der sächsischen CDU hat.

• Heiko Kosel

## Auf zum Ostermarsch!

Damit unsere Zukunft bunt und friedlich bleibt, brauchen wir weltweit Frieden, Vielfalt, Gerechtigkeit und ein solidarisches Miteinander! Wir Linke kämpfen konsequent für Frieden, soziale Gerechtigkeit und Abrüstung. Gemeinsam mit der Friedensbewegung rufen wir auf, zu Ostern auf die Straße zu gehen und sich an den Ostermärschen zu beteiligen. Am 20. April 2019 organisiert die Berliner Friedenskoordination die Demonstration „Abrüsten statt Aufrüsten – Die Welt braucht Frieden statt Kriegsbündnisse“, ab 13 Uhr auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin. Macht mit und demonstriert mit uns Stärke, Entschlossenheit und den Willen, die Welt von Aufrüstung und Krieg zu befreien!

• Marion Junge, Kreisvorsitzende





# Abrüsten statt Aufrüsten!

Zum „Friedenstag“ in Chemnitz, dem Jahrestag der Bombardierung am 5. März 1945, haben wir uns als LAG Deutsch-Russische Freundschaft Sachsen an der Kranzniederlegung am Mahnmahl auf dem Städtischen Friedhof beteiligt und am Nachmittag an der Infoaktion auf dem Neumarkt. Gerade an einem solchen Tag ist der Einsatz für den Frieden wichtig!

Wladimir Putin hatte in seiner Rede vor dem Bundestag 2001 angeboten, eine Wirtschaftsgemeinschaft von Lissabon bis Wladiwostok zu bilden. Dieses Angebot wurde von der Bundesregierung nicht angenommen. Die Bundesregierung verfolgt seitdem eine Politik der Abgrenzung und Aufrüstung gegenüber Russland. Sie lehnt diese enge Zusammenarbeit ab, weil das Russland stärken würde. Russland wird nicht als Verbündeter, sondern als Konkurrent betrachtet. Die NATO wurde bis in die baltischen Staaten ausgedehnt. Litauen grenzt an das russische Kaliningrad und Estland und Lettland haben eine direkte Grenze zu Russland. In diesen Ländern werden ständig NATO-Manöver durchgeführt. Der 2+4-Vertrag wird ausgehebelt. Er besagt, dass nicht ständig NATO-Militär an der russischen Grenze stationiert sein darf. Es werden aber aller sechs Monate Manöver im Baltikum durchgeführt, wobei die Soldaten ausgetauscht werden, aber die Tötungsma-

schinen, Ausrüstung genannt, verbleiben im Land. Somit werden regelmäßig militärische Kampfeinheiten und Ausrüstung ins Baltikum gekarrt. Dabei erfolgt der Transportweg quer durch Sachsen, Sachsen-Anhalt oder Brandenburg nach Polen bis ins Baltikum. Verantwortlich dafür ist Brigadegeneral Gunnar C. Brügger aus der Kaserne Frankenberg. Diese Manöver und angehäuften Rüstungsgüter an der Grenze zu Russland gefährden das Sicherheitsbedürfnis aller Russen. Jeder weiß, wer aufrüstet, will Krieg.

Wir müssen uns diesen Militärtransporten entgegenstellen mit unseren Forde-

rungen nach Abrüstung und Frieden und Freundschaft mit Russland. NATO raus aus Deutschland! Die USA geben 2019 ca. 600 Milliarden Dollar aus für Rüstung. Die Bundesrepublik will 43 Milliarden Euro für Rüstung ausgeben und Russland wird 56 Milliarden Dollar für Rüstung ausgeben. Russland reduziert seine Rüstungsausgaben von 60 Milliarden Dollar von 2018 um 10 Prozent in 2019. Schon die Zahlen belegen, wer welches Ziel verfolgt. Die NATO beabsichtigt die Modernisierung der Atomwaffen. Durch die Aufkündigung in INF-Vertrages besteht die Gefahr, dass in Deutschland wieder Mittelstreckenra-

keten stationiert werden. Diese Raketen stellen im Kriegsfall ein Angriffsziel dar, was uns alle gefährdet.

Deutschland hat im letzten Jahrhundert zweimal einen Krieg begonnen und verloren, mit verheerenden Folgen für Deutschland und alle beteiligten Länder. Es starben 50 Millionen Menschen im bisher blutigsten Krieg der Geschichte. Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion tötete 27 Millionen Sowjetbürgerinnen und Sowjetbürger.

Die Bundesregierung sollte mit Russland Abrüstungsverhandlungen führen und die Sanktionen einstellen. Das dient dem Frieden. Die niedergehende Weltwirtschaftsmacht USA rüstet immer mehr auf. Das Wirtschaftswachstum ist durch die Rüstungsmilliarden aufgebläht. Erfüllen wir nicht die Forderung von Trump und geben zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt für Rüstung aus! Frieden, Bildung und Innovation sind in einem rohstoffarmen Land die Grundpfeiler des Fortbestehens. Dafür benötigen wir das Geld. Nehmt an den Ostermärschen teil und verkündet eure Forderungen. Fordern wir ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN – das erhält den Frieden und bringt Geld in die Sozialkassen.

• Regina Silbermann, LAG Deutsch-Russische Freundschaft



## Der ewige Einzelkämpfer

Mitte Januar wurde unser Genosse Hans-Peter Retzler zum vierten Mal im ersten Wahlgang zum Bürgermeister der kleinen Stadt Liebstadt gewählt. Und das mit knapp 94 Prozent der Stimmen.

Eigentlich wollte ich ein Interview mit Hans-Peter Retzler führen, aber meine vorbereiteten Fragen habe ich schnell bei Seite gelegt und meinem Gegenüber nur gelauscht. Interessant und teils neu waren die Schilderungen seiner kommunalen Tätigkeit. Er sei ja gar kein richtiger Liebstädter, weil er in der Nachbargemeinde wohnt. 1998 trat er zur vorgezogenen Bürgermeisterwahl mehr aus Frust als aus Lust an. Damals stimmten aus dem Stand 58 Prozent für ihn, den „Roten Retter“, wie die SZ ihn nannte. Er glaubt aber, dass der Name Retzler am meisten gezogen hat! Sein Vater war zu DDR-Zeiten über mehrere Jahrzehnte Kreisschulrat von Pirna und hat im damaligen Schulwesen Strukturentwicklungen und Neubauten maßgeblich befördert. Hans-Peter war zudem von 1990 bis 1994 Bürgermeister seiner Heimatgemeinde, wobei er auch dort ein paar kräftige Spuren hinterlassen hatte.

Die zur Kommunalwahl 1994 gegen ihn veranstaltete dreckige Wahlkampagne kostete ihn das Amt, denn es fehlten letztendlich vier Stimmen. Mittlerweile ist diese Wunde verheilt, aber eine große Narbe bleibt bis heute seelisch zu-

rück. „Hände weg vom Abwasser - das war 1994 mein Genickbrecher“, sagt er. Der Gegenkandidat verkündete damals lauthals, dass der Rote die Bürger enteignen werde. Der Gegenkandidat war ein ehemaliges SED-Mitglied und sogar mit der Verdienstmedaille der DDR ausgezeichnet worden.

Und 1998, als Hans-Peter dann das Amt in Liebstadt übernahm, war die Situation fast noch schwerer: Schulden in astronomischer Höhe, ein fetter Fehlbetrag, das Abwasser-Chaos und Ratsleute von CDU und Freien Wählern, die nur auf Schwachstellen vom Bürgermeister warteten. Sein Weg, so erklärt Hans-Peter, diese Probleme zu meistern, war relativ einfach. „Wenn es schon zu Problemen und Streit mit dem Stadtrat kommt, dann muss ich mit der Verwaltung klarkommen.“ Schmerzhaft musste konsolidiert werden und oft war Hans-Peter Retzler auch der Buhmann der Presse. So auch beim Verkauf von Schloss Kuckuckstein. Aber seinen Weg ging er gerade weiter. Am Wahltag dankten es ihm die Bürger jedes Mal - 2005 mit 77 Prozent, 2012 mit 72 Prozent, 2019 mit 94 Prozent. Seit 2013 kann die Stadt Liebstadt ausgeglichene Haushalte vorlegen, die Verschuldung ist unter 500 Euro pro Einwohnerin bzw. Einwohner gesunken und der Kassenkredit wurde seit Jahren nicht beansprucht. Nur die Investitionen hängen maßgeblich von Fördermit-

tel ab. Irgendwie klingt alles stolz, was er da von sich gibt. Und immer folgen seinen Ausführungen markige Sprüche wie „Als Bürgermeister bin ich keine Opposition“ oder auch „Es gibt keine linke Kommunalpolitik, sondern nur gute oder schlechte“. Seine Bilanz: „Ich bin stolz auf unseren gesicherten Schulstandort. Dort konnten wir in den letzten 20 Jahren gut investieren und das dank reichlich Fördermitteln. Ein neuer und größerer Kindergarten wurde 2007 fertiggestellt. Unsere drei Freiwilligen Feuerwehren sind auch ordentlich ausgerüstet worden. Dass es hier und da immer noch einiges zu tun gibt, ist aber normal. Die Pflichtaufgaben einer Kom-

mune haben wir eigentlich gut im Griff, trotz einiger schmerzhafter Maßnahmen.“ Was würde er jedem, der sich als Bürgermeister bewirbt, mit auf den Weg geben? „Man braucht ein paar wirkliche und ehrliche Vertraute, mit denen man über alles reden kann. Niemand ist fehlerfrei und im öffentlichen Amt ist man immer Zielscheibe. Mir waren immer die Erfahrungen unserer Vorgänger wichtig. Und einige heiße Themen sollte man sich nicht auf den Tisch ziehen. Dazu zähle ich das Thema Abwasser und auch Straßenausbaubeiträge. Damit kann man nur verlieren, so meine teils bittere Erfahrung aus den 90 er Jahren.“

Viel berichtet er noch über kommunale Vorhaben und Wünsche. Schade nur, dass er nicht mehr für den Kreistag und den Gemeinderat seines Wohnortes kandidiert. Aber auch hier von ihm klare Worte dazu: „25 Jahre Kreistag sind genug, jetzt müssen die jungen Netzwerker ran“. In Zukunft will sich Hans-Peter mehr um seine Freundschaften und seine Gesundheit kümmern.

Ich kenne Hans-Peter seit fast 30 Jahren, er ist kritisch und oft sehr direkt. Im Abschluss unseres Gespräches verrät er, was ihn ärgert. Weder vom Bundes- noch vom Landesvorstand habe er Glückwünsche zur Bürgermeisterwahl erhalten.

• Anja Oehm





Leipzig, 12. Februar 2019: Ein 16-jähriger Junge wird beim Gehen über die Straße von einem Mercedes überrollt. Er stirbt wenige Zeit später an seinen Verletzungen. Keine zwei Wochen danach stirbt eine 72-Jährige in Chemnitz, weil sie von einem Laster überfahren wird. Unfälle dieser Art passieren auf Sachsens Straße regelmäßig. Statistisch gesehen gehören Fußgänger\*innen in Städten zu den gefährdetsten Verkehrsteilnehmer\*innen. Das Risiko gehender Menschen, innerorts durch einen Verkehrsunfall ums Leben zu kommen, ist deutlich höher als das aller anderen Akteure im Straßenverkehr. Im Jahr 2017 etwa wurden deutschlandweit 346 Fußgänger\*innen getötet. Fast täglich ereignet sich also ein tödlicher Unfall, viele davon beispielsweise an Zebrastreifen oder Fußgängerfurten. Besonders gefährdet: Ältere und Kinder. Für kleine und langsame Menschen sind unsere Straßen scheinbar nicht konzipiert. Immer größere Autos und zu kurze Grünphasen an Fußgängerampeln machen das Fortbewegen in der Stadt oft zu einem Spießbrutenlauf. Nicht zuletzt ist es an Straßen laut und dreckig. Wer schlenkert schon gerne an einer Stadtautobahn entlang?

Dabei ist gerade das Zufußgehen die Antwort auf viele urbane Probleme. Würden mehr Menschen zu Fuß gehen, wären unsere Städte lebenswerter, gesünder und klimafreundlicher. Gehen, die einfachste aller Mobilitätsformen, könnte die Lösung sein für Probleme wie Abgase, Lärm und zugeparkte Wege. Außerdem macht Gehen unabhängig. Es kostet nichts, man muss dafür nicht tanken, Scheiben kratzen oder Versicherungen abschließen – einfach losgehen. Und es nimmt kaum Platz weg, ganz anders als der Autoverkehr. Dem Berliner Flächengerechtigkeits-Report zufolge nehmen Autos auf unseren Straßen rund 20mal mehr Platz ein als zum Beispiel Radfahrer\*innen. Mittlerweile gibt es im urbanen Raum sogar mehr Pkw als Kinder.

Dabei ist Deutschland eigentlich ein Stadt-Kinder-Land, stellt eine Untersuchung des Bundesinstituts für Bauforschung von 2018 fest. Demnach leben 90 Prozent aller Kinder in Städten, vor allem in Groß- und Mittelstädten. Um eine kinderfreundliche Kommune zu sein, brauche es mehr als Spielplätze und Kitas. Genauso wichtig seien sichere Wege. Was viele Stadtplaner\*innen ignorieren: Die Perspektive eines dreijährigen Mädchens ist eine komplett andere als die eines Erwachsenen. Kinder erleben die Stadt aus einer Höhe von etwa 95 Zentimetern. Ein parkender SUV muss ihnen wie ein Hochhaus erscheinen – den Verkehr dahinter sehen sie nicht. Verkehrspädagog\*innen kritisieren denn auch, dass Kindern durch den wachsenden Verkehr immer weniger Freiräume verbleiben. Die Folge: Sie sind immer seltener unbegleitet unterwegs. Der Mensch, so scheint es, weicht vor dem Auto zurück.

### **Autoland Sachsen**

Doch es gibt auch Lichtblicke. Seit etwa einem Jahr gibt es in Leipzig Deutschlands ersten kommunalen

# Zu Fuß gehen ist politisch!

Das Gehen mit den eigenen Beinen ist eine zutiefst soziale Aktion – im Autoland Sachsen jedoch eine provokative Forderung. Von *Uta Gensichen*



Bild von Free-Photos auf Pixabay

Fußverkehrsbeauftragten. Er ist immer dann gefragt, wenn es um die Belange von Fußgänger\*innen geht – sei es nun, dass ein Bordstein abgesenkt werden soll oder komplett neue Wege geplant werden sollen. In der Landeshauptstadt gehen die verkehrspolitischen Uhren hingegen etwas anders. Denn seit der Dresdner Stadtrat keine rot-grün-rote Mehrheit mehr hat, setzt sich die autofreundliche Lobby wieder verstärkt durch. Zuletzt wurde der geplante Bau eines Radstreifens an einer Hauptverkehrsstraße unter massiven Gegenprotesten wieder gekippt. Mittlerweile gibt es mehrere Initiativen in Dresden, die sich einer Verkehrswende verschrieben haben. Sie demonstrieren, organisieren Critical Mass-Fahrten und schreiben Petitionen – alles, um die autogerechte Politik in Dresden und Sachsen umzukehren. So ist für den Nachmittag des 15. April eine große Demonstration geplant. Progressives Potenzial geht aber auch von den kleineren Städten in Sachsen aus: Acht Kommunen haben Anfang März eine Arbeitsgemeinschaft zur Stärkung des Rad- und Fußverkehrs gegründet. Sie wollen damit die Bedingungen für den Rad- und Fußverkehr vor Ort verbessern. Zu ihnen gehören Bautzen, Borna, Meißen, Niesky, Pirna, Radeberg, Radebeul und Zittau.

Keine leichte Aufgabe, ist der Freistaat

schließlich als „Autoland“ bekannt. Der Wirtschaftsförderung Sachsen zufolge kommt jedes achte deutsche Auto von hier. Fünf Fahrzeug- und Motorenwerke verschiedenster großer Marken haben ihren Sitz in Sachsen – hinzukommen nochmal rund 780 Zulieferer, Ausrüster und Dienstleister der Branche. Ein Viertel aller sächsischen Industriearbeitsplätze stehen in direktem Zusammenhang mit der Autoindustrie. Bei so einer starken Lobby ist es kein Wunder, dass die Liebe zum eigenen Auto ungebrochen ist. Die Zahl der angemeldeten Pkw nimmt – wie überall in Deutschland – von Jahr zu Jahr zu. Laut dem Statistischen Landesamt sind in Sachsen derzeit rund 2,15 Millionen Pkw angemeldet – im Schnitt kommen auf jeden Haushalt 1,2 Pkw.

Ein Auto zu besitzen bedeutet allerdings nicht, ein Auto auch wirklich zu benötigen. Untersuchungen haben ergeben, dass die Hälfte aller Fahrten meist kürzer als fünf Kilometer sind. Jede zehnte Autofahrt ist sogar kürzer als einen Kilometer. Statt zu Fuß zu gehen, fahren wir mit dem eigenen Pkw zum Bäcker und selbst für den Weg ins Fitness-Studio setzen wir uns zuerst in den Wagen – um dann dort aufs Rad zu steigen. Laut einer Umfrage des Bundesumweltministeriums von 2016 würden drei Viertel aller Autofahrer\*innen kürzere Strecken gerne zu Fuß gehen,

wenn die Rahmenbedingungen für den Fußverkehr besser wären.

### **Soziale Sprengkraft der Mobilitätsfrage**

Um den Fußverkehr in den Städten attraktiver zu gestalten, hat das Umweltbundesamt in einer Strategie zahlreiche Forderungen aufgestellt. Die Behörde fordert eine innerörtliche Regelgeschwindigkeit von Tempo 30, außerdem breitere Gehwege und Fußgänger\*innen sollten an Ampeln nicht mehr unnötig lange auf grün warten müssen. Aber auch das Verweilen spielt eine wichtige Rolle. Damit mehr Menschen Lust bekommen, ihre Stadt per pedes zu entdecken, brauche es mehr Grün, verkehrsberuhigte Straßen, kostenfreie Toiletten sowie ausreichend Sitzgelegenheiten. Ein Land, das vormacht, wie es geht, ist Baden-Württemberg: Es gibt den Kommunen gezielt Geld für die Förderung des Fußverkehrs und analysiert in sogenannten Fußverkehrs-Checks, wo und warum es mancherorts nicht so gut läuft. Das Verkehrsministerium will damit langfristig die Bedingungen für das Zufußgehen verbessern. Von solchen Zielen ist die sächsische Regierung noch weit entfernt. Während der Radverkehr inzwischen mehr Aufmerksamkeit bekommt, fristet das Zufußgehen immer noch ein politisches Nischendasein. Die Bedürfnisse von Menschen ohne Rad und Auto werden allenfalls als Bestandteil umfassender Mobilitätskonzepte mitgedacht. Ein konkretes Bekenntnis, Gehwege zu optimieren und den Straßenverkehr für Gehende sicherer zu machen, gibt es vom Freistaat nicht. Immerhin ist 2016 ein Jobticket für die sächsischen Landesbediensteten eingeführt worden. Doch was ist mit den Beschäftigten in privaten Unternehmen, vor allem im Niedriglohnbereich? Mobilität muss man sich leisten können. Für prekär Beschäftigte aber ist ein eigener Wagen eine enorme finanzielle Belastung – ein gut ausgebauter und günstiger ÖPNV wäre die Lösung. Doch gibt es in der Realität nicht immer Haltestellen vor den Betrieben. Von Jobtickets ganz zu schweigen. Diese müssen von den Betriebsräten oft erst erkämpft werden. Hier wird die soziale Sprengkraft der Mobilitätsfrage deutlich. Es geht dabei nicht nur um Nachhaltigkeit, sondern insbesondere um gesellschaftliche Teilhabe.

Leider wird Fußverkehr im linken Spektrum oft noch als grünes Nischenthema abgetan und eher belächelt als ernstgenommen. Dabei ist das Gehen mit den eigenen Beinen in einem Autoland wie Sachsen eine zutiefst politische und soziale Aktion. Auch Fußgänger\*innen sehen sich meist selbst nicht als bedeutende Gruppe im Straßenverkehr, eine Gruppe mit eigenen Rechten. Gerade jene Menschen aber gehen viel zu Fuß, die finanziell und gesellschaftlich oft abgehängt sind: ältere Menschen, Geringverdiener\*innen, Geflüchtete und Kinder. Deren Selbstbewusstsein zu stärken und die Rahmenbedingungen für eine humanere Verkehrsplanung zu schaffen, muss ein Anliegen linker Politik sein. Denn die Stadt gehört nicht nur den Autos – sie gehört allen!

Vielerorts hört man\* von spezifisch „sächsischen Verhältnissen“. Was heißt das überhaupt, und warum sind diese Verhältnisse zu kritisieren? Die Antworten auf diese Fragen sind vielfältig. Dazu gehören der Abbau von kulturellen Angeboten, Schul- und Krankenhausausschließungen sowie der Rückbau der Infrastruktur. Dazu gehört, dass die ländlichen Regionen immer menschenleerer werden und dass es viele Leute aus Sachsen wegzieht. Dazu gehören ein aus dem spezifischen „sächsischen Selbstbewusstsein“ der Wendezeit hervorgegangener „Sachsenstolz“ und ein besonderes „sächsisches Heimatbewusstsein“. Von überall springt einem Sachsen direkt ins Gesicht: Sachsenquelle, Sachsenobst, Radio Sachsen, Sachsenkrone. Dazu gehört die langjährige durch die sächsische CDU betriebene Verharmlosung des Neonazismus und rechter Gewalt



sowie der Umstand, dass die NPD sich ganze zehn Jahre, von 2004 bis 2014, im Sächsischen Landtag halten konnte. Dazu gehört der Fakt, dass Pegida zuerst in Dresden auf die Straßen ging, sich auch einzig dort als eine dauerhafte Protestbewegung etablieren konnte und von Sachsen aus den bundesdeutschen Diskurs seit 2014 bis in die Parlamente hinein immer weiter nach rechts verschob. Dazu gehört, dass es zahlreiche sächsische Politiker\_innen und konservative Intellektuelle waren, die als erste Verständnis für das „Besorgsein“ der „Montagsspaziergänger“ über

# Kein Bock auf „sächsische Verhältnisse“

## Präambel des Landesjugendwahlprogramms 2019 der linksjugend ['solid] Sachsen

die ach so „linksliberale“ Politik zeigten. Dazu gehört, dass die sächsischen Polizeikräfte entweder tatenlos zusehen, wie Journalist\_innen von Pegida-Demonstrierenden angegriffen werden oder gar selber dabei mitmachen. Dazu gehört die Tatsache, dass die rassistische und völkisch-nationalistische AfD allein in Sachsen mit 27 Prozent der Stimmen bei der vergangenen Bundestagswahl zur stärksten Kraft wurde. Und dazu kommt, dass die CDU – mal offen, mal weniger offen – mit den Gedanken spielt, mit der AfD koalieren zu wollen.

Auf all das haben wir so gar keinen Bock, und deswegen arbeiten wir aktiv dagegen an! Wir wollen diese verkrusteten, blau-braunen sächsischen Verhältnisse aufbrechen und zum Tanzen bringen. Wir wollen ein soziales, ein humanes, ein offenes, ein ökologisches und tolerantes Sachsen, in dem nicht „Leit-“, sondern Willkommenskultur gelebt wird. Wir wollen soziale Gleichheit, gleichberechtigte Teilhabe und ein schönes Leben für Alle. Dafür organisieren wir uns in vielen Gruppen über ganz Sachsen verteilt und arbeiten gemeinsam dieser Vision entgegen. Als linker Jugendverband wollen wir die Gesellschaft grundlegend verändern. Wir möchten weg vom kapitalistischen und unsolidarischen, hin zum selbstbe-

stimmten, gerechten und solidarischen Leben. Hierfür möchten wir jungen Menschen die Möglichkeit schaffen, sich selbst und andere zu befähigen und für ein gutes Leben zu streiten.

Uns ist bewusst, dass man\* eine Gesellschaft nicht allein im Parlament ändern kann. Wir meinen aber, dass es progressive Akteur\_innen in Parlamenten geben muss, um konservativen und reaktionären Kräften einen Gegenpol zu bieten, aber auch um eigene Projekte voranzutreiben, um Lebensrealitäten wenigstens kleinteilig ein Stück weit zu verbessern. Als unabhängiger, parteinaher Jugendverband der Partei DIE LINKE Sachsen sehen wir es als unsere Aufgabe an, jene nicht blind zu unterstützen, sondern auch da zu kritisieren, wo es nötig ist und dort progressive, radikalere Akzente zu setzen, wo es möglich ist. Das haben wir mit diesem Programm getan.

Am 1. September 2019 steht einiges auf dem Spiel, aber es ist noch lange nichts verloren. Wir wollen den Verlauf mit unserer Kampagne mitbestimmen. Wir wollen mit unseren Themen in die Öffentlichkeit. Wir wollen zeigen, dass eine andere Gesellschaft möglich ist, dass nichts so sein muss wie es ist und wir wollen insbesondere junge Menschen dazu bringen, sich gegen die der-

zeitigen Verhältnisse zu engagieren. Das vorliegende Landesjugendwahlprogramm ist die Grundlage der Kampagne und fußt seinerseits auf unserem Grundsatzprogramm, das wir nach einem langen, basisdemokratischen Erarbeitungsprozess auf unserem Landesjugendplenum im September 2018 in Chemnitz beschlossen haben und in welchem wir unsere Vorstellungen zu vielen verschiedenen Themen artikulieren, geprägt von einem klar linksradikalen Profil. Am gleichen Wochenende haben wir auch die sechs Themen für unsere Jugendkampagne festgelegt und sechs Menschen nominiert, die als junge Kandidierende<sup>1</sup> auf der Landesliste der Partei DIE LINKE. Sachsen die Themen vorrangig in die Öffentlichkeit tragen. Sie haben außerdem gemeinsam auf der Basis des Grundsatzprogramms den Entwurf zum Landeswahlprogramm verfasst, der nach intensiver Diskussion und Überarbeitung auf dem Landesjugendplenum im März 2019 in Olganitz beschlossen wurde. Das Programm liegt auch in leichter Sprache, als Hörfassung sowie in englischer Übersetzung vor. Lass uns gemeinsam für eine bessere Zukunft streiten! Noch ist lange nichts verloren.

<sup>1</sup> Sprache hat einen großen Einfluss auf unsere Wahrnehmung und unser Denken und formt auf diesem Weg die gesellschaftlichen Verhältnisse mit. Uns ist es wichtig, Personen aller denkbaren Geschlechter gleichberechtigt anzusprechen und patriarchal geprägte Sprachmuster auszuhebeln. Insbesondere ist es unser Anliegen, Menschen mit einzubeziehen, die sich nicht in ein binäres Geschlechtersystem (sprich: männlich/weiblich) einordnen können oder wollen. Wir benutzen die Gender-Gap (Teilnehmer\_innen, Zuschauer\_innen) oder im Plural entsprechende Partizipien (Teilnehmende, Zuschauende), um Personenbezeichnungen geschlechtergerecht zu formulieren. Wir benutzen ein Sternchen hinter einem Wort, um hervorzuheben, dass ausdrücklich mehr Identitäten angesprochen werden sollen, als es der bloße Anschein vermuten lassen würde (z. B. Frauen\*, wenn genau genommen FLTIQ-Personen (Frauen, Lesben, Trans, Inter, Queer) angesprochen werden sollen; man\*, wenn verdeutlicht werden soll, dass obgleich das Wort an sich auf Cis-Männer abzielt, alle Personen gemeint sind. Unseren kompletten Leitfaden zur geschlechtergerechten Sprache findet ihr unter [left.de/2JV](http://left.de/2JV).

## Ach wie schön ist Olganitz – Bericht des Landesjugendplenums

Alle Jahre wieder trifft sich die sächsische Linksjugend in den halb eisigen, halb sonnigen Monaten Februar oder März in einem der zahllosen sächsischen Kaffer, um ihre Vollversammlung, im Volksmund auch Landesjugendplenum genannt, abzuhalten. So waren wir auch dieses Jahr am allerersten März-Wochenende im wunderschönen und sehr abgelegenen Olganitz.

Da die Anreise dorthin für alle nicht in Olganitz wohnhaften Personen schwierig ist, begann das Landesjugendplenum erst am Samstagmorgen. So saßen um 10 Uhr etwa 60 sehr, sehr müde junge Menschen vor der nicht weniger müden Tagesleitung. Nach dem inzwischen fest eingeplanten FLTI\*-Plenum (Ein Plenum für Frauen-Lesben-Trans-Inter\*-Personen, wo diese sich ohne die Anwesenheit von cis-Typen über ihre gewünschte Ple-

numsatmosphäre und anderes unterhalten und die Möglichkeit haben, Anträge zu formulieren) nebst Workshop für Männer wurde die erste Delegation gewählt: eine kompetente Truppe aus acht Menschen, die uns die nächsten zwei Jahre beim Landesparteitag vertreten werden.

Danach wurde es inhaltlicher: Die geballte Wucht von sechs satzungsändernden Anträgen rollte auf die Anwesenden zu. Neben der Frage nach der Verankerung unseres neuen Grundsatzprogramms oder der Möglichkeit der Abwahl von BR-Mitgliedern sollte zum Beispiel die Legislatur des Beauftragtenrates von zwei Jahren auf ein Jahr gekürzt werden. Diese Forderung stieß bei einigen Anwesenden auf Ablehnung und so wurden in einer begrenzten Debatte die Argumente ausgetauscht, bevor abgestimmt wurde.

Danach folgte mit der Wahl der Delegation zum Bundeskongress wieder eine Übung im Stillsitzen: 24 Plätze waren dort nämlich zu vergeben. Leider zeigte sich bei der Aufstellung ein bekanntes Problem unseres Jugendverbands. Schon in den letzten Jahren war es schwer gewesen, die Liste zur Sicherung der Mindestquotierung voll zu besetzen. In diesem Jahr nun wurden nur zehn der zwölf Plätze besetzt. Das zeigt uns, dass wir es nicht gut schaffen, unsere nicht-männlichen Mitglieder zu Aufgaben wie dem BuKo-Besuch zu motivieren. Ferner bedeutet es natürlich auch, dass wir nur zehn Menschen der gemischten Liste mitnehmen können.

Der Sonntag stand ganz im Zeichen des Landesjugendwahlprogramms. Bekanntermaßen haben wir im Herbst zum Landesjugendplenum unser

Grundsatzprogramm beschlossen und die Schwerpunktthemen für die Landtagswahl festgelegt. Die Texte dazu wurden in den Wintermonaten erarbeitet und am Sonntag schließlich in Workshops diskutiert. Die sechs jungen Kandidierenden leiteten jeweils einen, sie stellten sich Fragen, Kritik und Verbesserungsvorschlägen und arbeiteten mit den Teilnehmer\_innen Änderungsanträge an das gesamte Plenum aus. Mit den im Voraus gestellten kamen wir letztendlich auf knapp 30 Änderungsanträge, die wir nach dem Mittagessen abstimmen. Gesättigt stimmten wir über Änderungen und Landesjugendwahlprogramm ab und konnten die Tagung beenden. Nach gemeinsamer Aufräum-Action walzte sich eine große Masse müder, junger Menschen aus dem Schullandheim Olganitz hinaus in die große weite Welt – nach Dresden, Leipzig, Chemnitz oder Bautzen.



# Iran vor Ort – Warum neue Sanktionen sinnlos sind



EUROPEAN UNITED LEFT /  
NORDIC GREEN LEFT  
EUROPEAN PARLIAMENTARY  
GROUP

*Cornelia Ernst* hat erneut beobachtet: Im Iran liegen Licht und Schatten, Hoffnung und Probleme eng beieinander

Mittlerweile bin ich seit acht Jahren Vize-Präsidentin der Iran-Delegation im Europäischen Parlament. Ziel dieser Delegation ist es, die parlamentarischen und politischen Kontakte zwischen dem Europaparlament und dem Iran auszubauen. In diesem Zuge war ich 2013 zum ersten Mal im Land, damals bogen die Verhandlungen zum Atomabkommen allmählich auf die Zielgerade ein.

In den vergangenen Jahren konnte ich deshalb zahlreiche (zivil-)gesellschaftliche Kontakte zum und im Iran knüpfen – die Entwicklungen in der Gesellschaft sind unübersehbar. Als wir kürzlich erneut dort waren, erlebte ich ein Land, das sich bis tief in die Gesellschaft hinein zu öffnen versucht. Die Hoffnung, persönliche und zivile Freiheiten zu vergrößern, ist fast überall zu hören. Das beginnt mit dem Wunsch danach, auf den Straßen (wieder) musizieren dürfen; sich als Frau für oder eben auch gegen ein Kopftuch entscheiden zu dürfen – was mir natürlich auch nicht freistand; oder schlicht der basale Wunsch nach Sicherheit für die zahlreichen Minderheiten im Land.

## US-Geschäftsinteressen

Von meiner jüngsten Reise kehrte ich Anfang Dezember zurück, diesmal und nach wie vor steht das Atomabkommen aus Sicht Washingtons plötzlich auf der Kippe. Kurz nach unserer Rückkehr nach Europa brachen im Iran die ersten Proteste aus und es war just der Mann aus dem Weißen Haus, der zu den allerersten Gratulanten, beziehungsweise besser: Stimmungs-Anheizern gehörte.

Diese Proteste werden von Donald Trump dazu missbraucht, seine von Geschäften geleitete Interessenspolitik in der Region weiter voranzutreiben. In erster Linie bedeutet das für ihn und seine Geschäftspartner, Saudi-Arabien – Irans regionalem Widersacher – den Rücken freizuhalten. Aufrichtige demokratische Proteste für die eigene Machtpolitik zu missbrauchen ist nicht nur unredlich, sondern auch brandgefährlich. Sollte ein kriegerischer Konflikt in der Region ausbrechen, würde er sich rasant zu einem Flächenbrand entwickeln, den niemand mehr zu kontrollieren vermag, das wäre katastrophal!

Die eigentlichen Hardliner sind die Ajatollahs und der schiitische Klerus, die dem Saudi-Clan beziehungsweise ihrem missionarischen Wahhabismus in nichts nachstehen – mit seinem Gepolter und abstrusen Bewertungen

hetzt Donald Trump eben jenen in die Hände.

## Es geht um Reformen, nicht um die Revolution

Im iranischen Parlament, dem Madschles, traf ich in schwarze Gewänder gehüllte Frauen, ausgerüstet mit Mikrofon, scharfen Fragen und guten Argumenten. Ich hatte keinen Zweifel, dass sie journalistischen Ansprüchen des „Westens“ gerecht würden. Sie waren Vertreterinnen einer breiten Schicht hoch qualifizierter Frauen im Iran.

Es gibt eine urbane Mittelschicht, die sich Reformen im Geiste von Präsident Hassan Rohani wünschen. Ih-



nen geht es um Reformen, nicht um Revolution. Natürlich ist die Situation fern der Städte eine andere, doch die Probleme der Städte, wie die große Umweltverschmutzung, Energie-Engpässe und die grassierende Drogensucht müssen dringend angegangen werden.

Als ich in Teheran war, war die Luft so schlecht, dass ich kaum atmen konnte. Momentan braucht der Iran für seine Energieversorgung die Atomenergie. Wer jedoch will, dass sich das Land von der Atomenergie löst, muss mit dafür sorgen, dass modernste Technologien für erneuerbare Energien eingesetzt werden.

## Der Iran hat ein Drogenproblem

Offiziell gibt es über drei Millionen Drogenabhängige im Land. Auch wenn die Todesstrafe weniger häufig verhängt wird, so wird das Problem auf diese Weise nicht gelöst. Die Suchtprävention muss eine zentrale Rolle einnehmen. Wir dürfen bei unseren

Bewertungen aus der Ferne nicht vergessen, dass der Iran in den letzten Jahren über drei Millionen Flüchtlinge, vor allem aus Afghanistan aufgenommen hat – nicht zuletzt sie brauchen eine Perspektive in der Gesellschaft.

Immer wenn wir diese Probleme ansprachen, spürte ich eine große Hoffnung, die in uns Europäer und Europäerinnen gesetzt wird. Sie erhoffen sich Unterstützung bei der Lösung ihrer Probleme. Egal mit wem wir redeten, immer erwarteten die Menschen, dass die Einhaltung des Anti-Atom-Deals durch den Iran von den Vertragspartnern respektiert und Sanktionen dementsprechend weiter abgebaut werden. Selbst Außenminister Mohammed Dschawad Zarif bestä-

Straße gingen: Weil sie arbeitslos sind; weil sie die Preissteigerungen nicht ertragen; weil viele der Drogen nicht Herr werden können; weil sie der Umweltsünden leid sind oder weil sie als Minderheit, wie beispielsweise die Bahai, nicht studieren dürfen. Sie wollen nicht, dass noch mehr Geld in Kriegen wie im Jemen und Syrien mörderisch und sinnlos verbrannt wird. Viele dieser Probleme sind hausgemacht, aber zahlreiche sind auch die Folge von Sanktionen.

Die Demonstrationen sind ein Ruf nach Reformen, nicht nach einer Revolution, die nur Chaos bringen würde. Sie sind die Forderung nach Veränderungen, nicht nach Umstürzen. Bis jetzt gibt es keinen Plan B, es gibt keine Parteien oder festgefügtten Bewegungen außerhalb des Regierungslagers.

Vor unseren Augen spielt sich ein Machtkampf zwischen dem Klerus und den Reformern ab. Das zeigt sich an den unterschiedlichen Interpretationen der Demonstrationen durch Irans Präsidenten Hassan Rohani und dem Obersten Religionsführer Ali Khamenei. Neue Sanktionen stärken nur die erzkonservativen Kleriker. Hilfreicher wäre es, massiv die Freilassung aller Demonstranten und Demonstrantinnen einzufordern. Damit würden wir das Zeichen setzen, dass wir als EU das Recht auf freie Meinungsäußerung klar unterstützen. Dies wäre ein erster wichtiger Schritt hin zu einem offeneren Klima.

Der Iran ist voller Widersprüche. Es brodelt unter der Oberfläche und die iranische Führung steht unter massivem Druck. Die große Frage ist, welche Kräfte sich durchsetzen werden. Wie reformfähig das Land gegenwärtig ist, vermögen nur die Iraner und Iranerinnen selbst herauszufinden. Sie können das, weil es eine breite Schicht hoch gebildeter Leute gibt. Wenn sich dieses geistige Kapital mit den sozialen Forderungen der ärmeren und ärmsten Schichten der Bevölkerung verbindet, ist vieles möglich. Das könnte die Hoffnung auf eine friedliche Zukunft des Landes und damit der gesamten Region Wirklichkeit werden lassen.

*Dr. Cornelia Ernst ist nicht nur Mitglied im Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE), im Ausschuss zu Terrorismus (TERR), sowie im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des Europaparlaments. Sie ist auch seit Beginn ihres Mandats Vize-Vorsitzende der EP-Delegation für die Beziehungen zum Iran (D-IR).*

tigte das uns gegenüber in einem Gespräch. Nur so könne man ein Fenster für soziale und demokratische Reformen offenhalten. Dies sei der einzige Weg, um das Leben im Iran verbessern zu können.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen nun alles daran setzen, das testosterongesteuerte Säbelrasseln am Golf einzudämmen und keinen Raum mehr für militärische Provokationen zu lassen. Um die Lage in der Region zu entspannen, muss auch Saudi-Arabien endlich am Schlafittchen gepackt werden, diplomatische oder wirtschaftliche Konsequenzen zu spüren bekommen und der schreckliche Stellvertreterkrieg im Jemen eine übergeordnete Rolle für die Politik der EU einnehmen. Das Atomabkommen muss unbedingt erhalten bleiben.

## Eine neue Grüne Revolution?

Ihr persönliches Leben zu verbessern war der Grund, weshalb zum Jahresende 2017 viele Menschen auf die

# Der Bundesparteitag als Symptom

Nico Rudolph blickt zurück auf den Europaparteitag in Bonn

„In Brandenburg stimmte die große Mehrheit der Linksfraktion für ein schärferes Polizeigesetz und die Ausweitung des Verfassungsschutzes, in Teilen von der bayerischen Version abgeschrieben. Obwohl, wenn ich mich richtig erinnere, es den linken Grundsatzbeschluss gibt, den VS abzuschaffen. Wer da als Wähler seine Stimme hingibt, weiß nicht mehr, was hinterher rauskommt.“ (Nutzerkommentar bei freitag.de)

Nicht zu wissen, was bei Regierungsbeteiligungen der LINKEN rauskommt, ist nichts neues. Ich sage nur beispielhaft „DDR=Unrechtsstaat“, Zustimmung zur Autobahnprivatisierung, Vergrößerung des Verfassungssch(m)utzes durch RRG Thüringen. Dass Anträge, die solche Vorgänge kritisieren, auf dem Bundesparteitag nicht behandelt werden, spricht nicht gerade für Basisorientierung.

Doch von vorn: Der Bundesparteitag (BPT) in Bonn versprach spannend zu werden. Nach dem Leipziger Parteitag im Sommer, mit seinem orchestrierten Schauprozess innerparteilicher Kreise gegen Sahra Wagenknecht, war zu hoffen, dass sich eine solche künstlich organisierte Eskalation nicht wieder ereignen würde. Der Hauptzweck des Bonner Parteitages bestand im Beschließen des Programmes zur Wahl zum EU-Parlament. Weiterhin gab es zahlreiche Anträge, u.a. massiv unterstützt von der Parteibasis, wie einen Antrag zum Verhältnis zu Russland, sowie einen mit dem Parteivorstand abgestimmten Antrag zur Ablehnung eines

US-Putsches in Venezuela. Besonders erwähnenswert waren auch zwei Anträge gegen die Politik der Landtagsfraktion der Brandenburger LINKEN: Der eine richtete sich gegen die dort geplante Schuldenbremse, der andere gegen die Zustimmung zum rot-rot-repressiven



„Mit einem Mojito klingt jede Rede gut.“ / Foto: Nico Rudolph

Polizeigesetz (R3PG statt R2G). Schon vor dem offiziellen Beginn wurden Prognosen geäußert, dass die Parteitagsgregie im Interesse des Parteivorstandes versuchen würde, die Antragsbehandlung gerade der Russland- und Venezuela-Anträge zu verhindern. Der vermutete Grund: Würden diese beschlossen, vergrößerten sich damit die Gräben zu SPD und Grünen, was Regierungsbe-

teiligungen schwieriger mache. Außerdem könnten die Beschlüsse negativ in den Medien kommentiert werden und entsprechend abschreckend auf grünlinksliberale Wähler (Wo nicht anders gekennzeichnet, sind immer explizit alle Geschlechter gemeint) wirken. Bei einer Ablehnung wiederum würde das friedenspolitische Profil der Partei offensichtlicher leiden, als es bei einer Nichtbehandlung der Fall wäre ...

So wurde am Freitag vom Plenum ein Zeitplan beschlossen, der die eventuelle Antragsbehandlung ganz nach hinten schob. Ob die Genossen alle wussten, dass sie die Antragsbehandlung damit äußerst unwahrscheinlich machen würden? Wohl kaum. Dabei wäre durch den Wegfall von Sahras Rede (fiel wohl wegen stress- und mobbingbedingter Krankheit aus) und einer Verlängerung des Freitags-Planes um eine halbe Stunde nach hinten eine ganze Stunde frei geworden – mehr als genug. Letztlich hat gerade diese Nichtbehandlung dazu geführt, dass friedenspolitisch orientierte Menschen (wieder einmal) sehen konnten, dass der Anspruch der Linken als Friedenspartei und die Realität zwei verschiedene Paar Schuhe sind. Dass Rico Gebhardt laut Tagespiegel sagte, er habe die Antragsbehandlung des Venezuela-Antrages verhindert, verdeutlicht das umso mehr. (Rico schrieb in einer Mail, der Journalist habe ihn falsch wiedergegeben. Dann gehört sich m.E. eine Journalistenrüge aber öffentlich geäußert.) Besonders heikel ist die Nichtbehandlung des Venezuela-Antrages,

weil genau für das Wochenende des BPT eine Eskalation des US-geführten Putschversuches vermutet wurde. Hier wäre es wichtig gewesen, wenigstens symbolisch ein anderes Zeichen zu setzen.

Hinsichtlich der Wahl zum EU-Parlament (merke: EU ist nicht gleich Europa) gibt es zwei Hauptrichtungen: Die der grundsätzlichen EU-Kritik als auch die Idee einer „Republik Europa“. Der Wunsch nach einem „Neustart“ der EU liegt irgendwo dazwischen. Mir sind diese Ansätze in der innerparteilichen Debatte nicht genügend mit konkreten (rechts- und politikwissenschaftlich, gern auch marxistisch gestützten) Realisierungsmöglichkeiten unteretzt. Sympathisch ist mir der Ansatz der „flexiblen/differentiellen Kooperation“, den Peter Wahl kürzlich in der Ossietzky ([www.bit.ly/2Fo4T20](http://www.bit.ly/2Fo4T20)) skizzenhaft vorstellte (wenn auch diesem, wie unserer Beschlusslage, eine nachkapitalistische Perspektive fehlt): Weniger Europa bedürfe es z. B. hinsichtlich der vier Grundfreiheiten, die die EU auf einen neoliberalen Kurs zwingen, mehr Europa dagegen bei der Steuer- oder Umweltpolitik. Damit lehnt man den bürgerlich-liberalen Pro-EU-Mainstream ab, ohne von Nationalisten vereinnahmt werden zu können. Von einem wirklichen fundierten europapolitischen Konzept abseits idealistischer Schlagworte sehe ich uns noch weit entfernt. Und selbst wenn es ein Konzept gäbe: Würden „wir“ es bei einer Regierungsbeteiligung überhaupt ohne neoliberale Ausrichtung umsetzen?

## 2. Rosa Luxemburg Konferenz in Österreich

Sie begann am 1. März in den Räumen der Volkshochschule Hietzing in Wien, die 2. Rosa Luxemburg Konferenz in Österreich. Sie begann mit „Rote Lieder gegen den grauen Alltag“ (Betty Rosa & Kapelle). Gekommen waren sehr viele, die in Österreich links verortet sind oder an linkem Gedankengut und der dazugehörigen Praxis Interesse zeigen. Und das sind sehr Verschiedene. Die lange Liste der Unterstützer\*innen zeigte das. Der erste Tag endete mit „Lieder für den (täglichen) (Klassen)kampf“ (Free Willy).

Ein wenig international war die Konferenz auch. Die „Junge Welt“ war da und der Verein Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. konnte seine Publikationsreihe zu Rosa Luxemburg präsentieren. Das Interesse war groß. Als Vorsitzender des Vereins war ich auch als Teilnehmer zu einer der beiden Podiumsdiskussionen geladen – Problematik: „Ist EUropa noch zu retten“. Die Diskussion zeigte eine vielfach nuancierte und nicht zuletzt auch polarisierte Meinungsvielfalt zu linkem Blick auf und gewünschtem Umgang mit der

EU. Dass hinter der Polarisierung oft nur eine Vereinseitigung einer dialektisch-widersprüchlichen Realität des Gegenstandes steht, wurde aber auch offenkundig. Insofern traf wahrscheinlich der Vertreter von attac mit dem Untertitel eines seiner Bücher diese Widersprüchlichkeit der Situation ganz gut: „Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist.“ Die Debatten auf dem Europaparteitag stießen auf großes Interesse sowie auch

die Arbeit der der Partei DIE LINKE nahestehenden Stiftungen in Deutschland. Die Frage, wie man rechten Bestrebungen der beabsichtigten Zerstörung zumindest des EU-Parlaments und der Rückkehr zum Nationalstaat und zum Nationalismus entgegentritt, war allgegenwärtig, wenn man auch nicht verschweigen darf, dass einzelne Linke nicht nur die ersatzlose Abschaffung der EU forderten, sondern auch dem Nationalstaat bessere Chancen im

Kampf gegen das Bank- und Monopolkapital einräumten als einer von Grund auf veränderten EU.

Der zweite Tag begann eindrucksvoll mit einer Theater-Matinée: „Geheimsache Rosa Luxemburg“. Die Schauspielerinnen Anita Zieher pflanzte Texten von Rosa Luxemburg Leben, Anschaulichkeit und Verstehen ein, begleitet von der sensiblen Percussion Ingeborg Oberkanins'. Der Tag wurde mit einer aktivierenden Podiumsdiskussion zum Thema „Wer sich nicht bewegt, spürt seine Fesseln nicht“ abgeschlossen. Den Ausklang brachten wiederum Musik und die „After-Conference-Party“. Der Ertrag des Ganzen war für einen Einzelnen gar nicht zu erfassen; 32 Workshops und Präsentationen füllten die beiden Tage. Diverse linke Verlage und Initiativen zeigten ihre Produkte und Arbeitsergebnisse. Unzählige Bücher, Broschüren, Flyer und Resolutionen fanden Aufmerksamkeit und Abnehmer\*innen. Der Einladung zu folgen war jedoch ein Gewinn.

• Peter Porsch







## Notfallrettung

*EuGH-Urteil zur Anwendung des Vergaberechts*

Seite 3

## Weltwassertag

*AöW-Erklärung zu nachhaltiger Wasserversorgung*

Seite 4

## Digitalisierung

*Landkreistag: Digitalisierung der Verwaltung kommt zu langsam voran*

Seite 4

## Gewählt - was nun?

*Tagesseminare im Juni an verschiedenen Orten*

Seite 4

# Wirtschaftliche Unternehmen der Kommunen

Die wirtschaftliche Betätigung gehört zu den herkömmlichen Handlungsfeldern der Kommunen. Mit der industriellen Entwicklung seit Ende des 19. Jahrhunderts veränderten sich die sozialräumlichen Existenzbedingungen der Menschen. Es entstand die Notwendigkeit kommunaler Daseinsvorsorge für die Sicherstellung elementarer Lebensbedingungen. Dazu gehörten anfangs in den städtischen Ballungsräumen insbesondere die Müllabfuhr, die zentrale Wasserversorgung und die Abwasserbeseitigung, um für alle Einwohner hygienische Minimalstandards kostengünstig zu gewährleisten.

Wie in den Kommunalordnungen anderer Bundesländer so werden auch in der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) die Bedingungen für eine wirtschaftliche Betätigung der Kommunen definiert, insbesondere werden die Beschränkungen („Schrankentrias“) benannt, denen die wirtschaftliche Betätigung unterworfen ist.

Nach § 94a SächsGemO dürfen Gemeinden (gleiches gilt für Landkreise) zur Erfüllung ihrer Aufgaben ein wirtschaftliches Unternehmen ungeachtet der Rechtsform nur dann errichten, übernehmen, unterhalten, wesentlich verändern oder sich daran unmittelbar oder mittelbar beteiligen, wenn

1. der öffentliche Zweck dies rechtfertigt,
2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und
3. der Zweck nicht besser und wirtschaftlicher durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden

kann.

In Sachsen gilt seit 2014 als zusätzliche, verschärfende Bedingung: Vor einer Entscheidung ist den jeweiligen wirtschafts- und berufsständischen Kammern der betroffenen Wirtschaftskreise Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

### Der öffentliche Zweck

Die Tätigkeit kommunaler Wirtschaftsunternehmen, egal in welcher Rechtsform, muss nach § 94a Abs. 1 SächsGemO auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet sein. Öffentlicher Zweck heißt hier: die von den kommunalen Wirtschaftsunternehmen zu erbringenden Leistungen haben sich im Rahmen kommunalen Aufgabenerfüllung zu bewegen, die wirtschaftliche Betätigung hat sich am Gemeinwohl zu orientieren und dem Wohl der Einwohner zu dienen.

Wenn der öffentliche Zweck der wirtschaftlichen Betätigung zugrunde zu liegen hat, dann heißt das auch: die Gewinnerzielung steht dabei nicht im Vordergrund. Zwar darf ein kommunales Wirtschaftsunternehmen auch Gewinne erwirtschaften, die ggf. dann dem kommunalen Haushalt zufließen. Unvereinbar mit den Aufgaben eines kommunalen Wirtschaftsunternehmens wäre hingegen ein Geschäftsgewinn, das ausschließlich auf Gewinnerzielung ausgerichtet wäre, ohne jeglichen Bezug auf ein konkretes Gemeinwohlziel.<sup>1</sup>

In § 94a Abs. 4 SächsGemO wird dazu klargestellt: Wirtschaftliche Unternehmen der Gemeinde sind so zu führen, dass der öffentliche Zweck erfüllt wird; sie sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, so-

weit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

„Kommunale Wirtschaftsunternehmen sind gemeinwohlgebundene und gemeinwohlorientierte Einrichtungen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Ein öffentlicher Zweck setzt eine Leistung voraus, die einen Bedarf befriedigt, der im öffentlichen Interesse der Einwohner geboten ist. Dieser Bedarf ist aber nicht eng auf die ‚Klassische Versorgung‘ der Einwohner mit Elektrizität, Gas, Wasser usw. begrenzt und auch nicht auf den Bereich der Daseinsversorgung beschränkt. Vielmehr können dafür Leistungen und Lieferungen für die Bedürfnisbefriedigung der Einwohner und der Gemeinde aus den verschiedensten Lebens- und Aufgabenbereichen in Betracht kommen. Allerdings ist es keineswegs Aufgabe der Gemeinde, im Rahmen ihrer wirtschaftlichen Betätigung alle individuellen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Dies ist vielmehr grundsätzlich die Aufgabe der Privatwirtschaft im System der sozialen Marktwirtschaft.“<sup>2</sup>

Damit der öffentliche Zweck erfüllt ist, muss eine Leistung über die individuelle Bedürfnisbefriedigung hinausgehen und eine dem Gemeinwohl dienende, der Gesamteinwohnerschaft nützende Zielsetzung verfolgt werden. Danach würde z.B. das Betreiben eines kommunalen Hotels, eines kommunalen Frisörsalons oder eines kommunalen Einzelhandelsunternehmens grundsätzlich nicht darunter fallen.

### Betätigungsfelder

Als Betätigungsfelder kommunaler Wirtschaftsunternehmen im Sinne des öffentlichen Zwecks werden u.a. ge-

nannt:

- die Versorgungswirtschaft (Gas, Energie, Wärme);
- Verkehrsbetriebe (hierzu zählen auch Parkhäuser);
- Wohnungsbaugesellschaften (der Bau von Wohnungen „für den gehobenen Wohnbedarf“ zählt nicht zur Daseinsvorsorge und fällt nicht darunter<sup>3</sup>);
- Betriebe der Urproduktion und Verarbeitung wie Steinbrüche, Kiesgruben, Sandgruben u.a.m., sofern sie ihre Produkte auch an Dritte verkaufen;
- Bestattungsunternehmen;
- Wirtschaftsförderungsgesellschaften und Technologieparks;
- Vermittlung von Fremdenzimmern.<sup>4</sup>

Jedoch unterliegt der Begriff „öffentlicher Zweck“ einem zeitlichen und gesellschaftlichen Wandel, es handelt sich um einen unbestimmten Rechtsbegriff, der einer gerichtlichen Prüfung unterzogen werden kann. Deshalb lassen sich auch keine für alle Kommunen einheitlichen Maßstäbe dafür festsetzen, was denn unter den öffentlichen Zweck fällt.

„Angesichts des demographischen Wandels, der in Verbindung mit dem Strukturwandel im Einzelhandel in peripheren Lagen ländlicher Gemeinden zu Versorgungsengpässen führen kann, könnte es in Zukunft durchaus rechtfertigen, wenn Kommunen in Bereichen des Marktversagens Initiativen in Richtung auf ein Basisangebot ergreifen. Dies muss zwar nicht zwingend eine eigene wirtschaftliche Betätigung bedingen (es kommen hier zunächst auch Zuschüsse für Private in Betracht, die eine zuvor unrentable mobile Versorgung sicherstellen), kann es

*Fortsetzung auf folgender Seite*



aber im Einzelfall durchaus rechtfertigen, klassisch privatwirtschaftlich erfüllte Versorgungsaufgaben in kommunaler Regie wahrzunehmen.“<sup>5</sup>

### Leistungsfähigkeit und Bedarf

§ 94a Abs. 2 SächsGemO verlangt, dass Kommunen ein wirtschaftliches Unternehmen nur unterhalten dürfen, wenn das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Kommune und zum voraussichtlichen Bedarf steht. Selbst dann, wenn der öffentliche Zweck nachgewiesen werden kann, darf die Gemeinde ein wirtschaftliches Unternehmen nicht errichten, erwerben oder wesentlich erweitern, wenn dies unwirtschaftlich wäre und ihre Leistungsfähigkeit übersteigen würde.

Diese Einschränkung der wirtschaftlichen Betätigung folgt aus den allgemeinen Haushaltsgrundsätzen, insbesondere dem Gebot der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung und dem Gebot der Erforderlichkeit. Damit sollen die Kommunen vor Risiken und Überaktivität geschützt werden. Sie sollen davor bewahrt werden, wirtschaftliche Aktivitäten zu entfalten, die ihre finanziellen Kräfte und Möglichkeiten übersteigen.

Deshalb darf die Kommune Wirtschaftsunternehmen weder gründen noch sich an ihnen beteiligen, die aus eigener Kraft nicht unterhalten werden können oder deren Betrieb nur durch dauernd hohe Zuschüsse gedeckt werden kann (z.B. Betrieb einer überdimensionierten, nicht durch den Bedarf der Kommune gerechtfertigten Klär- oder Müllverbrennungsanlage). Schon gar nicht dürfen solche Unternehmen geschaffen werden, für die kein Bedarf besteht.

Umfang und Ausmaß kommunaler wirtschaftlicher Unternehmen sind auf den gegebenen und künftigen Bedarf im örtlichen Versorgungsgebiet auszurichten. Dies schließt aber keinesfalls aus, dass ein kommunales Unternehmen auch Nachbargemeinden mitversorgt.

### Örtlichkeitsprinzip

Das Örtlichkeitsprinzip meint, dass die wirtschaftliche Betätigung einer Kommune im wesentlichen auf die jeweilige kommunale Gebietshoheit (Gemeindegebiet oder Landkreisgebiet) beschränkt sein soll. Die Beschränkung auf das kommunale Territorium ist eine Konsequenz aus den ersten beiden Voraussetzungen der „Schrankentrias“:

□ Der öffentliche Zweck der wirtschaftlichen Betätigung der Kommune gilt in Bezug zum Gebiet der Kommune. § 2 Abs. 1 SächsGemO, dass die Gemeinden *in ihrem Gebiet* im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit alle öffentlichen Aufgaben erfüllen.

□ Die Begrenzung auf das kommunale Territorium hat auch deshalb einen Sinn, weil nach § 94a Abs. 1 Ziffer 2 das wirtschaftliche Unternehmen nach *Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit* der Gemeinde und zum voraussichtlichen *Bedarf* zu stehen hat.

Jedoch muss „aus der territorialen Definition der Einwohnerschaft... keine strikte kartographische Grenze für die kommunalwirtschaftliche Betä-



tigung abgeleitet werden. Denn die Bedürfnisse der ‚örtlichen Gemeinschaft‘ enden angesichts der vielfältigen Verflechtungen – vor allem in Ballungsräumen – typischerweise nicht an Gemarkungsgrenzen. In diesem Sinne ist beispielsweise die überörtliche (regionale) Versorgung des Umlands von Großstädten durch deren Stadtwerke seit jeher unbeanstandete kommunale Praxis. Gleiches gilt für Dienstleistungen des ÖPNV. Die sozioökonomische Verflechtung von größeren Kommunen und ihrem Umland wird im Übrigen durch die landesplanerische Konzeption Zentraler Orte (§ 3 Abs. 2 SächsLPlG<sup>6</sup>) in dem als Rechtsverordnung ergehenden Landesentwicklungsplan bestätigt. Die Geschäftstätigkeit kommunaler Unternehmen ist aber auch in dieser historisch-funktionalen Sicht als zweckgebundene Wahrnehmung örtlich legitimierter öffentlicher Aufgaben auf das Gemeindegebiet und das damit vernetzte Umland beschränkt.“<sup>7</sup>

Wenn Stadtwerke und andere kommunale Unternehmen seit geraumer Zeit weit über die Grenzen ihrer Mutterkommune hinaus, ja sogar an ausländischen Unternehmen beteiligt waren, dann vollzogen sich derartige Aktivitäten in einer rechtlichen Grauzone.<sup>8</sup>

Wirtschaftliche Betätigung einer Gemeinde, wenn sie denn über das Gemeindegebiet hinausgeht, muss immer auch einen gemeinde-spezifischen örtlichen Bezug beibehalten. „Eine stadtteilige Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen beispielsweise, die zu dem Zweck der Stadtentwicklung in den neuen Bundesländern oder zu einer bundesweiten thermischen Abfallverwertung gegründet würde, wäre danach verfassungsrechtlich nicht zulässig, weil ihr Wirkungsbereich das Gebiet dieser Stadt überschreiten würde.“<sup>9</sup>

Auch ein Beispiel aus den späten 1990er Jahren, als die Liberalisierung kommunaler Dienstleistungen in Mode kam, fällt unter diese „verfassungsrechtlich nicht zulässige“ Kategorie: wo die Stadtwerke X einer thüringischen Stadt Y auf die Idee kamen, ein Krematorium in einer ungarischen Stadt Z zu betreiben.

Da der liberalisierte europäische Energiemarkt keine geographisch abgegrenzten Versorgungsgebiete mehr kennt, wurde hier eine gesetzliche Anpassung des Örtlichkeitsprinzips vorgenommen. Deshalb wurde 2015 in § 94a SächsGemO in Abs. 5 der Passus aufgenommen: Die Betätigung außerhalb des Gemeindegebiets in den Bereichen der Strom-, Gas- und Wärmeversorgung dient einem öffentlichen

Zweck und ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht.

„Eine durch das Kommunalrecht bedingte Marktbeschränkung auf das Gemeindegebiet würde die kommunalen Unternehmen im Wettbewerb mit überregional tätigen Versorgern im eigenen Kundengebiet jedoch benachteiligen, da sie den Verlust von Kunden nicht durch die – für die Kapazitätsauslastung und die Refinanzierung der Investitionen unabdingbare – Akquisition neuer Kunden außerhalb des Gemeindegebietes ausgleichen könnten. Eine solche Benachteiligung gegenüber Konkurrenten im Energiebereich verstieße jedoch gegen das ausdrückliche Gleichbehandlungsgebot in Art. 3 Abs. 1 der (höherrangigen) EU-Richtlinien, wonach die Mitgliedstaaten verpflichtet sind, bei der Errichtung eines wettbewerbsorientierten Elektrizitätsbinnenmarktes ‚allen Unternehmen die gleiche Behandlung‘ zuteil werden zu lassen... Der notwendige ‚örtliche Bezug‘ kommunalwirtschaftlicher Tätigkeit geht bei europarechtskonformer Auslegung daher auch in diesen Fällen nicht verloren und... stehen einer Gebietsüberschreitung im Bereich der Energieversorgung somit nicht entgegen, wenn sie erforderlich ist, um die Chancengleichheit gegenüber privaten Mitbewerbern herzustellen, um die Versorgung der Gemeindeeinwohner weiterhin sicherstellen zu können.“<sup>10</sup>

### Subsidiaritätsklausel

Die Subsidiaritätsklausel (auch Funktionssperre genannt) besagt nach § 94 Abs. 1 Ziffer 3, dass die Kommune ein Wirtschaftsunternehmen nur betreiben darf, wenn der Zweck des Unternehmens nicht besser und wirtschaftlicher durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Als Kriterien dafür, ob die Voraussetzungen für die Anwendung der Subsidiaritätsklausel gegeben sind, werden insbesondere genannt: die Zuverlässigkeit privater Wettbewerber, die gleichmäßige Versorgung der Einwohner, das soziale Bedürfnis der Leistungsempfänger, die Wirtschaftlichkeit der Betriebsführung sowie die Qualitätsmerkmale der Leistung.<sup>11</sup>

Mit der Liberalisierung kommunaler Dienstleistungen und dem Wegfall der Gebietsmonopole verschärfen sich die strukturellen Bedingungen für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen. Die kommunalen Wirtschaftsunternehmen waren jetzt zunehmend privater Konkurrenz ausgesetzt und reagierten ihrerseits darauf, indem sie

neue Geschäftsfelder mit innovativen Angebotsstrategien zu erschließen versuchten, auf denen auch schon die Privatwirtschaft tätig war. Dies wiederum verschärfte das Spannungsverhältnis zwischen kommunalen Unternehmen und privater Erwerbswirtschaft.

Daraufhin wurden vor allem mittelständische Interessenverbände aktiv und es gelang ihnen, „auf politischer Ebene Subsidiaritätsklauseln zu Lasten der Kommunen durchzusetzen“<sup>12</sup>, womit die Interessen von Handwerk und Mittelstand gestärkt wurden.

In Sachsen wurde erstmals in die ab 28. Dezember 1996 geltende Fassung der SächsGemO eine Subsidiaritätsklausel aufgenommen und ab 2014 weiter verschärft mit der Bestimmung, dass vor einer Entscheidung den jeweiligen wirtschafts- und berufsständischen Kammern der betroffenen Wirtschaftskreise Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben ist. Der Sächsische Städte- und Gemeindegang hat in „seiner Stellungnahme die Einführung des Anhörungsrechts nachdrücklich und überzeugend abgelehnt. Zu Recht wies er darauf hin, dass das Anhörungsverfahren die Gründungsprozesse und anstehende Entscheidungen verzögern und die Auseinandersetzung vor Ort nicht versachlichen wird. In Wettbewerbsparsparten, in denen kommunale Unternehmen tätig sind, sei das evident. Entscheidend sei aber, dass die Vertreter des örtlichen Handwerks und der mittelständischen Wirtschaft – wie andere Bevölkerungsgruppen auch – Mitglied im Gemeinderat sind und so direkt ihre Interessen geltend machen könnten. Dass die SächsGemO einigen Interessenverbänden besondere Rechte einräumt, sei nicht einsichtig... (weil) es die Kammern und Berufsverbände generell als ihre Aufgabe ansehen, in jedem Fall für den Vorrang der Privatwirtschaft zu votieren.“<sup>13</sup>

Mit der Subsidiaritätsklausel soll erreicht werden, dass eine Kommune nicht nachfreiem Ermessen entscheiden darf, ob sie eine Aufgabe der örtlichen Daseinsvorsorge durch eigene wirtschaftliche Betätigung ausführt oder das der Privatwirtschaft überlässt. Die Subsidiaritätsklausel nach der SächsGemO „verlangt einen Verzicht auf eigene Wahrnehmung nur dann, wenn ein Dritter diese Aufgabe besser und wirtschaftlicher erfüllen kann als die Gemeinde selbst, sei es mit einem eigenen Unternehmen oder mit einer Beteiligung an einem rechtlich selbst-

Fortsetzung auf Seite 3

### Impressum

**Kommunalpolitisches  
Forum Sachsen e.V.**

Großenhainer Straße 99

01127 Dresden

Tel.: 0351-4827944 oder 4827945

Fax: 0351-7952453

info@kommunalforum-sachsen.de

www.kommunalforum-sachsen.de

Red., Satz und Layout: A. Grunke

V.i.S.d.P.: P. Pritscha

Die Kommunal-Info dient der kommunalpolitischen Bildung und Information und wird durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushalts finanziert.





# Notfallrettungsdienstleistungen ohne Vergaberecht

**Die Regelungen über die öffentliche Auftragsvergabe gelten nicht für die Dienstleistung des Transports von Patienten im Notfall durch gemeinnützige Organisationen oder Vereinigungen**

*PRESSEMITTEILUNG Nr. 38/19 des Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) vom 21. März 2019. Urteil in der Rechtssache C-465/17.*

Die Stadt Solingen (Deutschland) hat, nachdem sie mehrere Hilfsorganisationen zur Abgabe eines Angebots aufgefordert hatte, im Jahr 2016 einen Auftrag über Rettungsdienstleistungen

für die Dauer von fünf Jahren an zwei dieser Vereinigungen vergeben. Der Auftrag betraf insbesondere die Betreuung und Versorgung von Notfallpatienten durch Rettungsassistenten, unterstützt durch einen Rettungssanitäter, sowie den Einsatz im Krankentransport mit der Hauptaufgabe der Betreuung und Versorgung von Patienten durch einen Rettungssanitäter, unterstützt durch einen Rettungshelfer (letzterer im Folgenden: qualifizierter Krankentransport). Das Unternehmen Falck Rettungsdienste und die Falck A/S-Gruppe, zu

der Falck Rettungsdienste gehört (im Folgenden gemeinsam: Falck), riefen deutsche Gerichte an, um festzustellen zu lassen, dass diese Vergabe mangels vorheriger Veröffentlichung einer Auftragsbekanntmachung im Amtsblatt der Europäischen Union (im Folgenden: Amtsblatt) nach den allgemeinen Regelungen der Richtlinie über die öffentliche Auftragsvergabe rechtswidrig sei.

In diesem Kontext fragt das Oberlandesgericht Düsseldorf (Deutschland) den Gerichtshof, ob diese Aufträge unter den Begriff „Dienstleistungen der Gefahrenabwehr“ fallen, die gemäß Art. 10 Buchst. h der Richtlinie 2014/24 vom Geltungsbereich der klassischen Regelungen über die Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen sind, sofern sie bestimmten CPV (Common Procurement Vocabulary [Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge]) – Codes entsprechen und von gemeinnützigen Organisationen oder Vereinigungen erbracht werden. Unter Umständen fielen diese Dienstleistungen unter den Begriff „Einsatz von Krankenwagen zur Patientenbeförderung“, für die ein vereinfachtes Vergabeverfahren gelte. Zudem möchte das Oberlandesgericht wissen, wie der Begriff „gemeinnützige Organisationen oder Vereinigungen“ auszulegen ist.

In seinem Urteil stellt der Gerichtshof fest, dass nach Art. 10 Buchst. h der Richtlinie die klassischen Regelungen über die öffentliche Auftragsvergabe einschließlich der Verpflichtung zur Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt nicht für öffentliche Aufträge gelten, die den Katastrophenschutz, den Zivilschutz oder die Gefahrenabwehr betreffen, wenn die doppelte Bedingung eingehalten wird, dass sie unter bestimmte CPV-Codes fallen (hier der Code für „Rettungsdienste“ oder für den „Einsatz von Krankenwagen“) und von gemeinnützigen Organisationen oder Vereinigungen erbracht werden. Diese Ausnahme von der Geltung der Regelungen über die öffentliche Auftragsvergabe enthält jedoch insofern eine Ausnahme von der Ausnahme, als dass sie nicht für den Einsatz von Krankenwagen zur Patientenbeförderung gilt, für die die vereinfachten Beschaffungsregelungen gelten.

Der Gerichtshof weist darauf hin, dass es sich bei der Betreuung und Versorgung von Notfallpatienten in einem Rettungswagen durch einen Rettungsassistenten/Rettungssanitäter und beim qualifizierten Krankentransport weder um „Dienstleistungen des Katastrophenschutzes“ noch um „Dienstleistungen des Zivilschutzes“ handelt, sondern um „Gefahrenabwehr“. Aus der wörtlichen und aus der systematischen Auslegung der Richtlinie ergibt sich nämlich, dass die „Gefahrenabwehr“ sowohl Gefahren für die Allgemeinheit als auch Gefahren für Einzelpersonen betrifft.

Des Weiteren gilt die zugunsten von Dienstleistungen der Gefahrenabwehr bestimmte Ausnahme von den Regelungen über die öffentliche Auftragsvergabe nur für bestimmte Notfalldienste, die von gemeinnützigen Organisationen oder Vereinigungen

erbracht werden, und darf nicht über das unbedingt notwendige Maß hinaus ausgeweitet werden. Die Nichtanwendbarkeit der Regelungen über die öffentliche Auftragsvergabe ist somit untrennbar mit dem Vorhandensein eines Notfalldienstes verknüpft.

Der Gerichtshof stellt fest, dass die Betreuung und Versorgung von Notfallpatienten, die außerdem in einem Rettungswagen durch einen Rettungsassistenten/Rettungssanitäter geleistet wird, unter den CPV-Code fällt, der „Rettungsdiensten“ entspricht. Der qualifizierte Krankentransport fällt hingegen nur dann unter den Code, der dem „Einsatz von Krankenwagen“ entspricht, wenn zumindest potenziell ein Notfall vorliegt, d. h. wenn ein Patient befördert werden muss, bei dem das – objektiv zu beurteilende – Risiko besteht, dass sich sein Gesundheitszustand während des Transports verschlechtert. Dieses Risiko bringt mit sich, dass der Transport von ordnungsgemäß in erster Hilfe geschultem Personal durchgeführt werden muss. Unter diesen Umständen finden die allgemeinen Regelungen über die öffentliche Auftragsvergabe (einschließlich der Verpflichtung zur vorherigen Veröffentlichung einer Bekanntmachung im Amtsblatt) keine Anwendung, sofern diese Dienstleistungen von gemeinnützigen Organisationen oder Vereinigungen erbracht werden.

Schließlich stellt der Gerichtshof fest, dass gemeinnützige Organisationen oder Vereinigungen, deren Ziel in der Erfüllung sozialer Aufgaben besteht, die nicht erwerbswirtschaftlich tätig sind und die etwaigen Gewinne reinvestieren, um ihr Ziel zu erreichen, unter den Begriff „gemeinnützige Organisationen oder Vereinigungen“ im Sinne der Richtlinie fallen. Folglich steht die Richtlinie einer nationalen Regelung entgegen, wonach anerkannte Hilfsorganisationen wie Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen als „gemeinnützige Organisationen oder Vereinigungen“ gelten, ohne dass die Anerkennung als Hilfsorganisation im nationalen Recht davon abhängt, dass keine Gewinnerzielungsabsicht vorliegt.

HINWEIS: Im Wege eines Vorabentscheidungsersuchens können die Gerichte der Mitgliedstaaten in einem bei ihnen anhängigen Rechtsstreit dem Gerichtshof Fragen nach der Auslegung des Unionsrechts oder nach der Gültigkeit einer Handlung der Union vorlegen. Der Gerichtshof entscheidet nicht über den nationalen Rechtsstreit. Es ist Sache des nationalen Gerichts, über die Rechtssache im Einklang mit der Entscheidung des Gerichtshofs zu entscheiden. Diese Entscheidung des Gerichtshofs bindet in gleicher Weise andere nationale Gerichte, die mit einem ähnlichen Problem befasst werden.

([https://curia.europa.eu/jcms/jcms/Jo2\\_7052/de/](https://curia.europa.eu/jcms/jcms/Jo2_7052/de/))



Fortsetzung von Seite 2

## Wirtschaftliche Unternehmen ...

ständigen wirtschaftlichen Unternehmen. Wenn die Gemeinde diese Aufgabe gleich gut und in gleicher Weise wirtschaftlich leisten kann, darf sie die Aufgabe in eigener Regie wahrnehmen. Die ‚bessere‘ Erfüllung des Zwecks bezieht sich auf die ‚Güte‘, also auf Zuverlässigkeit sowie auf die dauerhafte und nachhaltige Sicherung des öffentlichen Zwecks.<sup>14</sup>

## Nichtwirtschaftliche Unternehmen

Ausgenommen von den Bestimmungen für kommunale Wirtschaftsunternehmen und damit auch von den Beschränkungen, denen diese unterworfen sind, werden nach § 94a Abs. 3 SächsGemO folgende Unternehmen oder Einrichtungen:

- 1. Unternehmen, die Aufgaben wahrnehmen, zu denen die Gemeinde verpflichtet ist,
- 2. Einrichtungen des Unterrichts-, Erziehungs- und Bildungswesens, der Kunstpflege, der körperlichen Ertüchtigung, der Gesundheits- und Wohlfahrtspflege und
- 3. Hilfsbetriebe, die ausschließlich zur Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinde dienen.

Sie gelten nicht als „wirtschaftliche Unternehmen“ im Sinne des Gesetzes.

Zu den nichtwirtschaftlichen Unternehmen, bei denen die Kommune Pflichtaufgaben wahrnimmt, gehören u.a. die Wasserversorgung, die Abwasserbeseitigung, die Entsorgung von Siedlungsabfällen, die Krankenversorgung, die Unterhaltung von Friedhöfen.

Zu den Hilfsbetrieben, die ausschließlich der Eigenbedarfsdeckung der Kommune dienen, gehören u.a. Druckereien, Bauhöfe und kommunale Betriebe zur Grünflächenpflege.

AG

<sup>1</sup> Vgl. *Kommunale Selbstverwaltung*, Autoren: Vogelsang, Lübking, Ulbrich; 3. überarb. Aufl., E. Schmidt Verlag 2005, S. 233.

<sup>2</sup> *Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Ergänzbare Kommentar...*, G § 94a, Randnummer (Rn) 66.

<sup>3</sup> Urteil des VG Baden-Württemberg vom 5.11.2014.

<sup>4</sup> Vgl. *Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Ergänzbare Kommentar...*, G § 94a, Rn 15ff.

<sup>5</sup> *Sächsische Gemeindeordnung. Kommentar*, Hrsg.: Binus/Spöner/Koolman, Kommunal- und Schulverlag 2016, S. 291.

<sup>6</sup> *Sächsisches Landesplanungsgesetz*.

<sup>7</sup> *Sächsische Gemeindeordnung. Kommentar*, Hrsg.: Binus/Spöner/Koolman, Kommunal- und Schulverlag 2016, S. 294.

<sup>8</sup> Vgl. ebenda.

<sup>9</sup> *Kommunale Selbstverwaltung...*, 3. überarb. Aufl., E. Schmidt Verlag 2005, S. 241.

<sup>10</sup> *Sächsische Gemeindeordnung. Kommentar*, Hrsg.: Binus/Spöner/Koolman, Kommunal- und Schulverlag 2016, S. 295.

<sup>11</sup> Vgl. *Kommunale Selbstverwaltung...*, 3. überarb. Aufl., E. Schmidt Verlag 2005, S. 238.

<sup>12</sup> *Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen. Ergänzbare Kommentar...*, G § 94a, Rn 93.

<sup>13</sup> Ebenda, G § 94a, Rn 101.

<sup>14</sup> Ebenda, G § 94a, Rn 96f.



## Wasser für alle

Der Weltwassertag am 22. März stand unter dem Motto „Leaving no one behind – water and sanitation for all“ – „Niemand zurücklassen – Wasser und Sanitärversorgung für alle“. Die UN-Nachhaltigkeitsziele zum Wasser werden in Deutschland vor allem durch die Wasserwirtschaft in öffentlicher Hand in den Strukturen der kommunalen Daseinsvorsorge gesichert. Mit vielfältigen Maßnahmen trägt die öffentliche Wasserwirtschaft zur Verbesserung der Gewässer- bzw. Wasserqualität bei und engagiert sich für den nachhaltigen Ressourcenschutz. Sie orientiert sich am Gemeinwohl und nicht an einer „Gewinnmaximierung“, von der nur wenige profitieren. Damit stärkt die Wasserwirtschaft als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Sie lässt bewusst niemanden zurück und denkt in nachhaltigen Konzepten.

### Vorsorge- und Verursacherprinzip stärken

AöW-Vizepräsident Baas forderte anlässlich des Weltwassertags ein klares Bekenntnis der deutschen Politik zur kommunalen Wasserwirtschaft. Berlin müsse den nachhaltigen Schutz der Ressource stärker in den Blick nehmen und das Verursacherprinzip dabei national wie international stärken. Man habe erste Initiativen gesehen, doch aus Sicht der Wasserwirtschaft greife das bislang noch zu kurz, so Baas. „Wenn wir wirklich wollen, dass alle von einer sicheren, guten und günstigen Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung, wie sie die Wasserwirtschaft in öffentlicher Hand vertritt, profitieren sollen, dann muss Deutschland sich auch international deutlich dazu bekennen. Sie muss eine Vorreiterrolle bei der Unterstützung der öffentlichen Wasserwirtschaft einnehmen.“

Mit Blick auf die Entwicklungen der letzten Jahre, gerade auch mit Blick auf die anthropogenen Spurenstoffe, ergänzte Baas: „Die konsequente Berücksichtigung des Vorsorge- und Verursacherprinzips zur Vermeidung von Gewässerbelastungen muss noch stärker in den politischen Fokus gerückt werden. Das haben wir auch gegenüber den Kandidierenden zur Europa-

wahl 2019 betont.“ Zukünftig müssten nicht nur die Verbraucher, sprich die Wasserkunden, sondern die anderen Akteure von Herstellern über Händler bis zur Landwirtschaft ihren fairen Beitrag zur Verbesserung der Gewässerqualität leisten. Das würde das Verursacherprinzip stärken und einen ganz entscheidenden Baustein dafür bilden, eine sichere, gute und günstige Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung für alle Bürger zu erhalten. „Die Wasserwirtschaft in öffentlicher Hand wird ihren Beitrag auch in Zukunft dazu leisten. Denn sie agiert verlässlich und nachhaltig. Sie erfüllt bereits seit langem das UN-Motto, denn sie lässt niemanden zurück. Das erwarten wir auch von den politischen Entscheidern in Berlin und Brüssel“, bekräftigte AöW-Vizepräsident Baas.

### Weltwassertag soll Bewusstsein schaffen

Die Vereinten Nationen haben den 22. März zum Weltwassertag erkoren und legen jedes Jahr ein Schwerpunktthema fest. Die Weltwassertage sollen dazu genutzt werden, insbesondere die breite Öffentlichkeit auf die globalen Zielsetzungen und ihre lokale Bedeutung sowie auf die Herausforderungen der Umsetzung dieser Ziele aufmerksam zu machen. A

(AöW, 21.03.2019, <https://aoew.de/pages/presse/pressemitteilungen.php>)



## Digitale Verwaltung kommt zu langsam voran

Die Digitalisierung der deutschen Verwaltung schreitet nicht so schnell voran wie erhofft. Der Deutsche Landkreistag (DLT) hatte sich anlässlich der Sitzung des Digitalrats am 28. März 2019 unter Leitung der Bundeskanzlerin dafür ausgesprochen, die Voraussetzungen für eine Verwaltungsdigitalisierung rascher zu schaffen. Präsident Landrat Reinhard Sager sagte: „Nach wie vor sind nicht alle Kernelemente des Portalverbundes geklärt, der künftig eine elektronische Verwaltung ermöglichen soll. Ohne einen solchen Rahmen für die IT-Architektur zwischen Bund, Ländern und Kommunen kann die Digitalisierung nicht wirklich Fahrt aufnehmen. Zudem brauchen wir einen echten Modernisierungsschub in der Verwaltung, der eine durchgängige elektronische Bearbeitung vom Antrag

über das Verfahren bis zum Bescheid ermöglicht. Das erfordert eine stärkere Berücksichtigung kommunaler Belange.“

575 Verwaltungsleistungen sollen bis 2022 online zur Verfügung stehen. Nach Aussage des DLT-Präsidenten sei dies allein in Anbetracht der bislang abgelaufenen Zeit eine sehr ambitionierte Aufgabe: „Die gemeinsame Entwicklung von Online-Verwaltungsleistungen im Rahmen des sogenannten Digitalisierungsprogramms schreitet nur langsam voran. Die dafür eingerichteten Digitalisierungslabore sollten daher zu einem dauerhaften Instrument zwischen Bund, Ländern und Kommunen ausgebaut werden, um die Umsetzung der Online-Prozesse zu begleiten.“

Vor allem aber sei es bislang noch nicht gelungen, sich im IT-Planungsrat auf eine einheitliche Basisinfrastruktur für den Portalverbund zu einigen.

## Vorschau

### Tagesseminar: Gewählt – was nun?

Die Stimmen sind ausgezählt, das Ergebnis wurde verkündet, die Zusammensetzung des neuen Gemeinderats steht fest. Du bist frisch gewählt, hast den Kopf voller Ideen und willst dich gleich mit Tatendrang in die Ratsarbeit stürzen. Aber wie genau anfangen, was wird gebraucht und wo ist noch gleich der Ratssaal?! „Gewählt – was nun?“ hilft dir weiter.

In diesem Seminar bringen wir euch die Grundlagen bei, die ihr in den ersten Sitzungen des Gemeinderats braucht. Ganz konkret widmen wir uns der Vorbereitung und dem Ablauf der sogenannten konstituierenden Sitzung: Die erste Sitzung des neugewählten Gemeinderates, in der wichtige Entscheidungen für die kommende Legislatur getroffen werden. Dazu gehören die Bildung einer Fraktion und die Besetzung von als auch die Arbeit in Aufsichtsräten, Ausschüssen und Beiräten.

Darüber hinaus lernt ihr eure grundlegenden Rechte und Pflichten im kommunalen Mandat kennen. Hierfür schauen wir gemeinsam in die Sächsische Gemeindeordnung und erarbeiten mit euch, was eine Hauptsatzung ist und was eine Geschäftsordnung ausmacht.

Nicht zuletzt geht es bei Gewählt – was nun? um eure Vernetzung. Lernt euch kennen, bleibt in Kontakt, tauscht eure Erfahrungen aus und stützt euch aufeinander. Das KFS wird euch mit seinen über 25 Jahren an Wissen und Kompetenz immer zur Seite stehen.

Gehen wir es gemeinsam an!

Teilnahmebeitrag: 10 Euro, ermäßigt 5 Euro

Ermäßigung für KFS-Mitglieder und ALG-Empfänger, Auszubildende etc. Teilnahmebeitrag inklusive alkoholfreien Tagungsgetränken und Handbuch.

### Termine und Veranstaltungsorte

#### Sonnabend, 15. Juni 2019, 10:00 - 18:00

- Haus für Viele(s), Dresdner Straße 13, 01662 Meißen
- Villa Rosental, Humboldtstraße 1, 04105 Leipzig

#### Sonntag, 16. Juni 2019, 10:00 - 18:00

- Kreativcafé „All In“, Rosenhof 14, 09111 Chemnitz

#### Sonnabend, 29. Juni 2019, 10:00 - 18:00

- Jugendherberge „Altstadt“, Peterstraße 15, 02826 Görlitz
- Multifunktionsraum „Am Schulplatz“, Schulplatz 1, 08371 Glauchau

#### Sonntag, 30. Juni 2019, 10:00 - 18:00

- Volkshochschule, Macherstraße 144A, 01917 Kamenz
- Gewerkschaftshaus, Schützenplatz 14, 01067 Dresden

„Die Kommunen bauen derzeit eigene Bürgerportale aus und integrieren diese in Zusammenarbeit mit den Ländern in die Länderportale. Wir befürchten erneut viele landesspezifische Einzelösungen.“ Notwendig sei aber mehr Standardisierung, damit Online-Anwendungen mit den bestehenden „dahinter liegenden“ Verfahren auf kommunaler Ebene zusammen passen und man nicht überall das Rad neu erfinden müsse.

Außerdem sei eine schlanke Datenaustauschstruktur im Portalverbund grundlegend. „Die über Behörden hinweg zu bewältigenden Datenmengen sind derart umfangreich, dass schlanke Verlinkungslösungen in einem echten Verbund von Länder- und Kommunalportalen einem sonst de facto entstehenden zentralen Datensammlungsdienst auf Bundesebene vorzuziehen sind. Eine dezentrale Datenerhaltung ist stabiler, ausfallsicherer und datenschutzkonformer als zentrale Datenformate.“

Mit Blick auf die Alltagstauglichkeit komme es laut Sager zudem sehr grundlegend darauf an, benutzerfreundliche und rechtssichere Wege zum Nachweis der Identität zu finden. „Das ist eine große Hürde für die Akzeptanz bestehender digitaler Verwaltungsangebote. E-Government in Deutschland wird mit dem höchsten Vertrauensstandard über den neuen Personalausweis

(nPA) nur funktionieren, wenn dieser mobil und ohne Lesegerät über das Smartphone als App-Lösung verwendet werden kann. Alles andere werden die Bürger als zu kompliziert und nicht zeitgemäß ablehnen.“

Um Bürger und Unternehmen zu entlasten, müsse es schließlich möglich werden, bei der öffentlichen Hand einmal vorhandene Daten flächendeckend zu nutzen. „Der Bund sollte jetzt zügig die rechtlichen und technischen Voraussetzungen für das ‚Once-Only‘-Prinzip schaffen. Danach sind die Behörden verpflichtet, auf vorhandene Daten des Betroffenen aus elektronischen Registern zurückzugreifen. Nicht mehr der Bürger oder das Unternehmen sollten Geburtsurkunden, Meldenachweise oder Handelsregistereinträge vorlegen müssen, sondern diese sollten – wenn vom Antragsteller gewünscht – von der jeweiligen Behörde direkt in einem elektronischen Register abgefragt werden.“ Der DLT unterstütze daher die Überlegungen des Bundes, einen Kerndatensatz pro Person zu schaffen. „Wir können uns eine grundsätzliche Ausrichtung an dem österreichischen Modell mit bereichsspezifischen Personenkennziffern vorstellen“, so der DLT-Präsident abschließend.

Pressemitteilung vom 28. März 2019 (<http://www.landkreistag.de/presseforum.html>)



# PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen  
und Leser,

*vor einigen Wochen sorgte eine Studie für Wirbel: Wissenschaftler vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Halle meinten, dass die Wirtschaft bei uns im Osten weniger produktiv sei als die westdeutsche. Sie empfahlen, Fördermittel auf Ballungszentren zu konzentrieren. Das wurde als Plädoyer verstanden, bestimmte Regionen de facto aufzugeben. Seitdem haben sich die – notwendigen – Debatten über das Verhältnis von Stadt und Land verschärft.*

*CDU und SPD haben sich im Landtag energisch dagegen ausgesprochen, Regionen abzuhängen. Dazu veranstalteten sie im März-Plenum sogar eine Aktuelle Debatte. Wir sehen das auch so – allerdings habe ich mir erlaubt, darauf hinzuweisen, dass die Regierung jahrelang genau das gemacht hat, wogegen sie sich jetzt verwahrt: auf Leuchttürme zu setzen. Drei Jahrzehnte lang ließ man die Menschen der Arbeit hinterherziehen und die Infrastruktur ausbluten – Kitas und Schulen geschlossen, Buslinien entfielen. Die Aufregung der Koalition ist nichts weiter als Wahlkampf. Die gigantische Projektliste, die nun im Rahmen des Lausitzer Strukturwandel-Prozesses präsentiert wird, zeigt die jahrzehntelange Vernachlässigung. Allein hundert Infrastruktur-Vorhaben sind da aufgelistet.*

*Für uns gehört es zur Lebensqualität, dass man nicht Stunden lang auf einen Bus warten muss, dass die Kinder keine ewig langen Kita- und Schulwege haben, dass eine Ärztin in der Nähe ist und die Kommunen genug Geld haben, über dessen Verwendung sie frei entscheiden können. Was vor Ort gebraucht wird, weiß man dort besser als in den Dresdner Ministerien. Doch das ist mit dieser Regierung nicht zu machen.*

*Rico Gebhardt*

Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## CDU, SPD und AfD gegen faire Löhne und mehr Klimaschutz

In der Lausitz wird kaum noch Granit abgebaut. Früher hatte die Branche tausende Beschäftigte, heute sind es weniger als 30 – denn Granit wird importiert, vorwiegend aus Polen und China. Dort gibt es niedrigere Löhne und weniger Sicherheitsvorkehrungen. Und der Preis gibt den Ausschlag, wenn die öffentliche Hand Aufträge erteilt. Da ist es Nebensache, dass Granit mit dem Schiff aus Asien herangeschafft wird – mit schlimmen Folgen fürs Klima.

So etwas ließe sich vermeiden, wenn der Staat seine Vergabeentscheidungen nicht länger allein am Preis orientierte. Dafür wäre ein modernes Vergabegesetz notwendig. CDU und SPD vereinbarten 2014, bis spätestens 2017 „ein modernes Vergabegesetz“ zu schaffen. Passiert ist nichts, obwohl die Regularien, nach denen öffentliche Aufträge vergeben werden, dringend modernisiert werden müssen. Deshalb hat die Linksfraktion gemeinsam mit den Gewerkschaften, dem Bündnis „Sachsen Kauft Fair“ und dem BUND ein sozial-ökologisches Vergabegesetz entworfen (Drucksache 6/13914). Im März haben CDU, SPD und AfD es abgeschmettert.

Damit haben sie die Chance vertan, diejenigen – vor allem mittelständischen – Betriebe zu unterstützen, die gute Arbeit leisten, ihre Beschäftigten anständig behandeln und nachhaltig wirtschaften. In Sachsen gibt der Staat jährlich mindestens eine Milliarde Euro für Lieferungen, Dienstleistungen und Bauarbeiten aus. Bisher werden über 90 Prozent der öffentlichen Aufträge direkt vergeben, ohne fairen Wettbewerb. Daran wird sich vorerst leider nichts ändern.

Dabei könnte das Vergaberecht ein Druckmittel für höhere Einkommen sein. Sachsen ist ein Niedriglohmland. „Das haben die CDU-geführten Regierungen lange als Standortvorteil gepriesen. Aber für die Menschen ist es ein Lebensnachteil“, so der **gewerkschaftspolitische Sprecher der Linkfraktion, Klaus Tischendorf**. Im Osten bekommt fast ein Drittel der Beschäftigten nur 2.000 Euro brutto im Monat oder weniger. In Sachsen arbeiten 37 Prozent im Niedriglohnssektor, haben also weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns. Nur 43 Prozent der Beschäftigten werden nach einem Tarifvertrag bezahlt. „Die Folgen: Abwanderung, Fachkräftemangel, Armut trotz Arbeit. Auch der heutige Mindestlohn gibt

keine Sicherheit. Nur ein Mindestlohn von mindestens zwölf Euro schützt gerade so vor Armut – auch im Alter“, so Tischendorf.

Die Linksfraktion schlägt vor, öffentliche Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen und entsprechende Arbeitsbedingungen gewähren. Die Beschäftigten müssen mindestens so viel verdienen wie Staatsbedienstete, wenn sie die Aufträge selbst ausführen würden. „Die von uns vorgeschlagene Tariftreue gibt es in 14 der 16 Bundesländer. Es geht ja auch darum, wie mit Steuergeld umgegangen wird. Es ist doch Schwachsinn, dass die öffentliche Hand Aufträge an Unter-

auch: Was kostet das über den gesamten Lebensweg?“ Anhaltspunkte könnten geprüfte Siegel und Zertifikate sein. Das werde in der privaten Wirtschaft bei der Vergabe von Aufträgen oft bereits praktiziert, etwa von Automobilzulieferern, Krankenhäusern und immer öfter auch von Lebensmittel- und Textildiscountern.

Wenn es nach der Linksfraktion geht, sollen zudem nur Produkte genutzt werden, die ohne Zwangs- oder Kinderarbeit hergestellt worden sind und deren Produzenten sich zu Gewerkschaften zusammenschließen können. Auch ist zu berücksichtigen, ob und inwieweit die Bieterin oder der Bieter Maßnahmen die Gleichstellung der



Bild von amawadi auf Pixabay

nehmen vergibt, deren Löhne am Ende durch Sozialleistungen aufgestockt werden müssen – sei es aktuell oder später bei der Rentenzahlung.“

Nötig wäre ein modernes Vergabegesetz auch unter ökologischen Gesichtspunkten. „Der Staat kann schlecht von den Bürgerinnen und Bürgern verlangen, dass sie beim Einkauf auf faire Produktion oder einen hohen Umweltstandard des Produktes achten und selbst diesen Aspekten bei der Beschaffung nur eine untergeordnete Bedeutung zumessen“, so Tischendorf. Güter und Leistungen müssten umweltverträglich und energieeffizient sein. Also seien die Lebenszykluskosten eines Produkts, Transport- sowie Entsorgungskosten zu beachten. „Die Frage darf nicht nur sein, was ein Produkt zum Zeitpunkt der Anschaffung kostet. Sondern

Geschlechter und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert. Tischendorf: „Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge dürfen keine Waren Gegenstand der Leistungen sein, die unter Missachtung der in den International Labour Organisation (ILO)-Kernarbeitsnormen festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind.“

Es sollte künftig nicht mehr unbedingt derjenige den Zuschlag bekommen, der den günstigsten Preis anbietet – das setzt nur einen Unterbietungswettbewerb in Gang, auf Kosten von Mensch und Qualität. Auch soziale, ökologische oder innovative Aspekte sollen zählen. Sachsen verdient eine Regierung, die das so sieht und entsprechend handelt! Wer das von der CDU oder der AfD erwartet, beißt auf Granit.

# Die Kleinen hängt man, ...

Sachsens Generalstaatsanwalt hat eine Rundverfügung erlassen. Damit wird – im Auftrag des Justizministers Sebastian Gemkow – die Strafverfolgungspraxis verschärft. „Das Ziel der CDU ist es, dass künftig Straftaten aus der Kleinkriminalität vor Gericht verhandelt werden und nicht wie bisher leider immer wieder üblich vorher durch die Staatsanwaltschaft eingestellt werden“, so CDU-Rechtspolitiker Martin Modschiedler freudestrahlend. In der März-Sitzung des Landtages gab es dazu eine Fachregierungserklärung des Justizministers sowie eine von der Linksfraktion beantragte Aktuelle Debatte.

Was gut klingt, entpuppt sich als Wahlkampf-Salve, die nach hinten losgeht. Denn das Muskelspielen ignoriert erstens vernünftige Grundsätze des Rechtsstaates, provoziert zweitens eine noch stärkere Überlastung der Justiz und bedroht drittens deren Unabhängigkeit.

Die CDU erweckt den falschen Eindruck, dass es stets an der Nachsichtigkeit von Staatsanwälten liege, wenn Ermittlungsverfahren eingestellt werden oder aus ihnen keine Verurteilung folgt. Meist liegt das aber daran, dass sich ein Tatverdacht nicht bestätigt oder kein Täter ermittelt werden kann. Auch ist es nicht per se schlecht, dass die Strafprozessordnung es ermöglicht, Verfahren gegen Ersttäter einzustellen – wenn ihre Schuld gering ist, kein öffentliches Interesse an der Verfolgung besteht oder Wiedergutmachung durch Schadensersatz, Geldbuße oder gemeinnützige Arbeit leistbar ist. Denn jeder Strafprozess kostet Geld.

„Es wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen, ab zehn Euro Schaden gnadenlos auf Verfolgung geschaltet, egal welche Vorgeschichte der Ertappte hat. Das wird zehntausend neue Verfahren pro Jahr für die ohnehin überlastete Justiz erzeugen“, so **Klaus Bartl, Rechtspolitiker der LINKEN**. Die wenigen neuen Planstellen würden niemals reichen. Derzeit landeten mindes-

tens 30 Prozent der Bagatelldelikte gar nicht bei Gericht, weil die Staatsanwaltschaft sie in anderer Weise abschließt und dabei auf die erzieherische Wirkung setzt, die allein das Verfahren schon hat. Künftig dürften bis zu 90 Prozent der Bagatelldelikte bei Gericht landen, und die Staatsanwälte dürfen einer Einstellung selbst in sinnvollen Fällen nicht mehr zustimmen. „Also werden die Gerichte in einer Verfahrensflut absaufen“, so Bartl. Die Regierung dürfe auch „Gift darauf nehmen, dass ihre Planvorgaben für den Neubau von Gefängnissen bei Weitem nicht mehr ausreichen werden.“ Dass der Rechtsstaat funktioniere, sei man doch zuallererst den Opfern von schweren Straftaten schuldig, für deren Verfolgung die Gerichte schon jetzt oft Jahre brauchen.

Dass die CDU zudem die Unabhängigkeit der Justiz nicht ernst nimmt, zeigt schon die Tatsache, dass die Rundverfügung als Geheimpapier gilt. Sie ist weder der Richterschaft noch den Strafverteidigern offiziell bekannt – die müssten sie aber auch kennen, wegen des Grundsatzes der „Waffengleichheit“. Staatsanwälte und Richter sollen frei entscheiden, ob und wann sie ein Verfahren einstellen – das wird den Staatsanwaltschaften nun faktisch

untersagt. Richter brauchen aber in der Regel deren Zustimmung für eine Einstellung. „Die Richterinnen und Richter entscheiden, wie sie innerhalb des von Bundesgesetzgeber vorgesehenen Strafrahmens die Tathandlung sanktionieren“, dringt Bartl auf rechtsstaatliche Grundsätze. Die nun erfolgten politischen Vorgaben seien problematisch, weil sie in die Staatsanwaltschaften hineinwirken und somit die Gerichte und den Ausgang von Verfahren beeinflussen.

„Wer zur politischen Begründung auf das Rechtsgefühl abstellt, verlässt den Bereich der rationalen Kriminalpolitik. Die Aufstockung nicht nur bei Richtern und Staatsanwälten ist dringend erforderlich – aber doch nicht dazu da, nun Hühnerdiebe zu verfolgen. Anstatt sich mit den Ressourcen auf Kleinstkriminalität zu konzentrieren, wäre es doch möglich, jetzt verstärkt und intensiver als bisher schwergewichtigere Straftaten zu verfolgen. So wird nur das Vorurteil gestärkt, dass man die Kleinen hänge, aber die Großen laufen lasse.“ So lautet übrigens das Fazit des Richters Ruben Franzen, Vorstandsmitglied der Neuen Richtervereinigung. Seinem Urteil über die Rundverfügung ist nichts hinzuzufügen.



Bild von Sang Hyun Cho auf Pixabay

## Schnelles Netz in öffentlicher Hand!

*Ein schneller Zugang zum Internet wird immer wichtiger – für private Haushalte, aber auch für die Unternehmen. Vielerorts kann man nicht einmal störungsfrei per Handy telefonieren – peinlich für ein Industrieland wie unseres. Der Netzausbau läuft heute zwar besser als vor fünf Jahren. Aber es ist noch lange nicht alles gut. „Sachsen dümpelt im bundesweiten Vergleich am unteren Ende. Nur ein Bruchteil der Fördermittel für den Ausbau ist bewilligt, noch weniger geflossen. Auch gibt es keine landesweit abgestimmten Kreisprojekte. Trotzdem verkündet die Regierung jeden bewilligten Bescheid als Durchbruch und streut der Öffentlichkeit Sand in die Augen“, kritisiert **Nico Brünler, der Wirtschaftspolitiker der Linksfraktion**.*

*Selbst wenn Förderprojekte zügig abgeschlossen wären, hätten wir noch lange nicht jene Dateninfrastruktur, die nötig ist. Glasfasernetze sind längst nicht flächendeckend verfügbar. Zudem müssen schon Ausbauleistungen nachgebessert werden, vor allem die in den letzten Jahren per Vectoring ertüchtigten Anschlüsse. Und: Gerade in den Kernräumen zahlreicher Unter- und Mittelzentren werden Mindestdatenraten von über 30 Mbit auf absehbare Zeit nicht verfügbar sein. „Der Breitbandausbau ist kein einmaliges Projekt mit absehbarem Ende“, ist Brünler überzeugt. „Wenn die Staatsregierung Zukunftstechnologien wie das Internet der Dinge und autonomes Fahren beschwört, dann muss man sich klar machen, dass 5G und die entsprechenden Netze noch gar nicht existieren.“*

*Um den Netzausbau zu gewährleisten, schlägt die Linksfraktion vor, eine Landesgesellschaft für die Hochgeschwindigkeitsnetze zu einrichten (Drucksache 6/16711). Denn es ist blauäugig, allein auf private Netzanbieter zu setzen. Denn die bauen nur dort, wo sie Geld verdienen können. Die Landesgesellschaft soll bisherige Aktivitäten der Kommunen und Kreise sowie laufende Förderprojekte unterstützen und aktiv Lücken schließen. Und wenn der Ausbau der Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetze schon mit Steuergeld subventioniert werden muss, sollte die Infrastruktur auch in öffentlichem Eigentum bleiben! Glasfasernetze könnten an private Telekommunikationsanbieter vermietet werden, wie es die Niederösterreichische Glasfaserinfrastruktur GmbH vormacht. Wenig überraschend: Die Regierungskoalition hielt all das für unnötig, der Breitbandausbau verlaufe zügig und zufriedenstellend ...*

## Wie kommen mehr Ärzte aufs Land?

Sachsen leidet an Hausarztmangel – in 24 der 47 Planungsregionen herrscht oder droht Unterversorgung, darunter Freiberg, Plauen, Zwickau, Chemnitz. 255 Hausarztstellen sind offen, 2018 absolvierten lediglich 73 Menschen die Facharztprüfung für Allgemeinmedizin. 27 Prozent der Hausärzte sind über 60, elf Prozent sogar älter als 65. Für Medizin gibt es in Sachsen 560 Studienplätze – aber etwa die Hälfte eines Jahrgangs wandert nach dem Studium ab.

Es müssen mehr Ärzte aufs Land! Darüber, wie das zu erreichen ist, gab es im März einen Koalitionskrach. Die CDU forderte eine Landarztquote – für 40 Studienplätze sollen die Zugangshürden gesenkt werden, geknüpft an die Verpflichtung, später abseits der Großstädte zu arbeiten. Die SPD fühlte sich überrumpelt – und lehnt ab. Wis-

senschaftsministerin Eva-Maria Stange sagte der Freien Presse: „Die Ausbildung neuer Ärzte dauert zehn Jahre. Wir verpflichten einen 18-Jährigen, definitiv zu sagen, dass er mit knapp 30 Jahren seinen Facharzt auf dem Land macht und anschließend für zehn Jahre praktiziert. Sonst droht ihm eine Strafe von 180.000 bis 250.000 Euro. Welcher junge Mensch geht so ein Risiko ein?“ Stattdessen will man mehr Medizinstudierende mit Stipendien aufs Land locken, Absolventen in Tandem-Praxen von älteren Kollegen begleiten lassen oder Polikliniken fördern. Denn im Anstellungsverhältnis bekommen Ärzte mehr Sicherheit und leiden weniger unter der Bürokratie.

Wir bezweifeln auch, dass eine Landarzt-Quote genug Nachwuchs bringen würde. Wer aufs Land will, geht sowieso

dorthin, und die anderen brauchen stärkere Anreize. Seit vielen Jahren fordert die Linksfraktion deshalb, Polikliniken auszubauen – neben weiteren Vorschlägen wie der Förderung innovativer Praxismodelle (Praxisgemeinschaften, Praxiskliniken, Ärztegenossenschaften etc.), Aufwandsentschädigungen für Medizinstudierende im Praktischen Jahr oder organisatorische und finanzielle Niederlassungsförderung. All das hat die CDU stets abgelehnt – die SPD aber auch. **Susanne Schaper, die Sprecherin der Linksfraktion für Gesundheitspolitik**, stellt deshalb fest: „Wenn man die Forderungen der SPD im Wahljahr liest, könnte man meinen, sie hätte in den letzten fünf Jahren gar nicht regiert. Halbherzige Forderungen im Wahljahr helfen auch der CDU nicht, Glaubwürdigkeit und Vertrauen zu gewinnen.“



# Respekt für den Osten

Die Bilanz von „Beitritt statt Vereinigung“ ist nach 30 Jahren für den Osten ernüchternd – trotz schicker Innenstädte und sanierter Straßen, und vor allem: trotz des Engagements der Menschen in Ostdeutschland. Die Treuhand hinterließ ein deindustrialisiertes Niedriglohnland, Betriebe wurden verschandelt und dichtgemacht. Die Menschen in Ostdeutschland arbeiten länger und das für weniger Geld, weshalb sie stärker von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht sind. Die Renteneinheit ist noch immer nicht da. Ostdeutsche Erfahrungen wurden ignoriert und dann teils „neu erfunden“, Stichworte: Kita-Netz, polytechnische Oberschule oder Polikliniken. Viele Ostdeutsche fühlen sich geringgeschätzt, geprellt, in ihrer Lebensleistung nicht ernst genommen.

Die Ursachen dieser wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fehlentwicklungen liegen in den Weichenstellungen für die Einheit – aber auch darin, was seit der „Wende“ hier geschehen und politisch entschieden worden ist. „Ostdeutsche Arbeits- und Lebensleistung anerkennen – Fehler und Versäumnisse der Nachwendezeit und Treuhand-Unrecht kritisch aufarbeiten“ – das fordert die Linksfraction nun in einem aktuellen Antrag, der ihre ost-politischen Initiativen dieser Wahlperiode zusammenfasst (Drucksache 6/17169). Eine Hauptforderung besteht darin, dass die Landesregierung für eine extern besetzte, wissenschaftliche Kommission streiten soll, die das Handeln der Treuhand aufarbeitet. Darüber hinaus werden elf detaillierte Ziele formuliert, für die sich die Landesregierung einsetzen soll. Im Überblick:

■ Gleiche (Tarif)Löhne in Ost und West bei deutlicher Anhebung des Lohnniveaus-Ost.

■ Angemessene Repräsentanz Ostdeutscher in Behörden, Gerichten, Hochschulen, Unternehmen, insbesondere in Führungspositionen.

■ Mehr Gerichts- und Behördenstandorte des Bundes im Osten.

■ Gleiche Rente für gleiche Arbeit in Ost und West.

■ Ende der Benachteiligung der Ost-Rentnerinnen und -Rentner, beispielsweise von in der DDR geschiedenen Frauen; in der Veredlung von Bodenschätzen tätig gewesener Bergleute; der Beschäftigten des Gesundheits- und Sozialwesens sowie der Land- und Forstwirtschaft, des Handwerks sowie von anderen Selbständigen. Zu DDR-Zeiten erworbene Versorgungsansprüche und geleistete Versorgungsbeiträge insbesondere von Angehörigen der wissenschaftlichen, medizinischen, pädagogischen, technischen und künstlerischen Intelligenz, von Angehörigen des öffentlichen Dienstes, der Armee, der Polizei und des Zolls sowie

der Reichsbahn und der Post der DDR sind anzuerkennen.

■ Streichung der Altschulden der ostdeutschen Wohnungsunternehmen.

■ Entschädigung aller, die nach DDR-Recht bestandsgeschütztes Eigentum an Garagen, Datschen-Grundstücken oder Bodenreform-Land verloren.

■ Entlastung der Ost-Bundesländer von der Zahlung von DDR-Renten und Sonderrenten durch den Bund.

■ Überführung des Aktenbestandes der Staatssicherheit ins Bundesarchiv.

■ Schluss mit der Inanspruchnahme des Ostens Aufmarsch- und Übungsgebiet der NATO-Kräfte!

■ Bereitstellung auskömmlicher Bundesmittel für eine gute sozial-ökologische Zukunft der Braunkohlereviere.

Wohl im April wird sich der Landtag damit befassen. Wir fordern Respekt!



Bild von Jonny Linder auf Pixabay

## Mehr Frauen in die Politik!

Politik ist in Deutschland männerdominiert, Frauen sind in den Parlamenten unterrepräsentiert. Im Sächsischen Landtag liegt der Frauenanteil bei 33 Prozent, nur ein Fünftel der Sitze in Gemeinde- und Stadträten sind mit Frauen besetzt. „Die Zahlen sind mager“, meint **Sarah Buddeberg, die Gleichstellungspolitikerin der Linksfraction**. „Dass es wenigstens diese gibt, ist den Parteien zu verdanken, die ihre Wahllisten quotiert besetzen. Selbst in der CDU bewegt sich allmählich etwas – allerdings nicht weil progressive Männer ihre Macht teilen wollten, sondern durch engagierte weibliche Mitglieder.“ Die Erfahrung zeige: Soll-Vorschriften in Parteien sind so wirkungslos wie die Selbstverpflichtung in DAX-Konzernen, den Frauenanteil in Vorständen zu verbessern. Eine Gesetzesregelung ist nötig.

Eine solche hat die Linksfraction mit ihrem Parität-Gesetz vorgestellt (Drucksache 6/16948). Vorbild ist Brandenburg, wo unlängst ein solches

Gesetz beschlossen wurde. Listen zur Landtagswahl sollen nur noch zulässig sein, wenn ihre Plätze abwechselnd mit Frauen und Männern besetzt sind. „Das ist keine Sonderbehandlung von Frauen, sondern die Herstellung von Chancengleichheit“, so Buddeberg. Der Maßstab könne nicht sein, wie viele Frauen in einer Partei Mitglied sind, sondern welchen Anteil sie an der Bevölkerung haben. In 21 der 28 EU-Staaten gibt es solche Regelungen.

Eine gesetzliche Quotierung erhöhe erstens den Frauenanteil in den Parlamenten. Zweitens wären die Parteien gezwungen, ihre Parteiarbeit für Frauen attraktiver zu machen. Denn sie brauchen ja Kandidatinnen. Sie werden also ihre Nachwuchsarbeit, Beteiligungsmöglichkeiten, Diskussionskultur und Sitzungszeiten so verändern müssen, dass Frauen besser zum Mitmachen motiviert werden. „Paritätisch besetzte Landeslisten können nur ein erster Schritt sein. Im zweiten müsste eine paritätische Besetzung der Direktwahlkreise erfolgen – auch

diesem Ziel dient es, Frauen in den Parteistrukturen zu fördern“, ist sich Buddeberg sicher. Denn wenn mehr Frauen verantwortungsvolle Positionen übernehmen, würden sie auch in Wahlkreisen antreten.

Die Abgeordneten vertreten das ganze Volk. Die Lebenserfahrungen von Männern und Frauen unterscheiden sich aber stark. Das beeinflusst ihre Perspektiven, Interessen und Prioritäten. Gesetze können ungleiche Geschlechterverhältnisse zementieren oder abbauen – das hängt auch davon ab, wer Politik macht. Frauen können das seltener als Männer, denn sie tragen nach wie vor die Hauptverantwortung in der Familien- und Sorgearbeit. Pflegenden Angehörige sind zu drei Vierteln weiblich, für die Kindererziehung treten in erster Linie Frauen beruflich kürzer.

Das Frauenwahlrecht musste gegen große Widerstände erkämpft werden. Auch nach 100 Jahren ist keine gleichberechtigte politische Teilhabe von Frauen erreicht. Es ist höchste Zeit!

## Schmetterling, Biene und Co. brauchen Lebensräume

Das Insektensterben bekommt in der öffentlichen Debatte langsam den Stellenwert, den es verdient – in Bayern unterstützten mehr als eine Million Menschen eine Petition für besseren Schutz. Wohl bereits seit den 1950er Jahren werden die Populationen kleiner, einige Arten sterben sogar aus. Seit den 1990er Jahren hat sich dieser Prozess verstärkt.

Die Ursachen sind vielfältig. Diskutiert wird über ein Überangebot an Nährstoffen, geringe Vielfalt bei der Feldfruchtwahl, immer größere Ackerschläge, der Verlust an Randstrukturen und Blühstreifen, die zunehmende Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Selbst landwirtschaftliches und landchaftspflegerisches Handeln im Rahmen der Gesetze schädigt offenbar die Insekten.

Auch in Sachsen spielen die kleinen Tiere eine große Rolle für unsere Lebensgrundlagen. Deshalb macht die Linksfraction in einem aktuellen Antrag (Drucksache 6/17170) Vorschläge, damit das Summen und Schwirren bei uns wieder zunimmt.

Fördermaßnahmen mit EU-, Bundes- oder Landesmitteln sollen daraufhin überprüft werden, ob sie dem Insektensterben entgegenwirken oder es sogar fördern. Landwirtschaft soll auf landeseigenen Flächen nur noch in einer Weise betrieben werden, die Insekten bessere Lebensbedingungen bietet. Zu Pflanzenschutzmitteln soll intensiver geforscht und beraten werden, insektengefährliche Substanzen sollen zurückgedrängt werden. Auch die Waldbewirtschaftung soll auf den Insektenschutz ausgerichtet werden, etwa durch mehr Totalreservate. Naturschutz soll verstärkt in Lehr- und Bildungspläne integriert und durch pädagogische Projekte umgesetzt werden.

Wir sind gespannt auf die Debatten im Landtag. Wenn es um die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen geht, sind parteipolitische Spielchen zweifellos fehl am Platz. Wir sind auch davon überzeugt, dass auch in der hiesigen Bevölkerung eine riesige Mehrheit mehr Insektenschutz befürwortet.



Bild von cocoparisienne auf Pixabay





## Plenarspiegel März 2019

Die 88. und die 89. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 13. und 14. März 2019 statt. Die Linksfraktion war mit diesen Drucksachen (Drs) vertreten:

### Aktuelle Debatte

„Law and order“-Gehabe des Staatsanwaltes ist Gift für den Rechtsstaat – Unabhängigkeit der Rechtsprechung vor exekutiver Einflussnahme schützen!“

### Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Weiterentwicklung des Vergaberechts im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/13914)

„Gesetz zur Gewährleistung der paritätischen Vertretung von Frauen und Männern im Sächsischen Landtag“ (Drs 6/16948)

### Große Anfrage

„Schwere kriminelle Bedrohungen“ (Drs 6/12700), mit Entschließungsantrag (Drs 6/17037)

### Anträge

„Versorgung mit schnellem Internet als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge gesetzlich verankern – Sächsische Landesgesellschaft für den flächendeckenden Ausbau von Hochgeschwindigkeitsdatennetzen einrichten!“ (Drs 6/16711)

„Rechtsprechung des Sächsischen Landessozialgerichts endlich umsetzen: Bekleidungs- und Verpflegungsgeld der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei der DDR als Arbeitsentgelt bei der Rentenberechnung anerkennen!“ (Drs 6/16393)

### Sammeldrucksache 6/16922 mit den LINKEN Anträgen

„Lebensmittelsicherheit ins 21. Jahrhundert bringen – Globale Märkte erfassen, Technik nutzen, Transparenz schaffen“ (Drs 6/13478)

„Fachkräftemangel abmildern – Spurwechsel ermöglichen – Bleiberecht für Auszubildende und Erwerbstätige“ (Drs 6/15207)

# Mafia und Menschenhandel bekämpfen

229 Fragen, 454 Seiten mit Antworten: Die Linksfraktion wollte mittels einer Großen Anfrage an die Regierung (Drucksache 6/12700) herausfinden, wie Polizei und Justiz in Sachsen mit Strukturermittlungen gegen Organisierte Kriminalität vorgehen. Es geht um Tatverdächtigkeit und Finanzströme, Drogenkriminalität, Banden, Wirtschaftskriminalität, Menschenhandel, Cybercrime, Korruption, Rocker, die Mafia. Das Dunkelfeld scheint groß.

„Die Organisierte Kriminalität in Sachsen bewegt sich auf hohem Niveau. Sie ist ein in großen Teilen ein internationales Phänomen, auch wenn die Tatverdächtigen überwiegend Deutsche sind“, so der **innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Enrico Stange**. Eine große Rolle spielen Rockergruppen. Tatverdächtige deutscher Staatsangehörigkeit fielen hauptsächlich bei Rauschgift-handel, Eigentumskriminalität und Gewaltkriminalität auf, ausländische Tatverdächtige im Bereich Eigentums-kriminalität. Korruption sei weitestgehend ein deutsches Phänomen.

„Wir bezweifeln, dass die Polizei und das Landeskriminalamt gut genug aufgestellt sind, um Organisierte Kriminalität zu bekämpfen“, so Stange. Die Integrierte Ermittlungseinheit Sach-

sen, die für die Bekämpfung schwerer Kriminalität zuständig ist, umfasse nur noch 17 statt wie früher 25 Bedienstete. Das zuständige Fachdezernat hatte 2014 nur noch 44 Sachbearbeiter, 2006 waren es noch 54. „Große Lücken gibt es bei der organisierten Internetkriminalität, seit 2013 wurde nur ein einziger Tatverdächtiger entdeckt. Bei Korruptionsermittlungen sind die Zahlen eingebrochen, die ermittelten Schadenssummen auf ein Tausendstel geschrumpft. Felder wie die Mafia oder Clankriminalität scheinen nicht oder nur sehr bedingt auf dem Schirm zu sein. Auch beim Menschenhandel gibt es ein großes Dunkelfeld“, kritisiert der Innenpolitiker.

Die Antwort sei „ehrlich“, findet auch der **rechtspolitische Sprecher Klaus Bartl**. Die personelle, technische und logistische Ausrüstung von Polizei und Justiz reiche keineswegs für den Kampf gegen Organisierte Kriminalität. „So wurden Ermittlungen über die Beteiligung von Mafia-Strukturen an Geldwäsche bislang nicht geführt. Im Bereich Menschenhandel gibt es eine verschwindend geringe Zahl an Verurteilungen. Es gelingt offensichtlich kaum, die Rädelsführer, Drahtzieher, ‚Paten‘ zur Verantwortung zu ziehen.“ Auch gab man seit 2010 de facto keine Studien zu den

Phänomenen der Organisierten Kriminalität in Auftrag.

Während die Staatsregierung zur Jagd auf Klein- und Bagatellkriminalität bläst und in Kauf nimmt, dass größere Arbeitspotentiale der Strafverfolgungsbehörden bei der buchstäblichen Jagd nach dem Hühnerdieb gebunden werden (siehe Beitrag S. 2), setzt die Linksfraktion die Prämissen anders. „Vernünftige Kriminalpolitik verlangt, Ressourcen zuerst dort einzusetzen, wo die schwerwiegendsten Taten begangen werden, die größten Schäden entstehen, Opfer am schwersten betroffen sind“, so Bartl. „Die Krise im Ansehen des Rechtsstaates resultiert nicht daraus, dass wir nicht jeden Schwarzfahrer, nicht jeden Ladendieb, nicht jeden verurteilten Versammlungsteilnehmer grillen. Sie hängt mit dem Eindruck zusammen, dass der Rechtsstaat die Kleinen hängt und die Großen laufen lässt.“ Dagegen wandte sich die Linksfraktion auch in einem Entschließungsantrag (Drucksache 6/17037).

Alle, die sich – unter erheblicher Eigengefährdung – um die Bekämpfung derartiger Kriminalitätsstrukturen verdient machen, verdienen Respekt. Ihr Dienstherr muss ihnen die bestmöglichen Mittel an die Hand geben.

## Girls' Day bei der Linksfraktion

Am 28. März fand der diesjährige Girls' Day statt. Er soll Mädchen und jungen Frauen Einblick in männerdominierte Berufe ermöglichen. Daran beteiligte sich die Linksfraktion selbstverständ-

lich – denn Frauen müssen auch von den Parteien gezielt in die politischen Prozesse einbezogen werden. Die Frak-



tion DIE LINKE lud daher auch 2019 wieder Schülerinnen zum Girls' Day in



Den Landtag ein. Einen ganzen Tag lang konnten die Teilnehmerinnen hinter die Kulissen schauen, weibliche Abgeordnete kennen lernen und den politischen Betrieb von innen begutachten.

Durchgeführt wurde der Tag von **Sarah Buddeberg, Gleichstellungs- und queerpolitische Sprecherin sowie Parlamentarische Geschäftsführerin**. Ihr Fazit: „Es gibt viel zu tun in Sachen geschlechtergerechter Beteiligung. Der Girls' Day ist immer ein sehr lebendiger Tag im Landtag. Es ist schön zu sehen, wie viele Ideen die jungen Frauen mitbringen. Von der viel beschworenen Politikverdrossenheit bei der jungen Generation ist nichts zu spüren. Die Teilnehmerinnen haben klare Vorstellungen davon, was sie verändern wollen.“

## Termine

15. April 2019, 10-15 Uhr  
Chemnitz, pentagon<sup>3</sup>,  
Brückenstraße 17

**Sachsen und der Osten 30 Jahre nach der deutschen Einheit – Situation, Folgen, Herausforderungen und Auswege**  
Fachkonferenz

30. April 2019, 10-17 Uhr  
Marienberg, Hoyerswerda, Riesa  
**Öffentliche Fraktions-sitzung**

Mehr Informationen dazu bald unter  
[www.linksfraktionsachsen.de](http://www.linksfraktionsachsen.de)

## Impressum

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800  
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: [linksfraktion@slt.sachsen.de](mailto:linksfraktion@slt.sachsen.de)  
[www.linksfraktion-sachsen.de](http://www.linksfraktion-sachsen.de)

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann  
Redaktion: Kevin Reißig

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag